EUROSOLAR
Europäische Vereinigung für
Erneuerbare Energien e.V.

25 Jahre EUROSOLAR

Von der Initiative zum Vorreiter
Von der Vision zur Praxis

Irm Scheer-Pontenagel, Hrsg.

Dokumentation

25 Jahre EUROSOLAR
1988 bis 2013

Von der Initiative zum Vorreiter
Von der Vision zur Praxis

Gert Samuel

Auf der Grundlage der EUROSOLAR-Zeitschrift
»Solarzeitalter« Jahrgänge 1989 bis 2013

Bonn, August 2013
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

© EUROSOLAR, Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V., Bonn

Inhalt

Vorwort 5

1. Der Weg zur Gründung von EUROSOLAR 1988 7

2. Erste Aktivitäten und erster Erfolg (1988 bis 1990) 13

3. Vom Stromeinspeisungsgesetz bis zum EEG (1990 bis 2000) 16

3.1. Akzente, Reibungspunkte, Aufbauarbeit (1990 – 1995) 16

3.2. »Mehret die Anfänge…«: Die Debatte um das Stromeinspeisungsgesetz und der Weg zum EEG (1995 bis 2000) 24

4. Das Jahr 2000 – Beginn einer neuen Etappe der Erneuerbaren Energien 44

5. Die Erneuerbaren Energien und das EEG bis 2009 53

5.1. Erneuerbare Energien und das EEG unter rot-grüner Regierungskoalition bis 2005 55

5.2. Erneuerbare Energien und das EEG unter großer Koalition bis 2009 63

6. EEG, CDU/CSU-FDP-Regierung, Fukushima und die Energiewende 77

6.1. Erneuerbare Energien und das EEG unter CDU/CSU-FDP-Regierung 77

6.2. Fukushima und die Folgen 87

Ausblick 96

Dokumentation: 98

Übersicht über die EUROSOLAR-Vorstände 99

Studien und Memoranden 103

Zeitleiste 107

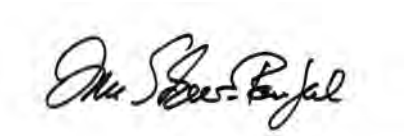
Vorwort

EUROSOLAR e.V. feiert in diesem Jahr das 25-jährige Bestehen. Unabhängig von Parteien, Institutionen und Unternehmen wurde EUROSOLAR 1988 mit der Vision gegründet, die fossil-atomare Energieversorgung durch eine nachhaltige, friedliche und dezentral bürgernahe Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien zu ersetzen.

In seiner Rede zur Gründungsversammlung betonte Hermann Scheer (1944–2010), Gründer und Ehrenpräsident von EUROSOLAR, am 22. August 1988: »Wer die Augen offen gegenüber allen Sparten konventioneller Energieversorgung hat, muss sehen, dass die Menschheit keine Alternative hat, als so schnell wie möglich die breitest mögliche Einführung der unerschöpflichen solaren Energien zu betreiben«. So setzte er vor einem Vierteljahrhundert seine Visionen mit der Unterstützung einer Gruppe gleichdenkender Bürger, Wissenschaftler und Politiker in der Gründung der EUROSOLAR-Vereinigung um.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten hat sich der gemeinnützige Verein in allen Bereichen und auf allen Ebenen für die Einführung der regenerativen Energien erfolgreich eingesetzt und die Umwelt- und Energiepolitik maßgebend mit beeinflusst sowie das Entstehen einer soziokulturellen Bewegung für die Erneuerbaren Energien Wirklichkeit werden lassen.

Prof. Peter Droege, Präsident



Irm Scheer-Pontenagel, Geschäftsführerin

1. Der Weg zur Gründung von EUROSOLAR 1988

1988 ist von der Aufbruchstimmung und dem relativen Optimismus der frühen 1970er Jahre sowie der Hoffnung auf ein Mehr an Demokratie nicht viel geblieben. Nach der ersten Ölkrise 1973 werden die Warnungen des »Club of Rome« aus dessen 1972 veröffentlichtem Bericht über die Grenzen des Wachstums ernster als zuvor genommen. Arbeitslosigkeit kehrt als Thema in den Alltag zurück. Hunger und Elend in der »Dritten Welt« können nicht überwunden werden. Immer neue und perfektere Waffensysteme werden in West und Ost stationiert. Und die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl führt die Gefahren der Atomenergie vor aller Augen. Trotz großer Demonstrationen und anderer medienwirksamer Aktionen der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung bis Mitte der 1980er Jahre ist die politische Stimmungslage im Land eher geprägt von Skepsis und wachsender Unsicherheit.

In der Mitte der 1970er Jahre wachsen die Hoffnungen auf eine friedlichere Welt. Die heiße Phase des Kalten Krieges, der seit Ende der 1940er Jahre die internationalen Beziehungen geprägt hat, wird durch eine Phase der Normalisierung zwischen den damals bestehenden politischen Systemen in West und Ost, zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Staaten beendet. Die sozialliberale Koalition in der Bundesrepublik erkennt die Grenzen im Osten an, die als Folge des Zweiten Weltkrieges entstanden waren. Die Entspannungspolitik führt zur Anerkennung der DDR als eigenständiger Staat. In Helsinki wird 1975 der Grundstein für ein friedlicheres Europa durch die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gelegt. In jenen Jahren scheinen der Frieden sicherer, Demokratie näher als zuvor sowie auch die Abrüstung realisierbar zu sein.

In England gelangt Margaret Thatcher an die Macht und Ende 1980 folgt Ronald Reagan als neuer US-Präsident auf Jimmy Carter. 1979 beschließt die NATO, neue atomare Mittelstreckenraketen in Europa stationieren zu wollen, und entfacht damit eine weitere Runde im Wettrüsten. In der Bundesrepublik erzwingt die FDP 1982 durch die Kündigung ihrer Zusammenarbeit mit der SPD mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums im Bundestag einen Regierungswechsel hin zur schwarz-gelben

Koalition, der im Frühjahr 1983 durch eine Bundestagswahl bestätigt wird. Allerdings ist im Bundestag von da an neben der SPD eine weitere Oppositionspartei vertreten, die Grünen.

Für die zahlreichen außerparlamentarischen Bewegungen ändern sich damit die politischen Rahmenbedingungen: Sowohl die Friedensbewegung, die gegen die Realisierung des NATO-Raketenbeschlusses mobilisiert, als auch die Anti-AKW-Bewegung, die Frauenbewegung und die Initiativen für die Solidarität mit den Ländern der so genannten Dritten Welt erhalten zunächst weiteren Zulauf.

Die großen Demonstrationen, Kundgebungen und Protestveranstaltungen, in denen sich Hunderttausende in und mit der Friedensbewegung in den Jahren von 1981 bis 1983 gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa engagieren, können die Aufstellung der Atomraketen nicht verhindern.

Dennoch: Das Bild von der »Gefahr aus dem Osten« zerbröselt. Das hängt gewiss auch mit der Politik der neuen sowjetischen Führung ab 1985 zusammen: Michael Gorbatschow wird zum Generalsekretär der KPdSU gewählt und bietet dem Westen eine Reihe konkreter Abrüstungsmaßnahmen an. Allerdings: Die Aufrüstung geht weiter. US-Präsident Reagan liebäugelt mit der Militarisierung des Weltraums. Dennoch vereinbaren Reagan und Gorbatschow Ende 1987 einen ersten Schritt hin zur atomaren Abrüstung in Europa.

»Neues Denken« hält Einzug in die internationale Politik und auch in Überlegungen vieler Menschen in unserem Land. Mehr Menschen sehen insbesondere nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl in der Nutzung der Atomenergie sowie auch in der Vergeudung der begrenzten Ressourcen zunehmende Gefahren für das Überleben der Menschheit.

Am Ende der 1980er Jahre wächst ein gesellschaftliches Bewusstsein über die das Überleben der Menschheit drohenden Gefahren. Viele hoffen auf eine Bündelung aller kritischen Gruppen und Organisationen, auf einen »Schalter«, mit dem die bestehenden Verschlechterungen und Bedrohungen aufgehalten und umgekehrt werden können.

Den großen Umbruch, der sich in den Jahren von 1989 bis 1991 in den sozialistischen Ländern vollziehen wird, sieht im Sommer 1988 kaum jemand vorher.

Die Gründung von EUROSOLAR

Hermann Scheer kritisiert als Mitglied des Bundestages die Politik der Aufrüstung und »Nachrüstung«. Doch er belässt es nicht bei der Kritik. Als Antwort auf die von US-Präsident Reagan angestrebte Militarisierung des Weltraums unter dem Kürzel »SDI«, schlägt Hermann Scheer eine zivile Variante vor: die Solar Development Initiative (SDI) – Rüstungsgelder sollen zur Sicherung des Überlebens für eine neue Energiepolitik verwendet werden.

Hermann Scheer ist überzeugt, dass die Lösung der Energiefrage entscheidend sein wird für das Überwinden der Gefährdungen der menschlichen Zivilisation, dass diese Schlüsselaufgabe im Vordergrund stehen wird: »Die Einleitung und Herbeiführung eines solaren Energiezeitalters. Erst dieses eröffnet die Chance, den Schatten der industriellen Revolution zu entkommen, ihre Errungenschaften zu erhalten und zu einem Allgemeingut der Menschheitsgemeinde werden zu lassen.« (Hermann Scheer (Hg.), Das Solarzeitalter, Freiburg/Karlsruhe 1989, S. 9)

Am 22. August 1988 gründen in Bonn auf Initiative von Hermann Scheer etwa 100 Personen die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. Als gemeinnützige Vereinigung für Erneuerbare Energien wirkt EUROSOLAR »in Wahrnehmung ethischer Verantwortung dafür, die natürlichen Lebensgrundlagen für Mensch und Mitwelt zu erhalten bzw. wiederherzustellen, und diese nicht mit den Problemen der Kernkraft sowie den Folgen der Verbrennung fossiler Energie zu belasten. Sie strebt das solare Energiezeitalter an und sieht darin eine Jahrhundertaufgabe, die der Menschheit auf Dauer eine natur- und sozialverträgliche Energieversorgung bereitstellen kann« (EUROSOLAR-Satzung, Präambel). Zentrales Ziel ist die vollständige Substitution atomarer und fossiler Energien durch Erneuerbare Energien.

Die überparteiliche Vereinigung EUROSOLAR unterscheidet sich von anderen Organisationen und Initiativen von Anfang an durch folgende Besonderheiten:

1. EUROSOLAR versteht sich und arbeitet als internationale politische Vereinigung, die ihre Aufgaben vor allem innerhalb Europas sieht

2. Mitglieder können Unternehmen, wissenschaftliche Institute, öffentliche Institutionen und Gebietskörperschaften, eingetragene Vereine und andere juristische Personen sowie eingetragene nationale und internationale Verbände auf dem Gebiet Erneuerbarer Energien sein, die denselben Vereinszweck wie EUROSOLAR verfolgen
3. Organe sind die europäische Delegiertenversammlung, der Vorstand, das Kuratorium und die nationalen Sektionen oder nationalen Vereinigungen, die den Status einer Sektion haben.

Auf dieser Grundlage will EUROSOLAR dafür wirken, die Energieversorgung auf die unerschöpflichen solaren Energiequellen wie Sonne, Wind und Wasser in groß- und kleintechnischem Maßstab umzustellen (Art. 2 der Satzung). Dabei geht es um jegliche Form von Energiebereitstellung:

- von solar erzeugter Wärme
- über solar erzeugten Strom
- bis zu solar erzeugtem Treib- und Brennstoff.

Es werden nur solche Energien gefördert, deren Nutzung nicht die Erneuerbarkeit der Energiequelle und damit die Natur gefährdet. Die Förderung der rationellen Energieverwaltung, die den Weg in das solare Energiezeitalter beschleunigen hilft, gehört ebenfalls dazu.

»EUROSOLAR entstand und existiert bis heute ausschließlich aus eigener Kraft – ohne Hebamme und Steigbügel, dafür aber auch ohne Wenn und Aber. Allein aus den Beiträgen der Mitglieder finanziert, fällt uns als erstes eine Diskrepanz auf: EUROSOLAR hat mehr Konzepte und Ideen zur Verfügung, als im Moment mit dem gegebenen Potential umgesetzt werden können. Dies ist bedauerlich, aber besser als umgekehrt.« (S. 2)

Werner Freiesleben, Drei Jahre EUROSOLAR, SZA 3/1991

Bei alledem sieht EUROSOLAR eine besondere Verantwortung der industrialisierten Gesellschaften, das solare Energiezeitalter weltweit einzuleiten; EUROSOLAR will damit einen zentralen Beitrag zum friedlichen Ausgleich zwischen Nord und Süd leisten.

Die sich aufdrängende Frage nach den finanziellen Notwendigkeiten und Möglichkeiten stellt Hermann Scheer Ende der 1980er Jahre in einen Zusammenhang mit dem gebotenen Einstieg in die weltweite Abrüstung, wenn er als grotesk charakterisiert, »wie gegen eine fiktive äußere Bedro-

hung ein Mehrfaches der staatlichen Mittel mobilisiert wird als gegen den real ablaufenden Prozess faktischer Zerstörung der Umwelt zur Verfügung stehen«. (»Das Solarzeitalter«, 1989, S. 23)

Hermann Scheer, Willy Brandt und Verleger Christof Müller-Wirth bei der Vorstellung des Buches »Das Solarzeitalter« am 5.2.1990. Rechts: Harry Lehmann

In dem zitierten Buch konkretisiert Hermann Scheer die Anforderungen an eine zielbewusste politische Führung: »Die ökologische Reform der Weltenergieversorgung erfordert nicht nur eine neue Energiepolitik im engeren Sinne, sondern eine auf dieses Ziel gebündelte Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Forschungs-, Umwelt-, Landwirtschafts-, Verkehrs- und Baupolitik, eine entsprechende Kommunal-, Regional- und Entwicklungspolitik. Allein fachbezogene Politik ist zu kleinkariert, um auf eine gesamtpolitische Herausforderung antworten zu können. Auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Vielzahl öffentlicher Institutionen und privater Interessen können strategische Zukunftsentscheidungen nicht entstehen. Zusammenhanglose Politik muss durch eine Politik im strategischen Zusammenhang abgelöst werden.« (S. 29)

Hermann Scheer präzisiert: »Regierungen und Parlamente müssen die Überlebensfrage der ökologischen Energiereform für sich zur ***nationalen Mission*** und gemeinsam zur ***internationalen Mission*** deklarieren und die politische und wirtschaftliche Kraft darauf konzentrieren.« (S. 29/30) Dieses Verständnis eines Einstiegs in die Erneuerbaren Energien prägt in den folgenden Jahren die vielfältigen Aktivitäten von EUROSOLAR.

2. Erste Aktivitäten und erster Erfolg (1988 bis 1990)

Ein erster wirkungsvoller Schritt erfolgt mit der Herausgabe der Vierteljahreszeitschrift »EUROSOLAR-Journal«. Dort werden von der ersten Ausgabe an die wesentlichen politischen und wissenschaftlichen Themen behandelt, wie zum Beispiel: Solares Bauen, Erneuerbare Energien in Europa, Soziale Kosten der Elektrizitätsversorgung, Sonnenenergie und Wasserstoff; zudem EUROSOLAR-Memoranden für eine internationale Konvention zum Schutz der Erdatmosphäre sowie zur Einrichtung einer »International Solar Energy Agency« (ISEA) im Rahmen der Vereinten Nationen. Von Beginn an zeigt die Zeitschrift ihr unverwechselbares Profil als Medium der Information, der politischen Initiativen und Debatten sowie der wissenschaftlichen Impulse, als publizistisches Organ der Erneuerbaren Energien für die Gewinnung der öffentlichen Meinung.

In der ersten Ausgabe (9/89, S. 33) zieht Hermann Scheer als Vorsitzender eine kurze Bilanz über ein Jahr EUROSOLAR: »Noch fehlen uns größere finanzielle Mittel, um alle geplanten Initiativen ausarbeiten und umsetzen zu können. Dies ist ein Ausdruck dessen, dass die Solarenergie noch lange nicht aus dem Schatten der herkömmlichen Energie-Anbieter herausgetreten ist. Bis auf weiteres bleibt sehr viel mehr zu tun, als wir mit der gegenwärtigen Kraft leisten könnten.« Ab Ausgabe 3/1990 heißt die Zeitschrift »Das Solarzeitalter. EUROSOLAR-Journal für ökologische Politik«.

Weitere EUROSOLAR-Sektionen werden 1989 in Italien und Österreich gegründet. Anfang Februar 1990 gründet sich die Sektion EUROSOLAR-DDR in Höfgen bei Leipzig. Die EUROSOLAR-Ziele werden Gegenstand und Handlungsorientierung auf europäischen und weltweiten Konferenzen zu Themen der Solarenergie.

Der Standpunkt der damaligen Bundesregierung: »Erneuerbare Energien können weder die fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle noch die Kernenergie ersetzen. Erneuerbare Energien können sie aber ergänzen« (EUROSOLAR Journal 1/1990, S. 48) gibt die damals dominierende Einstellung auch in Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Bevölkerung tref-

Zeitschrift »Solarzeitalter« (SZA)

Im September 1989 wird die erste Ausgabe der Zeitschrift »EUROSOLAR Journal« als deutschsprachiges Organ von EUROSOLAR veröffentlicht; Erscheinungsweise: vierteljährlich. Im Editorial wird diese charakterisiert als die Zeitschrift, »die über die reale Vision des solaren Energiezeitalters berichten wird«. Adressaten sind interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Multiplikatoren aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Presse.

Ab Heft 3/1990 lautet der Titel der Zeitschrift »Das Solarzeitalter. EUROSOLAR-Journal für ökologische Politik«. Die Herausgeber begründen die Änderung, »um programmatisch zu verdeutlichen, worum es uns geht, nämlich um die Perspektive einer globalen solaren Energiewirtschaft, die keine Kernkraft und fossile Energien mehr braucht.« Die Bemühungen um die solaren Energien werden als Kernelement ökologischer Politik bezeichnet.

Ab Heft 1/1993 informiert die Zeitschrift in einer neuen Rubrik über »Energiepolitische Initiativen in den Bundesländern«. Die politische Argumentation und Analysen bleiben die Basis der Zeitschrift. Die Lesefreundlichkeit wird in den Heften des Jahrgangs 1994 durch neue Rubriken wie Lokale Initiativen, Energie-Fakten, Bücher und EUROSOLAR-Netzwerk erhöht.

Heft 1/1996 erscheint in neuem Layout als »Solarzeitalter. Politik und Ökonomie Erneuerbarer Energie«.

Der Start in Jahrgang 10 wird für eine weitere Akzentuierung des Layouts genutzt. Der Titel wird leicht verändert: »Solarzeitalter. Politik und Ökonomie Erneuerbarer Energien«.

Ab Heft 1/2006 erscheint die Zeitschrift in neuem, kleinerem Format und vollständig überarbeitetem Layout, in der Regel nun im Umfang von circa 120 Seiten. Der Untertitel lautet von da an: »Politik, Kultur und Ökonomie Erneuerbarer Energien«.

Darüber hinaus wird in den Jahren 1992 bis 1996 jährlich das englisch-sprachige »The Yearbook of Renewable Energies« publiziert.

fend wieder: Erneuerbare Energien seien »additive Energien«, die herkömmlichen Energien sollen unangetastet bleiben, nicht in Frage gestellt werden.

Schon bald ergreifen EUROSOLAR-Mitglieder im Bundestag aus verschiedenen Fraktionen die Initiative für ein Gesetz, das die Diskriminierung der Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien beenden und Garantien für Einspeisetarife bestimmen soll, um damit private Investitionen zu ermöglichen.

Nach anhaltendem Widerstand der Energieversorgungsunternehmen und etlichen parlamentarischen Verzögerungen vor allem durch die FDP wird das Stromeinspeisungsgesetz am 5.10.1990 im Bundestag verabschiedet. Es ist das erste Gesetz in jener Legislaturperiode zu Erneuerbaren Energien und tritt zum 1.1.1991 in Kraft.

Dieser erste Erfolg auf dem Weg weg von den traditionellen Energien provoziert in den folgenden Jahren zahlreiche Angriffe aus der herkömmlichen Energiewirtschaft.

3. Vom Stromeinspeisungsgesetz bis zum EEG (1990 bis 2000)

Die letzte Dekade im 20. Jahrhundert steht zunächst im Zeichen der Auflösung der Ost-West-Konfrontation. Damit verbunden sind Hoffnungen auf weitgehende Abrüstungsmaßnahmen, neue Chancen für die Zusammenarbeit in Europa, Wünsche nach einer bedeutenderen Rolle der UN-Organisationen bei der Überwindung von Hunger und Armut in der »Dritten Welt« sowie für eine Umkehr in der Klimapolitik und eine verantwortungsbewusste Politik mit Blick auf die begrenzten Ressourcen.

Die denkbare und von vielen erhoffte »Friedensdividende« nach dem Ende der Blockkonfrontation wird ebenso wenig Realität wie die Hoffnungen auf eine Überwindung der Klimakatastrophe durch den Umweltgipfel im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Erste Warnzeichen krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen in Asien und Südamerika bewirken weder ein Nachdenken noch ein Verändern der eingeschlagenen Politik. Die einzig verbliebene Weltmacht USA ist bestrebt, die UNO mehr und mehr zu einem genehmen Teil ihrer Außenpolitik zu machen.

Zum Gang der Entwicklungen: Die UdSSR und der Warschauer Pakt lösen sich 1991 auf – die NATO bleibt; diese sucht nach neuen Mitgliedern im Osten Europas. 1990/91 wird gegen den Irak ein Krieg ums Öl geführt.

In Europa brechen verschüttete nationale Streitigkeiten auf, die überwunden zu sein schienen, und 1999 greifen im ehemaligen Jugoslawien erstmals nach 1945 deutsche Soldaten in eine kriegerische Auseinandersetzung ein.

Bundeskanzler Kohl regiert bis 1998. Die Bundestagswahl im September 1998 ergibt die erste rot-grüne Koalition auf Bundesebene.

3.1. Akzente, Reibungspunkte, Aufbauarbeit (1990 – 1994/95)

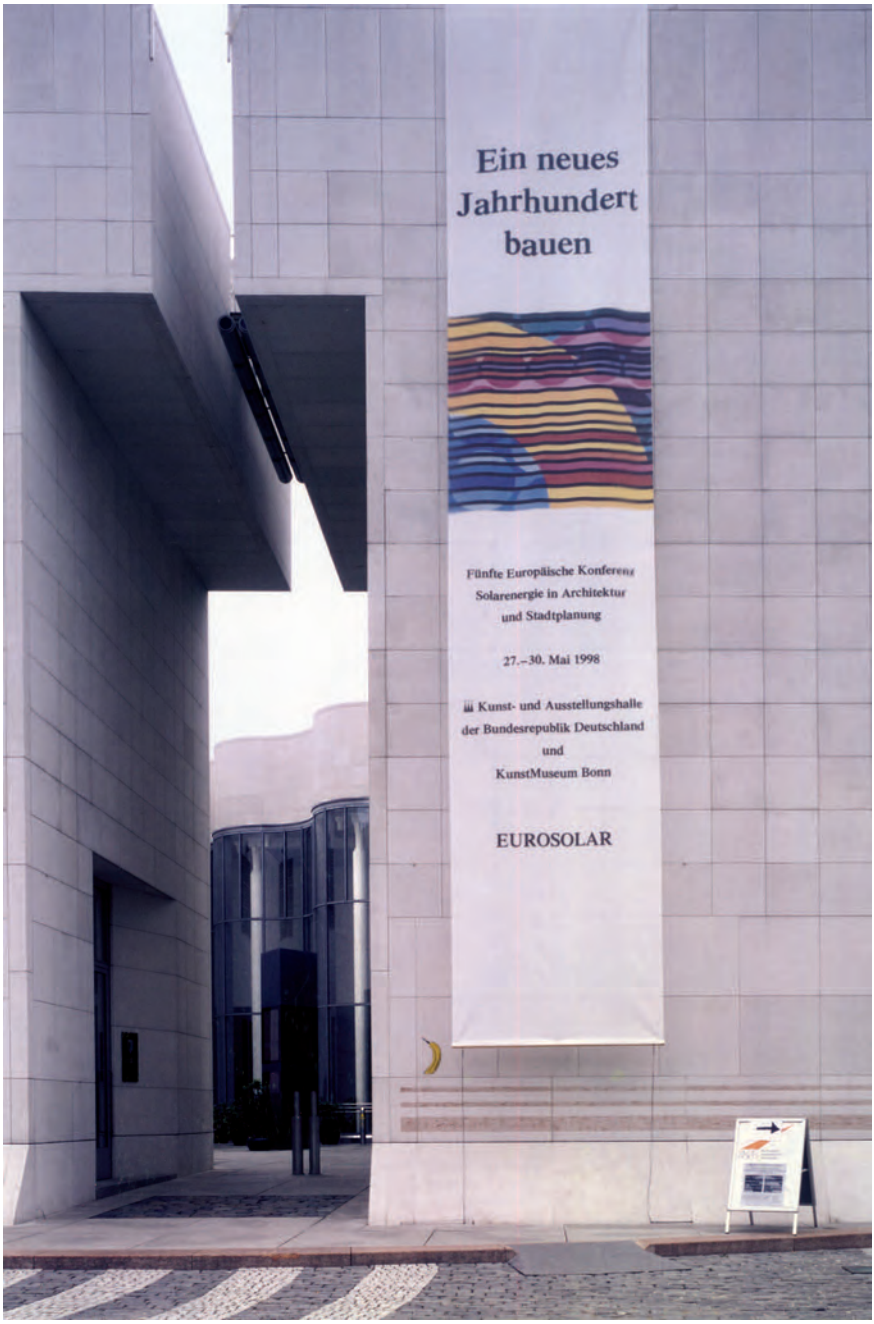
Ab dem 1.1.1991 gilt in der Bundesrepublik das Stromeinspeisungsgesetz für Erneuerbare Energien. Das Gesetz verpflichtet die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, den in ihrem Versorgungsgebiet erzeugten Strom aus Erneuerbaren Energien abzunehmen, in das Verbundnetz einzuspei-

sen und den Erzeugern bestimmte an den Durchschnittserlös für Strom gekoppelte Mindestvergütungen zu zahlen. Es führt zu einem ersten Windkraft-Boom in Deutschland. Für Solarstromanlagen sind die Vergütungen noch weit von einer Kostendeckung entfernt.

> ***»Die neue Technik ist aufgrund hervorragender Technologie und wegen ihrer Umweltvorteile nach vorn gekommen. Die alte Elektrizitätsbranche dagegen, mit Kohle und Dampf und großen Einheiten, ist viel besser organisiert.« (S. 12)***
> ***»Aber in den 90er Jahren ist einiges geschehen. Wir haben 1.500 MW Windenergie und 1.800 MW kleine, dezentrale Blockheizkraftwerke bekommen. Die zentralen Kraftwerke haben dadurch große Marktanteile an die unabhängigen Produzenten von Strom aus Wind und Kraftwärme verloren.« (S. 16)***
>
> **Jane Kruse, Preben Maegaard: Energiereform gab 150.000 Windmüllern den Schwarzen Peter, SZA 3/1999**

EUROSOLAR schärft das eigene Profil durch Veröffentlichungen im »Solarzeitalter«, mit Konferenzen und Tagungen sowie durch Memoranden, Studien und Entwürfe für politische Gremien, sowohl im eigenen Land als auch auf europäischer und internationaler Ebene. Als grundlegend wichtige Impulsgeber erweisen sich ab 1992 die Konferenz-Serien zu den Themen: Architektur und Stadtplanung, Bioenergie sowie Stadtwerke und Erneuerbare Energien; im neuen Jahrhundert wird die Konferenz-Serie zu Fragen der Speicherlösungen für Erneuerbare Energien starten.

Ganz auf die Praxis orientiert widmet sich EUROSOLAR früh dem Thema »Solares Bauen«. 1992 veranstaltet EUROSOLAR für den beschlossenen Umzug der Hauptstadt von Bonn nach Berlin ein Symposium »Das solare Parlaments- und Regierungsviertel«, von dem zahlreiche Anstöße für die Neubauten ausgehen und umgesetzt werden.



»Ein neues Jahrhundert bauen« 5. Europäische Konferenz »Solarenergie in Architektur und Städteplanung«, Bonn, 27. – 30.5.1998

Architektur und Städteplanung

Schon in der ersten Ausgabe des EUROSOLAR Journals 1989 wird der EUROSOLAR-Arbeitskreis »Solares Bauen« unter der Überschrift »Beim Wohnungsbau auf Energieeinsparung achten« vorgestellt. »Solares Bauen« bleibt in den folgenden Jahren eine wichtige Rubrik für Aufsätze und Berichte in der Zeitschrift.

Am 13.2.1990 findet der Workshop »Solares Bauen – ein wichtiger Baustein für eine ökologische Zukunft« in Bonn statt. Anfang 1992 folgt in Essen der Kongress »Energie- und umweltbewusstes Bauen: Gestaltung der künftigen Lebenswelt«, EUROSOLAR ist einer der Veranstalter.

Am 28.9.1992 veranstaltet EUROSOLAR in Berlin das Symposium »Das solare Parlaments- und Regierungsviertel«. Die Ergebnisse der Anregungen werden während eines weiteren Symposiums (»Das solare Regierungsviertel Berlin«, 26. bis 28. Juli 2002) zehn Jahre später vorgestellt.

»Europäische Charta für Solarenergie in Architektur und Städteplanung«, 1996

Die 4. Europäische Konferenz »Solar Energy in Architecture and Urban Planning« in Berlin vom 26. bis 29. März 1996 verabschiedet die »Europäische Charta für Solarenergie in Architektur und Städteplanung«, die unter Federführung von Thomas Herzog erarbeitet wurde.

Darin heißt es: »Das Ziel künftiger Arbeit muss deshalb sein, Stadträume und Gebäude so zu gestalten, dass sowohl Ressourcen geschont als auch Erneuerbare Energien – speziell Solarenergie – möglichst umfassend genutzt werden.« Und weiter: »Erneuerbare Energien bieten die Chance, das Leben in Städten attraktiver zu gestalten. Für die Infrastruktur der Energieversorgung und des Verkehrs sowie durch die Art der Bebauung ist der Einsatz Erneuerbarer Energien zu maximieren. Soweit möglich und sinnvoll, ist die bestehende Bausubstanz zu nutzen. Die Verbrennung fossiler Rohstoffe ist drastisch zu reduzieren.«

Die beiden folgenden Europäischen Konferenzen »Solarenergie in Architektur und Städteplanung« finden in Bonn statt: 1998 vom 27. bis 30. Mai unter dem Motto »Ein neues Jahrhundert bauen« und 2000 vom 12. bis 15. September unter dem Motto »Die Stadt als Solarkraftwerk«.

Die 7. Konferenz wird vom 11. bis. 14. März 2008 in Berlin unter dem Motto »Sun and Sense« durchgeführt.

»Der Landwirt als Energiewirt«

Zum Thema Bioenergie gründet sich der EUROSOLAR-Arbeitskreis »Nachwachsende Rohstoffe/Biomasse«. Die Ausgabe 4/1990 des »EUROSOLAR Journals« berichtet über erste Ergebnisse des EUROSOLAR-Arbeitskreises: »Das Potential von nachwachsenden Rohstoffen/ Biomasse zur deutschen Energieversorgung«. In weiteren Ausgaben der Zeitschrift folgt eine teilweise kontroverse Debatte über den verantwortungsbewussten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen in das Potenzial der Erneuerbaren Energien.

Vom 10. bis 13. Januar 1995 findet in Havanna die Weltkonferenz »Biomasse für Energie, Entwicklung und Umwelt« statt.

1999 veranstaltet EUROSOLAR im Rahmen der »Grünen Woche« in Berlin die Konferenz »Der Landwirt als Energiewirt. Biomasse als Energieträger« und setzt damit den Startpunkt für eine bis 2008 kontinuierlich stattfindende Konferenzserie zu Beginn eines jeden Jahres:

14./15.1.2000:	*2. Konferenz »Der Landwirt als Energiewirt«, Berlin*
26./27.1.2001:	*3. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt«, Berlin*
17./18.1.2002:	*4. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt« Produktion – Ausbildung – Arbeitsplätze, Bonn*
30./31.1.2003:	*5. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt« Wie wird der Landwirt zum Energiewirt?, Bonn*
5./6.2.2004:	*6. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt« Biokraftstoffe und Finanzierungsfragen im Rahmen des neuen EEG, Bonn*
17./18.2.2005:	*7. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt« Die primäre Energiewirtschaft wird wieder primär – Antwort auf die fossile Energiekrise, Bonn*
6./7.3.2006:	*8. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt« Mit Bioenergie zur Energieautonomie, Bonn*
16./17.4.2007:	*9. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt« Nachwachsende Rohstoffe und Technologieentwicklung, Potsdam*
14./15.4.2008:	*10. Konferenz »Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt« Biomasse als Kraftstoff, Rohstoff und Energieträger – vernünftige Wege ermöglichen nachhaltige Nutzung, Leipzig*

In verschiedenen Ausgaben im »Solarzeitalter« streiten Autoren um die inhaltliche Füllung des Begriffs »Bioenergie« als Bestandteil der Erneuerbaren Energien. Dabei geht es den Diskussionsteilnehmern um die verantwortungsbewusste Nutzung nachwachsender Rohstoffe, gerade auch mit Blick auf die Bekämpfung von Hunger und Armut in den wenig entwickelten Ländern im Süden.

> ***»Solange die Speicherung von Strom technisch nicht gelöst ist, kann auch nicht auf Biomasse bei der Stromproduktion verzichtet werden, weil Strom aus Wind- und Photovoltaikanlagen starken Schwankungen in der Verfügbarkeit unterliegt. Biomasse als gespeicherte Sonnenenergie muss diese Angebotslücken schließen.« (S. 26)***
>
> **Konrad Scheffer, Der Landwirt als Energiewirt: Anbau- und Nutzungskonzepte von Biomasse, SZA 1/1999**

EUROSOLAR versteht sich als europäische Organisation. Von Beginn ihrer Tätigkeit an werden nicht nur Kontakte in andere Länder gesucht und ausgebaut, um die Gründung weiterer nationaler Sektionen anzuregen und zu unterstützen. Auf EG/EU-Ebene startet EUROSOLAR Initiativen mit dem Ziel, den Erneuerbaren Energien zu wachsender Nutzung zu verhelfen. So erarbeitet EUROSOLAR im Auftrag der EU-Kommission 1993 eine Studie, die die Möglichkeiten und Ansatzpunkte für eine weitreichende Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien in den folgenden 25 Jahren aufzeigt.

Rio 1992 und die »Agenda 21«

1992 erhoffen viele Menschen Anregungen und Ergebnisse von dem vom 3. bis 14. Juni in Rio de Janeiro tagenden »Umweltgipfel«, der großen Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung. Doch die »Agenda 21« ist ernüchternd. Hermann Scheer beschreibt vorab die Ambivalenz der Erwartungen an diesen Gipfel, der auf der Handlungsebene »sich zwangsläufig auf das Prinzip des Konsenses stützen« müsse (»Solarzeitalter«, 4/1991, S. 2).

Hermann Scheer gibt ferner zu bedenken: »Niemals in der Geschichte gab es irgendeinen bahnbrechenden Fortschritt, der auf der Grundlage eines Konsenses eingeleitet werden konnte. Neue Entwürfe, die zu neuen

Strukturen führen, kollidieren unweigerlich mit eingespielten Denkweisen, Strukturen und Interessen – also mit dem jeweils gegenwärtigen Strukturkonservatismus, der sich nur langsam in eine neue Richtung bewegen lässt. Aber die Ablösung des konventionellen Energiesystems ist so dringend, dass die dazu erforderlichen Schritte einen Wettlauf mit der Zeit darstellen.« Die Möglichkeiten des Gipfels sollten nicht überschätzt werden.

Unter der Überschrift »Von der ›Agenda 21‹ zur ›Agenda 1‹: Sonnenenergie« kommentiert Hermann Scheer die Ergebnisse des Umweltgipfels: »Doch es gibt auch die politische Erfahrung, dass immer wieder einmal große neue Entwürfe entstanden und auch realisiert wurden – wenn sich die politischen Institutionen auf ein zentrales Ziel konzentrierten, das dann in unerwartet kurzer Zeit weitgreifende Veränderungen möglich machte. Dafür ist von entscheidender Bedeutung, die richtige Priorität zu erkennen – eine, die eine Schlüsselfunktion nicht nur für die Lösung eines der vielen Probleme hat, sondern direkt und indirekt umfassende Veränderungen in vielen getrennt gesehenen Feldern auslöst. Es geht also um den Schlüssel, der das Tor öffnet, um der Sackgasse zu entkommen, und uns einen neuen Zusammenhang von Lebenschancen aufschließt. Dieser Schlüssel ist die Sonnenenergie.«

»Die Elektrizitätsproduktion aus fossilen oder nuklearen Brennstoffen führt zu erheblichen sozialen Kosten, wohingegen es den Anschein hat, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen erheblich geringere soziale Kosten verursacht.« (S. 7)
»Sowohl im Fall der Windenergie als auch im Fall der photovoltaischen Sonnenenergienutzung führt die Außerachtlassung der sozialen Kosten zu erheblichen Fehlinvestitionen in gesamtgesellschaftlich suboptimale Energietechnologien,« (S. 10)

Olaf Hohmeyer, Die sozialen Kosten der Elektrizitätsversorgung, SZA 1/1990

Die Umstellung der Energieversorgung der Menschheit auf solare Energie müsse »zum vorrangigsten strategischen Ziel von Politik und Wirtschaft, zur ersten Priorität« werden. EUROSOLAR setzt deshalb weiterhin auf den eingeschlagenen Weg zu einer weltweiten oder internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, der am 15.1.1990 mit der Veröffentlichung des »Memorandums zur Errichtung einer International Solar

Energy Agency (ISEA) im Rahmen der Vereinten Nationen« gestartet wurde.

Ende 1994 arbeiten nationale EUROSOLAR-Sektionen in Deutschland, Italien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Österreich, Bulgarien und Griechenland.

In den ersten Jahren der EUROSOLAR-Aktivitäten haben die Regionalgruppen in den Großstädten zur Stärkung der Vereinigung beigetragen. Die Zeitschrift »Solarzeitalter« wird stetig verbessert und damit zum überzeugenden Informations- und Argumentationsmedium aller EUROSOLAR-Mitglieder. Alle Felder der Solarpolitik wie Bauwesen, Biomasse, Kommunalpolitik, Windenergie, Photovoltaik sowie Finanzierungsfragen werden dort thematisiert. Darüber hinaus werden ab 1994 Aufrufe und Kampagnen eingesetzt, um die Wirksamkeit der Argumentation in der Öffentlichkeit zu erweitern.

Inhaltlich und organisatorisch gestärkt geht EUROSOLAR in die folgenden Jahre der Auseinandersetzung um ein Mehr an Erneuerbaren Energien.

3.2. »Mehret die Anfänge…«: Die Debatte um das Stromeinspeisungsgesetz und der Weg zum EEG (1994/95 bis 2000)

Die Wahlen zum Bundestag am 16.10.1994 ergeben Verluste für die bestätigte CDU/CSU-FDP-Regierungskoalition und Gewinne für die parlamentarische Opposition.

Ein zweiter Versuch nach 1993, die SPD in der parlamentarischen Arbeit von ihrem Beschluss für einen Ausstieg aus der Atompolitik abzubringen und mittels eines »Energie-Konsenses« für eine Zustimmung zur Festlegung auf einen Energiemix unter Einschluss der Atomkraft zu gewinnen, scheitert Mitte 1995. Auch das Thema »Ökosteuer« hält Einzug in die politischen Debatten.

Diese bewirken Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein über die drohende Klimakatastrophe und über alternative Energien. Obwohl der Umweltgipfel 1992 in Rio nicht zu neuem politischen Handeln und Regieren führt, wird eine neue Art der Beschäftigung mit Themen über Umwelt, Klima und Energien spürbar. Ein Sachverständigenrat der Bundesregierung befasst sich mit Fragen zur Umweltgefährdung. Der Städtetag verabschiedet im Februar 1995 die »Leitlinien für eine Lokale Agenda 21«.

Energiekonzerne contra Stromeinspeisungsgesetz

Die herkömmliche Stromwirtschaft findet sich in keiner Phase mit den für sie einschneidenden Neuerungen des Stromeinspeisungsgesetzes ab. Ihre Repräsentanten wirken hartnäckig darauf hin, dieses Gesetz früher oder später noch zu Fall zu bringen. Vorrang für die Energiewirtschaft West hat nach der Vereinigung Deutschlands zunächst das Vereinnahmen der Energiewirtschaft Ost. Nach dem historischen Kompromiss vom 22.12.1992 im so genannten Stromstreit vor dem Bundesverfassungsgericht werden die letzten Hindernisse mit den Kommunen der ehemaligen DDR im September 1994 aus dem Weg geräumt. Umgehend danach starten die Angriffe auf das Stromeinspeisungsgesetz.

Unter der Überschrift » Energiestreit unter dem Vorwand des Energiekonsenses« kommentiert Hermann Scheer: »Da der VDEW aber weiß, dass über den Bundestag das Einspeisungsgesetz nicht mehr zu kippen

ist, versucht er mittlerweile aufgrund eines gekauften Gutachtens die Verfassungswidrigkeit zu unterstellen und droht mit einer Verfassungsklage – eine Art Eröffnungszug für die ›Energiekonsensgespräche‹. (...) Wir müssen entschiedener und deutlicher als bisher herausarbeiten, dass es sich bei dem Stromeinspeisungsgesetz nicht um eine Subvention handelt, wie es selbst Landesregierungen immer wieder behaupten. Es handelt sich um einen garantierten Marktzugang in Gebietsmonopolen, die ihre Monopolstellung diskriminierend gegen die erneuerbaren Energien ausnutzen.« (»Solarzeitalter«, 4/1994 S. 1)

> ***»Vergleicht man die bisherige öffentliche Unterstützung der herkömmlichen Energieträger Kohle, Öl, Erdgas und Kernenergie mit der Förderung der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energiequellen, so ist ein eindeutiges Übergewicht zugunsten der bereits etablierten Energiearten festzustellen.» (S. 29)***
>
> **Joachim Nitsch, Potentiale, Hemmnisse und Marktchancen erneuerbarer Energiequellen, SZA 4/1992**

Als immer mehr Energieversorgungsunternehmen dazu übergehen, mit Hinweis auf die angebliche Verfassungswidrigkeit des Stromeinspeisungsgesetzes die Einspeisevergütungen nur unter Vorbehalt zu zahlen oder diese ganz zu verweigern, dokumentiert EUROSOLAR im »Solarzeitalter« 2/1995 die »Selbstjustiz von Energieversorgungsunternehmen« gegen das Stromeinspeisungsgesetz.

Hermann Scheer resümiert in seinem Kommentar: »Daraus ergibt sich: Die Lage spitzt sich zu – wir stehen am Anfang eines fundamentalen Energiekonflikts, bei dem mit umso härteren Bandagen vorgegangen wird, je größer das öffentliche Interesse (was für die Energiewirtschaft Flausen sind) an den erneuerbaren Energien wird, und je marktreifer diese werden.« (S. 1)

EUROSOLAR-Initiativen

Anfang 1995 initiiert EUROSOLAR die Kampagne »Die Macht der Monopole brechen... Sonnenenergie: Mehret die Anfänge!« Darin formuliert EUROSOLAR nächste erforderliche Schritte für eine Weiterentwicklung des Stromeinspeisungsgesetzes wie:

• Erneuerbare Energien nach dem Prinzip kostengerechter Vergütung zu fördern,
• durch eine Änderung des Energiewirtschaftsrechts Stromproduktion und Stromverteilung unternehmerisch zu entflechten. (»Solarzeitalter«, 2/1995, S. 53)

EUROSOLAR fordert in einem »Artikelgesetz für Erneuerbare Energien« (»Solarzeitalter«, 2/1995, S. 30f) zusätzliche Maßnahmen
• zur Erleichterung und Beschleunigung privater Investitionen für Erneuerbare Energien,
• zur Integration Erneuerbarer Energien in die kommunale Energiewirtschaft,
• zur Erleichterung von Krediten für Erneuerbare Energien
• sowie Veränderungen im Bereich des Bauens.

In der Bundestagsdebatte zum Stromeinspeisungsgesetz am 19.5.1995 verurteilen Mitglieder aller Fraktionen das Vorgehen der Energieversorgungsunternehmen und fordern diese auf, ihren Boykott des Gesetzes sowie die Angriffe auf die Erneuerbaren Energien unverzüglich zu beenden. In die Auseinandersetzung mit den Stromkonzernen greifen auch Mitglieder der parteiübergreifenden EUROSOLAR-Parlamentariergruppe mit eigenen Vorschlägen ein.

»Energieeffizienzmaßnahmen und umfangreiche Nutzung Erneuerbarer Energien können die Atomenergienutzung beenden und den Einsatz fossiler Brennstoffe zur gleichen Zeit dramatisch reduzieren. Mittel- und langfristig wird das umstrukturierte Energiesystem nicht teurer als das gegenwärtige sein und wird mehr Arbeitsplätze schaffen als ein konventionelles System. In der Anfangsphase werden zusätzliche Investitionen nötig, um diese Entwicklung anzustoßen.« (S. 14)

Harry Lehmann, Ein solares Energieversorgungskonzept für Europa, SZA 3/2000

In den Jahren 1991 bis 1994 erhöht sich der Anteil der aus Windkraft gewonnenen Energie rasant; die Nutzung der Sonnenstrahlung über Photovoltaik-Anlagen verharrt dagegen auf niedrigem Niveau. Anknüpfend an das 1000-Dächer-Programm der Bundesregierung, das 1993 ausgelaufen ist, schlägt EUROSOLAR 1994 ein Programm vor, in Deutschland 100.000 Dächer und Fassaden mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten. Dieses Pro-

gramm hat das Ziel, Photovoltaik in breitem Umfang und zügig marktfähig zu machen, um damit die Solartechnologie zur Stromerzeugung im Gebäudebereich einzuführen.

EUROSOLAR: Internationale Aktivitäten

Im August 1993 reist eine EUROSOLAR-Delegation mit Vorstandsmitglied Enrico Turrini nach Kuba, um dort ein Projekt der vollständigen Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien an 750 ländlichen Schulen vorzubereiten. 1995 findet in Havanna die erste Weltkonferenz zum Thema »Biomasse für Energie, Entwicklung und Umwelt« statt. 2005 veröffentlicht EUROSOLAR den Bericht über das Projekt »Sonnenenergie für die Schulen Cubas«, das erfolgreich als Hilfe zur Selbsthilfe abgeschlossen wird.

> ***»Das wichtigste cubanische Erziehungsprinzip lautet: Lernen mit Kopf und Hand. (...) Dieser pädagogische Ansatz wird wohl am konsequentesten auf den 850 Internatsschulen auf dem Land umgesetzt.***
>
> ***Die Schüler dort arbeiten in der Landwirtschaft mit und verwenden dafür die gleiche Zeit wie für den Unterricht. Ein Teil der Erzeugnisse dient der Selbstversorgung der Schulen.***
>
> ***Es ist daher nicht verwunderlich, dass in allen Lehrplänen Fragen der Ökologie, der Umwelterziehung, der klassischen Energieversorgung und auch der regenerativen Energien eine große Rolle spielen.«***
>
> **»Sonnenenergie für die Schulen Cubas 2005«, S. 7**

Auf der Ebene internationaler Konferenzen engagiert sich EUROSOLAR kontinuierlich. Am 2.4.1995 veranstaltet EUROSOLAR in Berlin das »Internationales Tribunal gegen die Verantwortlichen der globalen Energie- und Umweltkrise«. Dieses findet parallel zur Welt-Klima-Konferenz statt, die drei Jahre nach Rio eine Bestandsaufnahme der bisherigen praktischen Schritte zum Ziel hat. Das Tribunal unter dem Titel »Global reden, national aufschieben? Das Ende der Unverbindlichkeiten« eröffnet eine Kampagne zur Einrichtung eines Internationalen Umweltgerichtshofs, der die Verantwortlichen für das Fortdauern der Gefahren globaler Energie- und Umweltkatastrophen belangen will.

1994 startet im Rahmen des TEMPUS-Programms ein dreijähriges von der Europäischen Kommission gefördertes Projekt zur Aufstellung und Entwicklung von Lehrplänen sowie von Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonal im Bereich regenerativer Energien. Die EUROSOLAR-Vorstandsmitglieder Dr. Brigitte Schmidt und Professor Wenelin Pavlow koordinieren das Projekt. Im Sommer 1997 wird es mit der Eröffnung des Europäischen Energie-Umwelt-Zentrums Balkan in der Technischen Universität Varna erfolgreich abgeschlossen.

Örtliche und regionale Solarvereine

Zur Weiterentwicklung der Solarbewegung in Deutschland regt EUROSOLAR die Gründung von lokalen bzw. regionalen Solarvereinen an. Diese engagieren sich vor Ort für die dezentrale Durchsetzung der Ziele für mehr Erneuerbare Energien.

Die Solarvereine können als juristische Personen Mitglieder im EUROSOLAR-Netzwerk werden und profitieren vom Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander. Zudem startet EUROSOLAR Aktivitäten für die Organisation eines Netzwerks für lokale und regionale nichtkommerzielle Solarvereine gegen die wirtschaftlichen Interessenverbände und für die Popularisierung und Umsetzung der dezentralen Energiealternative. Eine regelmäßig erscheinende spezielle EUROSOLAR-Netzwerk-Zeitung soll den Informationsfluss und den Erfahrungsaustausch sicher stellen.

EUROSOLAR erweitert die eigenen Dienstleistungen um Seminar- und Publikationsangebote; zudem werden jährlich stattfindende bundesweite Treffen der Vereine organisiert.

Verleihung des Deutschen und des Europäischen Solarpreises

Im Solarzeitalter 1/1994 ruft EUROSOLAR erstmals dazu auf, Bewerbungen für die beispielhafte Einführung von Techniken zur Nutzung Erneuerbarer Energien einzureichen. Diese werden von einer Jury bewertet und die Sieger anschließend ausgezeichnet. Dabei geht es nicht um finanzielle Honorierungen der Preisträger, sondern um eine öffentliche Würdigung von Initiativen. Die ausgezeichneten Initiativen sollen in die Gesellschaft ausstrahlen und eine breite Bewegung für die Nutzung Erneuerbarer Energien erzeugen.

Die Preise werden 1994 in sechs Kategorien ausgeschrieben:

- ***Städte und Gemeinden oder Stadtwerke***
- ***industrielle und kommerzielle Unternehmen, Betriebe und Landwirte***
- ***Eigentümer oder Betreiber von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien***
- ***Lokale oder regionale Vereine als Förderer von Projekten für Erneuerbare Energien***
- ***Solararchitektur***
- ***Medienpreis: für einen Journalisten oder Autor für Berichte oder Darstellungen im Rundfunk oder Fernsehen zur Solarenergie***

Die erste Übergabe der Deutschen Solarpreise im Rahmen einer festlichen Verleihung findet am 24.9.1994 in Saarbrücken statt; die Verleihung der Europäischen Solarpreise folgt am 3.10.1994 in Wien.

Die Preisträgerinnen und Preisträger der Deutschen Solarpreise, 24.9.1994 in Saarbrücken

Anschließend werden die jährlichen Preisverleihungen in wechselnden Städten durchgeführt. Die Verleihung der Europäischen Solarpreise wird in den beiden ersten Jahren von der Europäischen Kommission gefördert, ab 1998 ist die KfW Bankengruppe Partner. Vom Jahr 2000 an finden diese Preisverleihungen regelmäßig in Berlin statt.

Verleihung der Deutschen Solarpreise am 5.11.2011 in Saarbrücken

Mit den Solarpreisen werden nicht nur innovative Projekte und engagierte Vorreiter ausgezeichnet. Auch das Verbreiten der Möglichkeiten und das Bekanntmachen des Standes von Forschung und Technik werden gewürdigt. Zudem regen die Preisverleihungen zum Ideenaustausch an.

Im Laufe der Jahre werden die Kategorien akzentuiert. In den Kategorien Eigentümer oder Betreiber von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien sowie Schulen und Bildungseinrichtungen werden seit 2003 vorbildliche solare Bauwerke oder Bildungseinrichtungen, die Erneuerbare Energien nutzen, im Rahmen der Deutschen Solarpreise mit Plaketten ausgezeichnet.

EUROSOLAR veröffentlicht die Preisträgerinnen und Preisträger in der Zeitschrift »Solarzeitalter«; zudem erscheinen Jubiläumsbroschüren, in denen ein Überblick über die ausgezeichneten Initiativen gegeben wird.

Solarpreise werden auch in anderen Sektionen (z.B. in Österreich, Tschechien, Italien und Spanien verliehen.

Das Medium der öffentlichen Preisverleihungen macht EUROSOLAR zu einer besonderen Organisation. Vorbilder, Wegbereiter und Visionäre der Erneuerbaren Energien werden ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. EUROSOLAR macht das Wachsen der dezentralen Energiewende sichtbar. Mit jeder neuen jährlichen Preisverleihung festigen EUROSOLAR und die Ausgezeichneten das Fundament der Erneuerbaren Energien, erweitert sich die Praxis für Erneuerbare Energien und die Vision erfasst weitere Interessenten. Vision und Praxis der Erneuerbaren Energien verbinden sich und dokumentieren eine sich entfaltende Realität, von der lokalen bis auf die europäische Ebene.

Ein Schlüssel zur Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien liegt in den Preisverleihungen an die Wegbereiter der Erneuerbaren Energien durch den Vorreiter EUROSOLAR.

»www.eurosolar.org«: Wegweiser, Präsentationsfilme

Im Internet (www.eurosolar.org) vermittelt das Archiv Solarpreise Informationen über die Preis- und Plaketten-Träger seit 2003 (Filme als Download); von 2008 an sind die Präsentationsfilme mit Informationen zum jeweiligen Preisträger und dessen Projekt als Stream aufrufbar. Darüber hinaus ist es möglich, über den »Wegweiser DSP/ESP« die deutschen Preis- und Plaketten-Träger seit 2003 nach Bundesland auszuwählen. 2013 werden der Deutsche und der Europäische Solarpreis zum zwanzigsten Mal verliehen.

Konferenzbände und Schulungsmaterialien

Konferenzbände, Bücher und CD-ROMs vervollständigen die Liste der Publikationen, mit denen EUROSOLAR die Geschichte der Erneuerbaren Energien dokumentiert.

Ab Februar 1996 steht zu Schulungszwecken ein Foliensatz unter dem Titel »Der Weg zum Solarzeitalter« zur Verfügung. Dieses Bildungsmaterial über Gründe und Möglichkeiten der Einführung von Techniken zur Umwandlung Erneuerbarer Energien wird kontinuierlich aktualisiert und verbessert.

Im Jahr 2001 erscheint »Ein Landesprogramm für Erneuerbare Energien. Eine EUROSOLAR-Handreichung für Landespolitiker«.

2003 erscheint ein weiterer Foliensatz: »Energie als Eine-Welt-Frage«, 12 Folien und Denkanstöße auf 34 Seiten zum Thema Energie für Mensch und Umwelt in Nord und Süd

2003 wird der EUROSOLAR-Leitfaden »Erneuerung von Städten und Gemeinden durch Erneuerbare Energien« veröffentlicht.

2010 erscheint Deutschlands erfolgreichster Kino-Dokumentarfilm des Jahres »Die 4. Revolution. Energy Autonomy« als DVD-Version auf Grundlage des Buches »Energieautonomie« von Hermann Scheer.

Energiekonzerne lassen nicht locker

Die Stromkonzerne geben nicht auf: Mit Desinformation und unhaltbaren Behauptungen setzt die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) ihre Kampagne gegen das Stromeinspeisungsgesetz auch 1996 und in den Jahren danach verbissen fort. Im »Solarzeitalter« Heft 4/1996 werden die haltlosen Einwände des EU-Wettbewerbskommissars, die dieser nach einer Beschwerde der PreußenElektra AG über das deutsche Stromeinspeisungsgesetz formuliert, argumentativ zurückgewiesen: Bei dem Gesetz handelt es sich um ein Mindestpreisgesetz und nicht um eine staatliche Beihilfe.

1997 lässt der Dauerangriff nicht nach und Zweifel kommen auf, ob Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat dem Druck der Stromwirtschaft standhalten können und wollen. Allerdings schaffen die EU-Richtlinie 96/92/EG vom 19.12.1996 zu gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt wie auch ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom 22.10.1996, in dem das Stromeinspeisungsgesetz als verfassungskonform qualifiziert wird, positive Grundlagen für die Weiterentwicklung des Gesetzes, auch mit Blick auf das Verwirklichen des Prinzips der kostendeckenden Vergütung.

Positiv wirken die Ergebnisse einer repräsentativen INFAS-Umfrage über die Erneuerbaren Energien in Deutschland: 68% sind für eine wesentliche Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien, sogar 71% der Befragten sind bereit, einen höheren Preis für Strom aus Erneuerbaren Energien zu zahlen. (»Solarzeitalter«, 2/1997, S. 28)

Neue Zeitschrift

Die andauernden, auch die juristischen Auseinandersetzungen um das Stromeinspeisungsgesetz führen dazu, dass EUROSOLAR 1996 einen Arbeitskreis Energierecht initiiert, in dem sich namhafte Juristen engagieren. Dort entsteht die Idee, die »Zeitschrift für Neues Energierecht« (ZNER) herauszugeben; von 1997 an wird diese einmal je Quartal die laufenden Veränderungen des Energierechts kritisch begleiten und zugleich mit eigenen Beiträgen bereichern.

»Zeitschrift für Neues Energierecht« (ZNER)

Seit Oktober 1997 erscheint die »Zeitschrift für Neues Energierecht« (ZNER). Im Editorial der ersten Ausgabe formulieren die Herausgeber:

»Die Zeitschrift macht es sich zur Aufgabe, die anstehenden Reformen des Energierechts kritisch unter den Gesichtspunkten zu begleiten, ob sie den Weg zur Vorrangwirtschaft für Energiealternativen und zur Umweltentlastung von energiebedingten Folgeschäden ebnen oder Stolpersteine aufstellen. Sie wird Probleme beim Vollzug des Rechts für Energiealternativen identifizieren, über Problemlösungen berichten und die Interessenkonflikte zwischen der Wirtschaft für Energiealternativen und den Trägern der tradierten Interessen transparent machen. (…)

Die Zeitschrift für Neues Energierecht befasst sich (…) mit den bestehenden und zu verändernden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft der Energiealternativen in der Konkurrenz zum bequemen, billigen und überquellenden Einsatz herkömmlicher Energiegewinnungs- und Nutzungsweisen. Das Recht der alternativen Energien ist Umwelt-, Wirtschafts-, Steuer-, Planungs-, Kommunal-, Völker- und Verbraucherrecht an der Schnittstelle zum bisherigen Energiemarktrecht. (…)

Die auf planwirtschaftsähnliche Monopolwirtschaftsstrukturen eingestellte Rechts-, Verwaltungs- und Gerichtspraxis wird sich nicht nur im engeren Energierecht, sondern in allen anstoßenden Bereichen des sonstigen Rechts von eingespielten Denkweisen lösen müssen. Indem ein neues Kapitel in der Energieversorgung aufgeschlagen und geschaffen wird, entstehen neue Widersprüche zwischen Gesetzen, bilden sich neue Lehrmeinungen und eine neue Rechtsprechungspraxis heraus. Mit einer Fülle gerichtlicher Auseinandersetzungen ist zu rechnen, wo sich überkommenes und neues Energierecht und alte und neue Interessen gegenüberstehen. (…)

Die Zeitschrift für Neues Energierecht wird darüber hinaus die deutsche Politik im Energie- und Umweltbereich ebenso wie die Entwicklung der internationalen Rahmenbedingungen verfolgen und bewerten, soweit Regeln für Handel und Umwelt die energiebedingten Umweltfolgen und die Konkurrenz zwischen Energiealternativen und konventioneller Energie betreffen.«

Von 1997 bis 2009 werden pro Jahr vier Ausgaben herausgegeben, seit 2010 erscheint die Zeitschrift ZNER sechs Mal im Jahr. Sie wird zur führenden rechtswissenschaftlichen Zeitschrift in Energiefragen.

1998 gehen einige Stromkonzerne dazu über, so genannte Grüne Tarife zu erhöhten Preisen anzubieten. Einerseits erhoffen sie sich davon positive Public-Relations-Effekte, andererseits soll hartnäckig der Eindruck verfestigt werden, dass Erneuerbare Energien teurer sind und teuer bleiben werden.

EUROSOLAR organisiert die Impuls-Konferenz »Der Öko-Strommarkt« am 25.4.1998 in Stuttgart. Hermann Scheer definiert den »Öko-Strommarkt« als »die Komplettlieferung vom Strom aus Erneuerbaren Energien durch darauf spezialisierte unabhängige Stromanbieter an Stromkunden, die ihren bisherigen Strombezugsvertrag kündigen und stattdessen ausschließlich ›grünen Strom‹ beziehen: Die direkte Vertragsbeziehung zwischen ›grünen Stromproduzenten‹ und ›grünen Stromkunden‹, unter vollständiger Ausschaltung der bisherigen Stromlieferanten« (»Solarzeitalter«, 1/1998, S. 3).

Er prognostiziert: »Der Öko-Strommarkt leitet die Revolutionierung der Stromversorgung mit Erneuerbaren Energien durch die Stromkunden ein, unabhängig von staatlichen Subventionen und von Interventions-, Blockade- und Hintergehungsmöglichkeiten der konventionellen Stromwirtschaft. Je mehr sich der Öko-Strommarkt etabliert, desto grösser wird seine Sogwirkung werden.« (ebd.) Nach der Impuls-Konferenz ergeben sich Fragen zur Vergabe von Zertifizierungen von Öko-Strom.

»Grüner Strom Label«

Am 8.12.1998 wird der Verein »Grüner Strom Label e.V.« gegründet, getragen wird dieser von EUROSOLAR, dem BUND, dem Naturschutzbund Deutschland, der Verbraucher Initiative, dem Deutschen Naturschutzring, der Initiative Naturwissenschaftler für den Frieden und der IPPNW. Der Verein erarbeitet Kriterien, nach denen mit Hilfe eines unabhängigen Instituts geprüft wird, welcher Anbieter von Grünem Strom das Label erhalten kann. Die Träger des Vereins »Grüner Strom Label e.V.« beschließen am 21.6.1999 die Zertifizierungskriterien für die Anbieter von Grünem Strom – zertifizierendes Institut wird ab August 1999 das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW).

> ***»Seit Gründung des Grüner Strom Label e.V. (GSL) sind zwei Entwicklungen zu nennen, die eine Überarbeitung der Labelkriterien notwendig machten:***
> ***1. Im Laufe der Jahre hat sich der Markt für Ökostrom ausgeweitet. (...)***
> ***2. Durch die Vergütungen des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) gibt es eine verlässliche Investitionsbasis für Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien, die zu einem nennenswerten Zubau von Anlagen geführt haben.« (S. 40)***
>
> ***»Bei keinem anderen Label bzw. den damit zertifizierten Produkten werden soviel neue kWh aus Erneuerbaren Energien nachweisbar induziert, wie mit dem GSL-Label.« (S. 41)***
>
> **Rosa Hemmers, Grüner Strom Label mit neuen Kriterien, SZA 4/2005**

Die zum 15.12.2005 umzusetzende Stromkennzeichnungspflicht für Stromanbieter an Endkunden verpflichtet zu einer Veränderung der bisher angewendeten Praxis. Die neuen Kriterien werden auf einer Mitgliederversammlung des Vereins am 21.11.2005 verabschiedet.

Konferenzen, Fachtagungen, Symposien, Studien

EUROSOLAR will Denkimpulse geben, Entwicklungen anstoßen, erforderliche Fachkenntnisse vermitteln und vertiefen, die der Nutzung Erneuerbarer Energien zum weiteren Voranschreiten verhelfen. Dazu führt EUROSOLAR von Beginn seiner Tätigkeit an eine Vielzahl von Konferenzen, Symposien, Seminaren, Fachtagungen und Workshops auf verschiedenen Ebenen und zu aktuellen Inhalten durch. Zudem werden politische Impulse erarbeitet, die in Gesetzgebungsinitiativen Eingang finden.

Zu den wichtigen internationalen Konferenzen, die EUROSOLAR durchführt oder als Mitveranstalter organisiert, zählen:

1990:	*Konferenz über Erneuerbare Energien, Neu Delhi*
1991:	*Konferenz über politische und wirtschaftliche Initiativen zur Einführung von Solarenergie in der Dritten Welt, Harare/Simbabwe*
1993:	*World Solar Summit der UNESCO, Paris*
1997:	*Erste Weltkonferenz Finanzierung Erneuerbare Energien, Bonn*
1998:	*Zweite Weltkonferenz Finanzierung Erneuerbare Energien, Bonn*
2003:	*»Von EURATOM zu EURENEW«, Berlin*
2003:	*Konferenz »Solarenergie für Afrika«, Düsseldorf*

Auch für die europäische politische Auseinandersetzung um die Durchsetzung Erneuerbarer Energien gibt EUROSOLAR wirkungsvolle Impulse:

1991:	*Start des Forschungsverbunds »European Renewable Energy Centers« (EUREC), Sitz in Leuven-Heverlee, Belgien*
1992:	*Charta von Montreux für die Förderung der Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaik*
1994:	*Studie »50%-Anteil erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union?«*
1996:	*Entwurf »Die Europäische Solar Energie Charta«*
1996:	*Studie für die Europäische Kommission »Power for the World – Sonnenenergie für die Welt«*
1996:	*Studie für die EU-Kommission »Einspeisebedingungen für Erneuerbare Energien in der Europäischen Union«*
1996:	*Entwurf für eine EU-Richtlinie über gemeinsame Regelungen für Einspeisevergütungen von Strom aus Erneuerbaren Energien*

1997:	*Memorandum zum Greenpaper der EU-Kommission »Energy for the Future: Renewable Sources of Energy« (20.11.1996)*
1997:	*Studie »Entwicklung und Arbeitsplatzpotential Erneuerbarer Energien in der Europäischen Union«*
2001:	*EU-Richtlinie zur Förderung der Erneuerbaren Energien*

Auf bundesdeutscher Ebene spiegeln die einzelnen themengebundenen Konferenzen und Fachtagungen den Verlauf der politischen Debatte um den wachsenden Stellenwert der Erneuerbaren Energien wider:

1992:	*Kongress »Energie- und umweltbewusstes Bauen: Gestaltung der künftigen Lebenswelt«, Essen*
1992:	*»Das solare Parlaments- und Regierungsviertel«, Berlin*
1995:	*»Internationales Tribunal gegen die Verantwortlichen der globalen Energie- und Umweltkrise«, Berlin*
1997:	*»Solares Deutschland. Innovationsoffensive Erneuerbare Energien«*
1997:	*»Netzrückkauf durch Gemeinden. Die kommunalwirtschaftlichen und ökologischen Chancen eines eigenen Stromnetzes«, Schwäbisch Hall*
1999:	*»Der Grüne Strom Markt. Konferenz über rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeiten eines unabhängigen Marktes für Grünen Strom«, Bonn*
1999:	*Kongress »Kultur der Sonne: Vom Kohle- ins Solarzeitalter«, Herne*
2000:	*Kongress »Stadtwerke mit Zukunft«, Saarbrücken*
2000:	*EEG-Workshop. Expertentreffen zum Erneuerbaren Energien Gesetz, Bonn*
2000:	*»Neue Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien«, Kongress über die wirtschaftlichen Chancen der ökologischen Energiewende in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg*
2000:	*Energie und Gesundheit. Kongress zum Anteil der fossilen und atomaren Energien an Krankheiten, Bonn*
2000:	*Solare Gründertage. Kongress zu Fragen der Existenzgründung im Bereich Erneuerbare Energien, Bonn*
2000:	*Tagung »Energiegenossenschaften – Gemeinschaftliche Selbsthilfe zur Erzeugung und Versorgung mit Ökostrom?«, Bonn*
2000:	*Kongress »Zukunft mit Erneuerbaren Energien: Solare Weltwirtschaft«, Dortmund*
2001:	*Konferenz »Die Kosten des solaren Bauens«, Bonn*

2002:	*Symposium: »Das solare Regierungsviertel Berlin – eine Brücke ins Solarzeitalter«, Reichstag Berlin*
2003:	*Konferenz »Dezentrale Energiespeicherung – Schlüssel zur wirtschaftlichen Entfaltung Erneuerbarer Energien«, Wuppertal*
2007:	*Workshop: »Rechtsentwicklung und Rechtskonflikte Erneuerbarer Energien«, Bonn*
2008:	*Energierechtliches Seminar »Die Bedeutung von Konzessionsverträgen beim Einsatz Erneuerbarer Energie«, Bonn*
2009:	*Fachseminar für Energieversorger und Kommunalvertreter: »Ökostrom mit Umweltnutzen«, Bonn*
2010:	*Fachkonferenz »Neue Raumordnung für Erneuerbare Energien«, Kassel*
2011:	*2. Raumordnungs-Fachkonferenz »Neue Konzepte für Erneuerbare Energien«, Düsseldorf*
2012:	*Symposium »Rechtsrahmen für Stromspeicher«, Bonn*
2013:	*Konferenz »Wasserkraftnutzung – ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Energiewende«, Bonn*

Regierungswechsel 1998

Bei der Bundestagswahl am 27.9.1998 wird die Koalition aus CDU/CSU und FDP abgewählt. An ihre Stelle tritt die erste rot-grüne Regierungskoalition auf Bundesebene. Viele erhoffen von dieser auch eine neue Energiepolitik.

Im Regierungsprogramm der neuen Koalition wird als ein Ziel der Ausstieg aus der Atomenergie formuliert: Die neue Bundesregierung werde alles unternehmen, die Nutzung der Atomkraft »so schnell wie möglich« zu beenden. Sie werde zu Gesprächen über »einen neuen Energiekonsens« einladen, um gemeinsam mit der Energiewirtschaft die Weichen zu stellen »für den Weg zu einem neuen, zukunftsfähigen Energiemix ohne Atomkraft« (Koalitionsvereinbarung vom 20.10.1998, S. 19).

EUROSOLAR warnt davor, sich bei diesen Konsensgesprächen auf die Debatte über Ausstiegsfristen und -zeiträume allein zu orientieren. Wichtig bleiben insbesondere die angekündigten Verbesserungen des Stromeinspeisungsgesetzes, die – auch wegen der Anstrengungen für einen »Atomkonsens« – ins Stocken geraten sind.

Die Erste Lesung der Novelle dieses Gesetzes (neuer Titel: »Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien«) erfolgt am 16.12.1999 im Bundestag. Zahlreiche Mängel des geltenden Gesetzes werden in der neuen Fassung beseitigt: Die Vergütung für Strom aus Photovoltaik-Anlagen wird deutlich erhöht, die Stromerzeugung aus allen Arten der Erneuerbaren Energien wird gesetzlich geregelt, auch aus Klär- und Grubengas sowie aus geothermischen Anlagen. Die Vergütungen der verschiedenen Stromarten werden angemessen korrigiert. Eine Gruppe von Abgeordneten setzt sich für einen fraktionsübergreifenden Konsens ein, damit das Gesetz zügig beraten und verabschiedet werden kann. Es soll nach den Ausschussberatungen rückwirkend zum 1.1.2000 in Kraft treten.

Nach dem Regierungswechsel legen die Energiekonzerne ihre Absicht, das Stromeinspeisungsgesetz zu Fall zu bringen, nicht ad acta. Über den Umweg einer EU-Einspeisungsrichtlinie, die eine Quote für Erneuerbare Energien bestimmen soll, will die Stromwirtschaft das Erzeugungsmonopol vor unabhängigen Betreibern sichern.

1999 zieht EUROSOLAR in die heutigen Geschäftsräume in der Kaiser-Friedrich-Straße 11 in Bonn

100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm

EUROSOLAR ergreift im Jahr 1999 weitere eigene und neue Aktivitäten. Das 100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm wird Bestandteil des Koalitionsvertrags von SPD und Grünen. Damit dieses zum 1.1.1999 starten kann, müssen einige Hindernisse umgehend umgangen und neue Wege eingeschlagen werden. Hermann Scheer beschreibt das entscheidend Neue dieses Programms mit der »Übertragung der Solartechnologie von einem Zuschussmarkt zu einem Finanzierungsmarkt. Dieser Übergang ist eine zwingende Voraussetzung zur Breitenentfaltung der Solartechnologien. Finanzierungsmarkt bedeutet, das Wirtschaftlichkeitsdenken auf den entscheidenden Vorteil Erneuerbarer Energien zu konzentrieren, den ein konventioneller Energieträger niemals haben kann: auf die durch Solarenergienutzung vermiedenen bzw. verdrängten Kosten« (»Solarzeitalter«, 4/1998, S. 5). Die Laufzeit des Programms beträgt sechs Jahre (1999 bis 2004), es sollen 100.000 Anlagen gefördert werden mit einer Gesamtkapazität von 300 MW.

> ***»Heutzutage müssen die Architektur- und Designbewegung und die Stadtplanung eine Vorreiterrolle spielen. Sie müssen sich von ihrer alten Rolle – der Anpassung an die gegebene Energieversorgung – lösen und Lösungen für eine energieeffizientere Bauweise und Stadtplanung finden, um ein Problembewusstsein für das Energieproblem zu schaffen.« (S. 15)***
>
> **Peter Droege, Memorandum: Renewable Energy and the City, SZA 3/2002**

Nach Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes am 1.4.2000 steigt das Interesse am 100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm sprunghaft an. Die Laufzeit des Programms wird bei Beibehaltung des Gesamtziels von sechs auf fünf Jahre verkürzt.

Zwei internationale Auszeichnungen für Hermann Scheer

Das außerordentliche und einflussreiche Engagement Hermann Scheers als EUROSOLAR-Präsident für die Erneuerbaren Energien wird öffentlich anerkannt und gewürdigt. Seine Aktivitäten orientieren sich jederzeit auf das Fördern unabhängiger Initiatoren und das Entfalten von Initiativen

für Erneuerbare Energien. In ihnen sieht er den entscheidenden Faktor, um den umfassenden Strukturwandel zu Erneuerbaren Energien nicht den Repräsentanten der jetzigen Energiewirtschaft zu überlassen, denn: »Wer aber immer darauf setzt, der setzt damit auf die Gruppe innerhalb der Gesamtwirtschaft, die das geringste Interesse von allen an einer grundlegenden Energiewende haben!« (»Solarzeitalter«, 1/1993, S. 1)

Hermann Scheers Aktivitäten machen EUROSOLAR zur anerkannten Konzeptionswerkstatt für Erneuerbare Energien. Weshalb müssen die Erneuerbaren Energien Priorität haben? Antworten und Begründungen werden für Umweltverbände und internationale Organisationen, für Parteien, Parlamente und Regierungen, für Berufsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen erarbeitet und publiziert. Hermann Scheer trägt dazu bei, die Zahl der Multiplikatoren für die Energiewende zu vervielfachen sowie das Nischendasein der Erneuerbaren Energien zu überwinden. Diese sollen ein neues Zeitalter begründen, das Solarzeitalter. Und EUROSOLAR will auf eine sich selbst tragende gesellschaftliche Entwicklung hinwirken.

Für sein Engagement wird Hermann Scheer am 10. Juli 1998 der erste »Welt-Solarpreis« in der Wiener Hofburg verliehen. Loretta Schaeffer (bis 1997 bei der Weltbank tätig) hebt in ihrer Laudatio Hermann Scheers Buch »Sonnen-Strategie. Politik ohne Alternative«, München 1993 hervor. Darin habe er »die Solarenergie-Wahrheit laut und öffentlich und zu den unpassendsten Momenten verkündet. Für Photovoltaik gibt es keinen passenden Augenblick, weder hier noch sonst irgendwo auf der Welt. Aber jetzt ist die Zeit, darüber zu reden« (Siegfried Pater, Hermann Scheer. Anwalt der Sonne, Wien 1998, S. 118).

»Ohne ökologische Transformation wird technologischer Fortschritt nicht viel nützen. Erst wenn wir die ökologische Krise von innen verstehen, werden Umwelttechnik und Umweltethik zwei Seiten derselben Medaille.« (S. 22)

Franz Alt, Eine ökologische Ethik für das neue Jahrtausend, SZA 1/2000

Am 9. Dezember 1999 erhält Hermann Scheer in Stockholm den »Alternativen Nobelpreis«. In seiner Laudatio betont Jakob von Uexküll, dass Hermann Scheer »sein Leben, seine Karriere, seine zahlreichen Talente und seine unglaubliche Energie darauf verwendet, der Welt zu zeigen,

dass der Übergang zu einer Weltwirtschaft auf der Grundlage solarer und anderer Erneuerbarer Energien nicht nur dringend notwendig, sondern auch möglich ist, und zwar JETZT – nicht langsam und im Laufe von Jahrzehnten, sondern JETZT – wenn nur die politischen und institutionellen Barrieren beseitigt werden.« (»Solarzeitalter«, 4/1999, S. 21)

4. Das Jahr 2000 – Beginn einer neuen Etappe für Erneuerbare Energien

EUROSOLAR steht im Jahr 2000 vor neuen Aufgaben: Das Inkrafttreten des neuen »Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG)« sorgt für eine Vielzahl von Impuls-Konferenzen und anderen informierenden Veranstaltungen, die gewiss einer besonderen Würdigung bedürfen.

Eine Besonderheit sei an dieser Stelle betont. Während in der IT-Welt mit Sonderschichten, mit großer Sorgfalt und voller Konzentration, aber auch mit gewissen Ängsten mit Blick auf das Funktionieren der Computer und Computernetze gebannt auf den Sekundenwechsel vom 31.12.1999, 23:59:59 Uhr auf den 1.1.2000, 00:00:00 Uhr geschaut wird, werden in den Wochen zwischen dem 19.12.1999 und dem 25.2.2000 die entscheidenden Vorarbeiten für das neue EEG getätigt: Es erfolgt die Weiterentwicklung des Impuls-Gesetzes (Stromeinspeisungsgesetz von 1991) für die Erneuerbaren Energien hin zum Grundlagen-Gesetz für alle Arten der Erneuerbaren Energien.

In diesen Wochen um den Wechsel ins neue Jahrtausend bleibt die Hoffnung darauf erhalten, dass die nach dem Ende der Systemkonfrontation von vielen erhoffte »Friedensdividende« noch wirklich wird, durch die Lösung der globalen Energiefrage mittels der vorrangigen Nutzung der Erneuerbaren Energien, die helfen kann, Kriege um Energien (wie 1990/91 im Irak) und Kriege gegen die Umwelt zu verhindern.

Die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts verlaufen allerdings anders. Dennoch: Das EEG bewirkt – nicht nur in Deutschland – stetig steigende Anteile der Erneuerbaren Energien.

Was ist neu am EEG?

Am 25.2.2000 verabschiedet der Bundestag das »Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG«. Der Bundesrat stimmt dem Gesetz am 17.3.2000 zu, so dass es am 1.4.2000 in Kraft tritt.

Irm Pontenagel kommentiert im »Solarzeitalter« (1/2000) das neue Gesetz unter der Überschrift »Ein neues Kapitel für Erneuerbare Energien. Das EEG verändert den Handlungsrahmen«. Die entscheidenden Neuerungen liegen in den Leitlinien und im neuen Gestaltungsrahmen des neuen Gesetzes. Als Leitlinien sieht Irm Pontenagel folgende Aspekte:

»• die Vergütungen sind am Prinzip einer wirtschaftlichen Betriebsführung von Stromerzeugungsanlagen mit Erneuerbaren Energien orientiert;

• Das Gesetz setzt offiziell den Vorrang des Grundsatzes der Umwelterhaltung vor den des Marktes«. (S. 15) Irm Pontenagel betont die Notwendigkeit, »dieses Vorrangprinzip offensiv zu vertreten«, gerade auch gegen die dominierenden Wirtschaftsideologien, »um daraus eine rechtspolitische Selbstverständlichkeit werden zu lassen« (ebd.).

> ***»Erneuerbare Energien sind potentiell in der Lage, einen bedeutsamen Teil des europäischen Energiebedarfs im 21. Jahrhundert zu decken. (...) Da erneuerbare Energiequellen gut über die ganze Erde verteilt sind, bieten sie im Gegensatz zu vielen anderen Energiequellen die Möglichkeit, auf weltweite Veränderungen weltweit zu reagieren.« (S. 13)***
> ***»Es ist klargeworden, dass erneuerbare Energien aus politischen Gründen höchst erstrebenswert sind, weil sie neue wirtschaftliche Aktivitäten anregen und der Gesellschaft neue Steuereinkommen bieten, von allen Umweltvorteilen und anderen sozialen Vorteilen abgesehen. Daher benötigt der internationale Markt für erneuerbare Energie politische Rückenstärkung und finanzielle sowie institutionelle Unterstützung.« (S. 17)***
>
> **Wolfgang Palz, Erneuerbare Energie in Europa, SZA 3/1990**

Die Gestaltungsansätze des EEG unterscheiden sich vom bisherigen Stromeinspeisungsgesetz: erstens, es werden Fristen für Vergütungssätze festgelegt, diese gelten 20 Jahre, mit Ausnahme der Vergütungen für die Kleinwasserkraft, die einen längeren Zeitraum benötigen; zweitens, die Unterscheidung zwischen den unternehmerischen Funktionen der Stromproduktion, des überregionalen Stromtransports und der Strom-

verteilung wird konsequent vorgenommen. Alle Anlagenbetreiber (Ausnahme: die öffentliche Hand) können das Gesetz in Anspruch nehmen. Die Stadtwerke werden durch das EEG motiviert, »selbst Investor für Erneuerbare Energien zu werden« (S. 15); und drittens, die eingespeisten Strommengen werden in voller Kostenhöhe allen Lieferanten von umweltbelastendem Strom gleichmäßig und proportional zugewiesen – damit wird dem Verursacherprinzip voll entsprochen, in das auch die ausländischen Lieferanten einbezogen werden.

Des weiteren gilt das EEG nun für alle Arten der Erneuerbaren Energien (auch für Strom aus Klär- und Grubengas sowie aus geothermischen Anlagen); die Einspeisevergütungen erfolgen auf Basis von Festpreisen, und zwar in unterschiedlicher Höhe je nach Produktionsart und -ort, wobei die Vergütung für Strom aus Photovoltaik mit 0,99 DM die höchste ist, die nach 2000 für Neuanlagen jährlich um 5% sinken wird. »Man muss kein Prophet sein, um Widerstände gegen das Gesetz vorherzusagen. Wie üblich, werden die Gegner versuchen, dagegen gerichtlich vorzugehen oder die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission dagegen zu mobilisieren.« (Irm Pontenagel, ebd., S.16)

Mit einem Schreiben vom 7.4.2000 teilt die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission der Bundesregierung mit, dass die Kommission eine Prüfung darüber, dass das EEG »Beihilfecharakter« habe, für »unerlässlich« erachte.

»Atomausstieg« 2000

In der Bundesrepublik Deutschland wird mit dem 14.6.2000 der »Atomausstieg« verbunden. An diesem Tag unterzeichnen die Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen die Vereinbarung zum Auslaufen der Nutzung der Atomenergie.

Wesentliche Bestandteile sind in der Einleitung zu dieser Vereinbarung formuliert: Ziel sei das geordnete Beenden der Stromerzeugung aus Atomenergie durch eine befristete künftige Nutzung der vorhandenen Atomkraftwerke. Die Bundesregierung werde einen Entwurf zur Novelle des Atomgesetzes erarbeiten. »Bundesregierung und Versorgungsunternehmen gehen davon aus, dass die Vereinbarung und ihre Umsetzung nicht zu Entschädigungsansprüchen zwischen den Beteiligten führt.« Zur Bestimmung einer »Reststrommenge« (berechnet ab 1.1.2000) wird eine «Regellaufzeit von 32 Kalenderjahren ab Beginn des kommerziellen Leistungsbetriebs« zugrunde gelegt. Die Bundesregierung werde keine Initiative ergreifen, mit der die Nutzung der Atomenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert werde. Das gelte auch für das Steuerrecht.

Im »Solarzeitalter« Heft 2/2000 kommentiert Irm Pontenagel differenziert: Die Atomkraftgegner sehen in den Restlaufzeiten »eine Bestandsgarantie, die kaum kürzer scheint als die normale Betriebsdauer eines Atomkraftwerks« (S. 1). Sie verweist auf die EUROSOLAR-Kritik an der Regierung, sich nicht auf einen Konsens einzulassen, sondern sich stattdessen darauf zu konzentrieren, »den Stromkonzernen die wirtschaftlichen Privilegien zu nehmen, die sie für den Betrieb der AKW haben«. Bei Streichung der Privilegien würden die Stromkonzerne den Betrieb von Atomkraftwerken früher einstellen, als es durch jeden Konsens über Ausstiegsfristen erreichbar wäre – und sie hätten dagegen keine Klagemöglichkeit« (S. 1).

Andererseits zeige eine faire Bewertung der Vereinbarung, dass »die ›Atomgemeinde‹ in Forschung und Industrie den Ausstiegskonsens nicht nur mit gemischten Gefühlen« sehe, sondern diesen durchaus »als Niederlage« bewerte. Doch letztlich: »Keiner weiß, ob und wie lange der Kompromiss hält. Die Atomgemeinde wird auf die nächste Bundestagswahl als vielleicht letzte Chance setzen.« (S. 1)

Stadtwerke: Chancen für dezentrale Energieversorgung

Direkt zu Beginn des ereignis- und veranstaltungsreichen Jahres 2000 führt EUROSOLAR in Saarbrücken den Fachkongress »Stadtwerke mit Zukunft« durch.

Viele Stadtwerke sind unter den veränderten Rahmenbedingungen des liberalisierten Strommarktes in Bedrängnis geraten. Die großen Energiekonzerne streben nach weiteren Umsatz- und Gewinnmöglichkeiten und sehen dafür im Aufkauf von und in Beteiligungen an Stadtwerken eine Erfolg versprechende Variante. Damit werden zahlreiche Ansätze einer dezentralen und umweltfreundlichen Energieversorgung zunichte gemacht. EUROSOLAR veranstaltet diesen Fachkongress, um den Stadtwerken im Sinne einer zukunftsfähigen Energieversorgung sowie einer demokratischen Selbstverwaltung von Infrastrukturen eine gesicherte und ausbaufähige Perspektive aufzuzeigen.

EUROSOLAR-Veranstaltungsjahr 2000

Im Frühjahr 2000 führt EUROSOLAR eine Reihe weiterer Veranstaltungen durch, die Antworten auf die zahlreichen neu entstandenen Fragen vermitteln sowie Hilfestellung für den Alltag der dezentral arbeitenden Vereine und Engagierten bieten:

- Am 29.4.2000 einen EEG-Workshop, ein Expertentreffen zum neuen Gesetz;
- am 19./20.5.2000 in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg den Kongress über die wirtschaftlichen Chancen der ökologischen Energiewende »Neue Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien«;
- am 1.7.2000 in Bonn die erste EUROSOLAR-Netzwerk-Konferenz der Solarvereine aus ganz Deutschland, damit ist die Trennung in ein West- und ein Ost-Netzwerk Vergangenheit;
- und ebenfalls in Bonn am 28./29.7.2000 die »Solaren Gründertage«, eine Konferenz zu Fragen der Existenzgründung im Bereich Erneuerbare Energien.

In der Zeitschrift »Solarzeitalter« widmen sich verschiedene Autoren dem Thema Photovoltaik unter diversen Blickwinkeln. Darüber hinaus stehen die bundesrepublikanische Debatte um den »Atomausstieg« und die Energiediskussion auf EU-Ebene im Mittelpunkt vieler Artikel.

Nach der Sommerpause setzt EUROSOLAR die vielfältigen Aktivitäten in diesem Jahr mit weiteren Konferenzen fort:

- In Bonn vom 12. bis 15.9.2000 mit der 6. Europäischen Konferenz Solarenergie in Architektur und Städteplanung unter dem Titel »Die Stadt als Sonnenkraftwerk«;
- am 20./21.10.2000 mit der Tagung »Energiegenossenschaften – Gemeinschaftliche Selbsthilfe zur Erzeugung und Versorgung mit Ökostrom?« in Bonn;
- am 2.11.2000 in Dortmund mit dem Kongress »Zukunft mit Erneuerbaren Energien: Solare Weltwirtschaft«;
- am 25.11.2000 in Bonn mit der Tagung des EUROSOLAR-Arbeitskreises Biomasse.

Woran scheitern die jährlichen Klimakonferenzen?

Nach dem Scheitern der 6. Klimakonferenz in Den Haag im November 2000 resümiert Hermann Scheer im »Solarzeitalter« Heft 4/2000:

»Weltklimakonferenzen machen nur Sinn, wenn sie sich auf pauschal formulierte Mindestziele beschränken – und die Umsetzung den Ländern selbst überlassen bleibt. Darüber hinaus müssten sie endlich den Abbau der konventionellen Energiesubventionen thematisieren, die jährlich 300 Milliarden Dollar ausmachen. Sie müssten darauf zielen, die globale Steuerbefreiung für Flug- und Schiffstreibstoffe abzuschaffen. Der expandierende Flugverkehr ist zum Klimakiller geworden, und die Subventionierung des Interkontinentalhandels ist eine glatte Wettbewerbsverzerrung, die den Regionalhandel diskriminiert und überflüssige Transportleistungen mit immensem Energieverbrauch provoziert.

Vor allem aber müsste endlich der nichtkommerzielle Technologietransfer für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in die Dritte Welt vorangetrieben werden, mit Hilfe einer Internationalen Agentur. Bislang gibt es nur die Internationale Agentur für Atomenergie. Die Prioritäten der Weltbank, die mehr als 90 Prozent ihrer Energiekredite vergibt, müssten radikal verändert werden. Gleiches gilt für die Entwicklungsbanken. Die Aufforstung müsste global vorangetrieben werden – aber nicht anstelle von Emissionsminderungen, sondern zusätzlich. Und die weitere Abholzung von Tropenwäldern ist zu verhindern, indem Kredite an diese Bedingung geknüpft werden. Das alles wäre die adäquate Tagesordnung einer Weltklimakonferenz.« (S. 3)

EuGH weist Klagen der Energiekonzerne ab

Grünes Licht für den Vorrang Erneuerbarer Energien kommt vom Europäischen Gerichtshof durch dessen Entscheidung am 13.3.2001. Danach ist das Stromeinspeisungsgesetz von 1991 weder eine Beihilfe noch ein Verstoß gegen die EU-Warenverkehrsfreiheit. Das Urteil bestimmt, dass eine Festpreisregelung keine staatliche Beihilfe ist. Damit ist die letzte Hürde gefallen und die politische Auseinandersetzung auch um das EEG beendet.

> ***»Der Europäische Gerichtshof hat mit seinem Urteil vom 13. März 2001 entschieden, dass das deutsche Stromeinspeisungsgesetz (StrEG) mit den Zielen des EG-Vertrages im Einklang steht, also weder eine verbotene Beihilfe ist, noch die Freiheit des Warenverkehrs verletzt. Damit wurde ein – man ist fast versucht zu sagen – „Komplott" der PreussenElektra und der Schleswag, ihrer Konzerntochter, zurückgewiesen. (...)***
> ***Die Entscheidung stellt damit auch dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einen Freibrief aus. Die Kommission hatte demgegenüber die Auffassung vertreten, es stelle eine verbotene Beihilfe dar, und deswegen die Bundesrepublik Deutschland zur Einleitung eines Notifizierungsverfahrens aufgefordert. Der deutsche Gesetzgeber hat sich diesem Ansinnen widersetzt und damit die Souveränität des nationalen Gesetzgebers verteidigt. Dieser „aufständische Akt gegen Europa" ist nun vom EuGH mittelbar gerechtfertigt worden.«***
>
> **Peter Becker, Editorial ZNER 1/2001**

Irm Pontenagel kommentiert im »Solarzeitalter« 1/2001: »Mit der Entscheidung des EuGH haben erstmals in letztentscheidender Instanz Umweltbelange Vorrang vor einer beliebigen Marktliberalisierung. Dies ist von historischer Bedeutung für die Erneuerbaren Energien.« (S. 1) Auf rechtlich gesichertem Fundament gehen die Aktivitäten für steigende Anteile der Erneuerbaren Energien in eine neue Phase.

23.8.2008: EUROSOLAR feiert zwanzigjähriges Jubiläum in Bonn

»Weg mit, raus aus, Anti: Das ist notwendig, aber das reicht nicht aus. Wer einen politischen Gegenentwurf will, der muss über die soziale Bewegung hinaus feste Strukturen bilden und hart arbeiten, intellektuell, politisch, organisatorisch. EUROSOLAR ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie die Kritik, die radikale Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht in der Ablehnung stehen bleibt, sondern als Aufgabe verstanden wird, eine andere, eine bessere Welt zu entwerfen und dafür zu arbeiten.

EUROSOLAR ist ja eine ganz ungewöhnliche Mischung: Eine Mischung aus Bürgerinitiative und Verein, aus think tank und Lobby, aus wissenschaftlicher Expertise und politischem Mut. EUROSOLAR ist überparteilich, aber sehr parteiisch. EUROSOLAR ist wirklich gemeinnützig und nicht, wie manch andere steuerbegünstigte Einrichtung, mehr gemein und eigennützig. Mir gefällt besonders, dass EUROSOLAR ins Gelingen verliebt ist. Hier werden Konzepte und Ideen mit dem Ziel entwickelt, sie tatsächlich durchzusetzen und nicht mit dem Ziel, am Scheitern die Schlechtigkeit der Welt zu beweisen. Ins Gelingen verliebt: Darum sucht EUROSOLAR Bündnispartner überall in der Gesellschaft und arbeitet so konstruktiv und so erfolgreich.« (S. 24)

Christoph Habermann, EUROSOLAR – ins Gelingen verliebt! 15 Jahre EUROSOLAR, SZA 3/2003

5. Die Erneuerbaren Energien und das EEG bis 2009

Mit der Wahl des »jungen« Bush zum US-Präsidenten im November 2000 ergreift in den USA jene Gruppe die politische Macht, die nicht begreift, dass die neuen Fragen, Probleme, Konflikte, Chancen und Möglichkeiten in der Welt nach neuem Denken und vor allem nach neuem politischem Handeln verlangen.

Rütteln die wirtschaftlichen Krisenprozesse in Japan, Südostasien und Lateinamerika nicht hinreichend auf, so sind viele überrascht vom Platzen der »dot.com«-Börsenblase (2000) und 2008 dem der Immobilien-Blase in den USA, später in weiteren Ländern. Die komplexe weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise setzt ein, mit sozialen Folgen und Auswirkungen für viele Menschen, vor allem in den südlichen Ländern Europas. Nach weiteren Kriegen – zuerst gegen »den Terrorismus« in Afghanistan (2001), danach wieder um Öl gegen den Irak (2003) – hoffen in den USA ab 2008 viele Wählerinnen und Wähler auf den neuen Präsidenten Obama; ähnlich ausgeprägt sind die Erwartungen auch in Europa und in Deutschland.

Die Bundesrepublik kommt vergleichsweise gut durch diese turbulenten Zeiten. 2002 wird die rot-grüne Koalition bei der Bundestagswahl bestätigt, teilweise wohl auch deshalb, weil die Regierung öffentlich auf Distanz zur anmaßenden US-Politik unter George W. Bush geht.

Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl von 2005 führt zu einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Diese Koalition setzt im großen und ganzen politisch fort, was die vorhergehende Regierung eingeleitet hat.

Wie geht es in diesen Jahren mit den Erneuerbaren Energien und dem EEG weiter? Wird der »Atomausstieg« umgesetzt? Die Regierungen wechseln, das EEG bleibt und wird zum Erfolgsmodell für alle, die auf Erneuerbare Energien setzen. Allerdings: Die Angriffe auf das EEG gehen unvermindert weiter, verändern sich abhängig von und parallel mit den Erfolgen und Entwicklungen des Gesetzes.

EUROSOLAR-Anzeigenkampagnen und -Aufrufe

EUROSOLAR vermittelt mit ganzseitigen Anzeigen und Aufrufen in ausgewählten überregionalen Wochen- und Tageszeitungen (u.a. »Die Zeit«, »Süddeutsche Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«, »Tagesspiegel«, »tageszeitung«, »Die Welt«) Informationen und Argumente für die politische Debatte in der Öffentlichkeit. Anlässe sind Bundestagswahlen, internationale Ereignisse wie der Krieg gegen den Irak, die Debatten um das EEG oder die Atomkatastrophe in Fukushima.

10.3.1994:	*»12 Forderungen für eine Solar-Energie-Initiative« (in mehreren Zeitungen im Frühjahr 1994 zur Bundestagswahl veröffentlicht)*
16.8.1997:	*»Solares Deutschland« (zur Bundestagswahl 1998)*
12.7.2001:	*»Unsere Luft ist keine Ware«. Erneuerbare Energien statt fossilem Emissionshandel. Ein Appell an die Weltklimakonferenz*
31.1.2002:	*»Weg vom Öl«. Friedenssicherung, Umweltschutz und neue Wirtschaftsstabilität durch Erneuerbare Energien*
7.6.2002:	*Aufruf zur Bundestagswahl »Modell Solares Deutschland«*
6.3.2003:	*Frieden durch Sonnenenergie statt Krieg um Erdöl. Für eine politische Strategie »Energieunabhängigkeit mit Erneuerbaren Energien«*
1.10.2003:	*»Deutschland ist erneuerbar«. Zukunftsfähigkeit statt Reformverweigerung in der Energieversorgung*
16.9.2004:	*»Erneuerbare Energien statt Atomenergie«. Der konsequente Ausbau Erneuerbarer Energien macht Atomenergie überflüssig*
2.6.2005:	*»Deutschland bleibt erneuerbar«. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz sichert ökologische und ökonomische Zukunftsfähigkeit*
6.8.2006:	*»Erneuerbare Energien statt Atomenergie«. Nur die Erneuerbaren Energien können einlösen, was von der Atomenergie versprochen wurde: eine dauerhafte, sichere, unabhängige und emissionsfreie und friedenssichernde Energieversorgung*
1.2.2007:	*»Mehr Mut zu Erneuerbaren Energien« (mehrfach in 2007 sowie 18.1.2008)*
22.8.2008:	*»Deutschland muss erneuerbar bleiben« (zuvor am 30.5., 5.6. und 1.8.2008)*
11.2.2010:	*»Mit der Kraft der Sonne«. Deutschland muss seine weltweit führende Rolle in der Solartechnik erhalten (auch am 6.3.2010)*
9.9.2010:	*»Erneuerbare Energien brauchen keine Brücken.« (auch nach Fukushima)*
3.5.2012:	*»Ohne Erneuerbare Energien keine Energiewende«*
27.6.2013	*»Eine kostengünstige Energiewende geht nur mit dem EEG«*

5.1. Erneuerbare Energien und das EEG unter rot-grüner Regierungskoalition bis 2005

Das »Solarzeitalter« veröffentlicht in Ausgabe 1/2001 das EUROSOLAR-Memorandum: »Zum Stellenwert und den Aufgaben einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)«; der Untertitel lautet: Grundlagentext für die Internationale Impulskonferenz zur Förderung globaler Transferaktivitäten für Erneuerbare Energien.

Die Leitgedanken des Memorandums sind: »Der fundamentale strukturelle Unterschied zwischen konventionellen und Erneuerbaren Energien liegt darin, dass für erstere überwiegend Großanlagen und für letztere überwiegend Kleinanlagen eingesetzt werden. Daraus ergibt sich, dass zahlreiche Akteure nötig sind. Erneuerbare Energiesysteme sind überdies in der Regel technisch weniger komplex, so dass der Aufbau von Eigenproduktionen für Techniken zur Nutzung Erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern eher möglich ist. Diese Chance wurde bisher nicht genutzt. Voraussetzung für die Einführung dieser Techniken ist deshalb die rasche Multiplikation der Zahl potenzieller Akteure. Dies erfordert die Organisierung eines nicht-kommerziellen Technik- und Wissenstransfers.

Da dieser Transfer in breitem Umfang und rasch erfolgen muss, ist eine darauf spezialisierte und dafür zu schaffende Internationale Agentur erforderlich: die ›International Renewable Energies Agency (IRENA)‹. Sie soll von den Regierungen getragen werden, die Mitglied dieser Agentur sind und die deren Tätigkeit beaufsichtigen. Die Mitgliedschaft muss jedem Land, das die Aufgaben der IRENA im Rahmen ihrer Statuten unterstützt, offen stehen. Besonders für Entwicklungs- und Übergangsländer, die wenig Eigenmittel für die Organisierung des Technik- und Wissenstransfers haben, ist diese Agentur von Bedeutung. Die Empfehlungen der G8-›task force‹, in den nächsten 10 Jahren für eine Million Menschen die neuen Techniken der Nutzung erneuerbarer Energien einzuführen, sind ohne eine solche Agentur kaum realisierbar« (S. 14).

Als »organisatorisches Vorbild« der IRENA wird die IAEA, die »International Atomic Energy Agency« benannt, die seit den 1950er Jahren unter anderem den nicht-kommerziellen Technologietransfer für Atomtechni-

Hermann Scheer auf der Gründungskonferenz des »Weltrat für Erneuerbare Energien« (»World Council for Renewable Energy, WCRE«) im Juni 2001 in Bonn

ken leiste. »Was vor Jahrzehnten für die Atomenergie für nötig gehalten wurde, ist jetzt für die Erneuerbaren Energien in einer darauf spezialisierten neuen Agentur geboten, zumal das weltweite Interesse an Atomenergie schwindet, während das Interesse an der Nutzung Erneuerbarer Energien wächst.« (S. 15)

Gründung des Weltrats für Erneuerbare Energien (WCRE)

EUROSOLAR intensiviert die eigenen internationalen Aktivitäten. Im Verlauf der »Internationalen Impulskonferenz für den Aufbau einer

Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien« vom 8. bis 10. Juni 2001 in Bonn wird der »Weltrat für Erneuerbare Energien« (»World Council for Renewable Energy, WCRE«) gegründet.

Der Weltrat versteht sich als ein unabhängiges Netzwerk von Nicht-Regierungsorganisationen auf den Gebieten der Erneuerbaren Energien, des Umweltschutzes und der Entwicklungshilfe sowie von Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten im Bereich der Erneuerbaren Energien. Der Weltrat soll den Erneuerbaren Energien in der globalen Energiediskussion eine eigenständige Stimme geben. Ein fünfköpfiges Vorsitzenden-Komitee, die aus den fünf Kontinenten kommen, leitet den Weltrat; Sprecher dieses Komitees ist Hermann Scheer, das Sekretariat des Weltrats wird von EUROSOLAR organisiert, der Sitz des Weltrats ist in Bonn. Als vordringliche Maßnahme seiner Tätigkeit definiert der Weltrat den Aufbau einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien.

Da die Erfolglosigkeit der Weltklimakonferenzen, auch die des Kyoto-Protokolls durch das Instrument des Emissionshandels, offenkundiger wird, appelliert der Weltrat in einem ersten Memorandum »Über das Kyoto-Protokoll hinaus: Erneuert die Klimaschutzstrategie mit Erneuerbarer Energie!« an die Regierungen, einen neuen Weg einzuschlagen und den Erneuerbaren Energien Vorrang einzuräumen.

Hermann Scheer erweitert die Vorschläge für eine vermehrte Nutzung der Erneuerbaren Energien durch eine weitere politische Offensive: die Ergänzung des atomaren Nichtverbreitungsvertrages durch einen »Internationalen Verbreitungsvertrages für Erneuerbare Energien«, dessen Kernsatz lautet: »Dieser Vertrag erlaubt den Mitgliedern des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, die Verpflichtung aus Art. IV zur Hilfe bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie durch die Hilfe bei der Nutzung der Erneuerbaren Energien zu ersetzen.« Damit soll ein zusätzliches Signal für einen Einstieg in das Solarzeitalter gegeben werden.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt von EUROSOLAR in 2001 ist die Auseinandersetzung mit den konventionellen Energien Erdöl und Erdgas. Zum einen wird deren künftige Verfügbarkeit kritisch untersucht. Zum anderen werden im »Solarzeitalter« (4/2001) die Ergebnisse einer Studie publiziert, die nachweist, dass Erdgas deutlich klimaschädigender

ist als bis dahin bekannt. Zudem veröffentlicht EUROSOLAR den Aufruf »Weg vom Öl«, in dem Bundesregierung und Bundestag aufgefordert werden, »eine umfassend angelegte Strategie zur Befreiung von der Ölabhängigkeit einzuleiten«.

Was soll die EEG-Novelle enthalten?

Im Jahr 2002 rückt die Frage einer Novellierung des EEG in den politischen Vordergrund. Im Februar findet im EUROSOLAR-Haus in Bonn die Energierechtliche Fachtagung der Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER) »Das Erneuerbare Energien Gesetz – Zwischenbilanz und Perspektiven« statt.

»Während bei den traditionellen Energieträgern seit längerem Arbeitsplatzreduzierungen zu verzeichnen sind, wird die Ausweitung der Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie die Schaffung neuer und zukunftsträchtiger Arbeitsplätze, besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen, mit sich ziehen. Das Potential hierfür ist, auch im Hinblick auf die Exportchancen, enorm.« (S. 6)

Mechtild Rothe, Europaparlament für verbindliche Förderrichtlinien zu Erneuerbaren Energien, SZA 4/2000

Nach §12 des EEG soll in jedem zweiten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes ein Erfahrungsbericht des Bundeswirtschaftsministers und gegebenenfalls eine Anpassung der Vergütungs- und Degressionssätze zum 1. Januar des darauffolgenden Jahres in Form einer EEG-Novelle erfolgen. Das Ergebnis der Fachtagung: Es gibt mehrfachen und dringlichen Bedarf, Anpassungen und Differenzierungen bei den unterschiedlichen Vergütungen vorzunehmen.

In dieser Legislaturperiode werden weitere Gesetze verabschiedet, die die Substanz des EEG festigen helfen: Am 1.2.2002 die Energieeinsparverordnung (EnEV), ein Baustein für die Perspektive solaren Bauens; es folgt am 1.4.2002 das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), das den Ausbau dezentraler Strukturen der Energieerzeugung erleichtert; am 26.4.2002 das Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur ge-

werblichen Erzeugung von Strom, womit der »Atomausstieg« besiegelt wird.

Am 7.6.2002 beschließt der Bundestag die Befreiung sämtlicher Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer, wenn auch zunächst nur befristet bis zum 31.12.2008. Dies wirkt als Signal mit Blick auf das Ziel, die Abhängigkeit vom Öl als Treibstoff überwinden zu wollen.

Am 2.7.2002 stellt die Energie-Enquête-Kommission in ihrem Endbericht fest, dass eine hundertprozentige Versorgung mit Erneuerbaren Energien bis 2050 möglich sein wird.

Am 22.5.2002 entscheidet die EU-Kommission, die noch offenen Beihilfeverfahren gegen das EEG endgültig einzustellen. Dies bedeutet: Es sind alle energie- und europarechtlichen Einwände gegen die Erneuerbaren Energien gegenstandslos geworden.

Nach der Bundestagswahl 2002

Für die Nutzung Erneuerbarer Energien sind in den Jahren 1999 bis 2002 eine Reihe wichtiger erster Schritte umgesetzt worden. Die erste Novellierung des EEG wird auf Grundlage des ersten Erfahrungsberichts zum EEG vom 10.7.2002 in die folgende Legislaturperiode gelegt. Die Wahlen zum Bundestag vom 22.9.2002 bestätigen die rot-grüne Regierungskoalition. Im Koalitionsvertrag vom 16.10.2002 sind einige Maßnahmen zur Fortsetzung der am EEG-ausgerichteten Energiepolitik sowie die Initiative zur Gründung einer IRENA als Regierungsvorhaben formuliert. Die Zuständigkeit für die Erneuerbaren Energien wechselt aus dem Wirtschafts- ins Umweltministerium.

In 2003 soll die Novellierung des EEG erfolgen. Gesichert ist der Bestand des Gesetzes noch nicht, und es ist noch lange kein Selbstläufer, wie manche gerne denken möchten. Irm Pontenagel warnt davor, das Vorgehen der Gegner gegen das EEG zu unterschätzen. »Die konventionelle Stromwirtschaft formiert sich gegen das EEG, weil sie weiß, dass man sich einer grundlegenden Entscheidungssituation nähert: ab 2005 beginnt die Phase einer Ersatzbeschaffung von Stromerzeugungskapazitäten in einer Größenordnung von 40.000 MW. Alle, die bestehende durch neue Großkraftwerke ersetzen wollen, haben ein Interesse, das EEG und damit die

weitere zügige Entfaltung Erneuerbarer Energien auszubremsen.« (»Solarzeitalter«, 2/2003, S. 1) In verschiedenen Medien wird penetrant die irreführende Behauptung publiziert, das EEG verursache hohe Mehrkosten für die Stromverbraucher.

Pro und Kontra EEG

Die Verschiebung des für März angekündigten Ministeriums-Entwurfs auf August 2003 stärkt die EEG-Gegner, zumal das Wirtschaftsministerium zum hartnäckigsten EEG-Gegner avanciert ist. Die großen Energieunternehmen fordern von der Bundesregierung »Planungssicherheit« für die angestrebten Ersatzbeschaffungen.

Hermann Scheer kommentiert die zugespitzte Situation im Sommer 2003: »Das ist der wahre Hintergrund der Anti-EEG-Kampagne: Wir sind mitten im Strukturkonflikt um die künftige Energieversorgung! Das EEG erzwingt die grundlegende Strukturreform der Stromversorgung. Wer diese verhindern will, also die Verstetigung der gegenwärtigen Struktur und der dominanten Rolle der Stromkonzerne, muss jetzt das EEG ausbremsen. Es geht um die Entscheidung für die kommenden Jahrzehnte. Es geht ums Ganze!« (»Solarzeitalter«, 3/2003, S. 2)

Tritt die EEG-Novelle nicht zum 1.1.2004 in Kraft, drohen Risse in der erforderlichen Kontinuität des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, vor allem bei der Photovoltaik, für die eine höhere Vergütung vorgesehen ist, um einen Ausgleich für das vorzeitig realisierte 100.000-Dächer-Programm zu schaffen.

EUROSOLAR veröffentlicht den Aufruf »Deutschland ist erneuerbar. Zukunftsfähigkeit statt Reformverweigerung in der Energieversorgung« und beteiligt sich am »Aktionsbündnis für Erneuerbare Energien«. Dieses Bündnis, in dem IG Metall, Bundesverband mittelständische Wirtschaft, ver.di, Deutscher Bauernverband, Bundesverband Erneuerbare Energien und EUROSOLAR zusammenarbeiten, ruft für den 5. November 2003 zum Aktionstag Erneuerbare Energien in Berlin auf.

Diese Mobilisierung zeigt Wirkung: Die konträren Standpunkte des Umwelt- und des Wirtschaftsministers werden für einen Regierungsentwurf zur Fortschreibung des EEG ad acta gelegt. Dieser kommt spät und

enthält aus Sicht von EUROSOLAR einige Mängel. Die Regierungsfraktionen handeln: Der Entwurf für eine Vorschaltregelung zu den künftigen Vergütungssätzen der Photovoltaik findet schließlich auch Zustimmung in der Unionsfraktion und kann zum 1.1.2004 in Kraft treten. Der erforderliche Rahmen für eine zügige Markteinführung der Photovoltaik mit längerfristiger Perspektive ist gesichert.

Die offenen Fragen bei der Novellierung des EEG (der faktische Ausschluss der Kleinwasserkraft, die Vergütungssätze für die Biomasse sowie die Reduzierung des Vergütungszeitraums von 20 auf 15 Jahre und die Beschneidung der Windkraft im Binnenland) bedürfen weiterer parlamentarischer Beratungen, die sich bis ins Jahr 2004 erstrecken.

EEG-Novelle 2004

Der Bundestag verabschiedet die EEG-Novelle am 2.4.2004. Nach der Zustimmung des Vermittlungsausschusses am 17.6.2004 tritt das novellierte EEG am 1.8.2004 in Kraft. Der lange Anlauf führt letzten Endes zu einem positiven Ergebnis, weil die beiden Regierungsfraktionen entscheidend eingreifen und Lösungen für die offenen Fragen erarbeiten, die die notwendige Unterstützung finden.

Die Dauer des Novellierungsverfahrens macht zugleich deutlich, dass in Zukunft mit weiteren Auseinandersetzungen um das EEG zu rechnen ist. So sinnieren ab Sommer 2004 einige Medien über Anzeichen einer »Renaissance der Atomenergie«. Zudem wird von EEG-Gegnern die Kostenfrage instrumentalisiert: »Waren es lange Zeit die Umweltschäden von Atom- bis zu Klimagefahren, die Ängste erzeugten, so sind es jetzt auch zunehmend die Energiepreissteigerungen. Die Verfechter der konventionellen Energieversorgung versuchen, diese Energiepreisängste emotional für sich zu nutzen und sie in Ängste gegenüber Erneuerbaren Energien umzumünzen.« (Irm Pontenagel, Erneuerbare Energien zwischen Ängsten und Akzeptanz, »Solarzeitalter«, 3/2004, S. 1)

Vom 29. bis 31. Mai 2004 findet in Bonn das auf Einladung des Weltrates für Erneuerbare Energien (WCRE) und von EUROSOLAR organisierte »Zweite Weltforum Erneuerbare Energien« statt. Vom 1. bis 4. Juni tagt ebenfalls in Bonn auf Einladung des deutschen Bundeskanzlers die Inter-

nationale Regierungskonferenz für Erneuerbare Energien »renewables 2004«. Im Zusammenhang mit dieser Regierungskonferenz lädt das deutsche Parlament zu einem Internationalen Parlamentarierforum für Erneuerbare Energien am 2. Juni nach Bonn ein.

Die Konferenzen in Bonn stehen im Zeichen der Suche nach Möglichkeiten, die Erneuerbaren Energien weltweit auszubauen und für das Erreichen dieses Ziels die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Der mögliche Durchbruch zu einer qualitativ neuen Phase der institutionalisierten Anstrengungen zur Förderung der Erneuerbaren Energien gelingt bei der Regierungskonferenz noch nicht.

»Der EURATOM-Vertrag muss abgeschafft und durch ein Umweltkapitel in der europäischen Verfassung ersetzt werden. Der EURATOM-Vertrag verhindert die Lösung der energiepolitischen Herausforderungen der Versorgungssicherheit, des einheitlichen europäischen Energiemarktes und der zukunftsorientierten Klimapolitik.« (S. 19)

Jo Leinen, Der EURATOM-Vertrag und die Europäische Verfassung, SZA 1/2003

Die Gegner des EEG setzen auch im Jahr 2005 ihre Anstrengungen fort. Neben ihren Hoffnungen auf eine »Renaissance der Atomkraft« und ihren »Warnungen« vor steigenden Energiepreisen kommen neue Themen hinzu: Der Wirtschafts-Standort Deutschland werde durch die Bevorzugung der Erneuerbaren Energien gefährdet und die kommende europaweite EU-Richtlinie werde nicht, wie das EEG, feste Einspeisetarife für Erneuerbare Energien vorsehen. Das alles sind Vorbereitungen auf den nächsten Wahltermin, bei dem auf einen Regierungswechsel gesetzt wird, der anschließend dem »EEG-Spuk« ein Ende bereiten soll.

EUROSOLAR antwortet auf die ständigen Angriffe auf das EEG mit neuen Argumenten: die Vorteile dezentraler Energieerzeugung werden offensiv thematisiert. Das erfolgt zum einen als ein eigener Beitrag zur Debatte um die in der parlamentarischen Beratung befindliche Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, auf die die Lobby der Stromwirtschaft ihren Einfluss geltend machen will. Zum anderen erarbeitet EUROSOLAR einen »Leitfaden Erneuerung von Städten und Gemeinden durch Erneuerbare Energien«.

5.2. Erneuerbare Energien und das EEG während der großen Koalition bis 2009

Die folgende Bundestagswahl wird auf den 18. September 2005 vorgezogen. Erneut greift EUROSOLAR mit einer ganzseitigen Anzeige unter dem Titel »Deutschland bleibt erneuerbar. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz sichert ökologische und ökonomische Zukunftsfähigkeit« in den Wahlkampf ein. Die rot-grüne Koalition verliert die Mehrheit, eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD bildet die neue Regierung.

Im Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 vereinbaren die Regierungsparteien zum Thema Energie unter anderem, dass »ein tragfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept« einen »ausgewogenen Energiemix zugrunde legen« muss, dass die Regelungen zum Atomausstieg »nicht geändert werden« und dass sie »das EEG in seiner Grundstruktur fortführen, zugleich aber die wirtschaftliche Effizienz der einzelnen Vergütungen bis 2007 überprüfen« werden. Der »Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung soll bis 2010 auf mindestens 12,5% und bis 2020 auf mindestens 20%« gesteigert werden. Allerdings wird die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe »durch eine Beimischungspflicht« ersetzt werden. Die Regierungspartner werden die internationalen Aktivitäten zum Ausbau der Erneuerbaren Energien fortführen und die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) »initiieren«. Die SPD behält das Umweltministerium, das weiterhin zuständig ist für die Erneuerbaren Energien.

Ab Heft 1 des Jahres 2006 erscheint »Solarzeitalter« im heute bekannten handlichen Format mit jeweils etwa 120 Seiten Umfang. Diese publizistische Ausweitung ist erforderlich, weil infolge des stetigen Wachstums des Anteils der Erneuerbaren Energien immer wieder neue Fragen und zugleich für die EUROSOLAR-Mitglieder die vielfältiger werdenden Angriffe der EEG-Gegner noch überzeugender mit Argumenten und Informationen beantwortet werden müssen.

Immer neue Schlagworte gegen das EEG werden ins Spiel gebracht. Dazu zählen die »Standorteffizienz der Anlagen«, die »europäische Harmonisierung«, das Fehlen eines »energiepolitischen Gesamtkonzepts«. Irm

Pontenagel macht im »Solarzeitalter« 2/2006 auf zwei weitere Versuche der EEG-Gegner aufmerksam: zum einen das »green-washing« fossiler Energien und der Atomenergie und zum anderen die Machtergreifung über den Einführungsrahmen Erneuerbarer Energien.

»Das ›green-washing‹ erfolgt u.a. durch die Besetzung des Begriffs ›Nachhaltigkeit‹ (…), wobei mit Nachhaltigkeit nunmehr der Fortbestand der heutigen Energiewirtschaft gemeint ist, aber auch durch die Propagierung von ›clean-coal‹-Konzepten, um weltweit den Bau neuer Kohlekraftwerke zu legitimieren. (…) Daneben erhält die Atomenergie den Klimaschutzstempel, als seien damit alle Atomprobleme hinfällig.« (S. 1)

»Die Machtergreifung über die Erneuerbaren Energien und ihren Einführungsrahmen wird versucht über die Forderung nach Pflichtquoten als ausschließliches Instrument der Markteinführung. Diese ist gegen alle Initiativen einer mengenmäßig unbegrenzten Entfaltung Erneuerbarer Energien gerichtet, die nicht in den Händen der Energiekonzerne liegt. Damit soll deren Anbieteroligopol gesichert werden.« (S. 1)

Im Frühjahr 2006 kulminiert der Streit zwischen EUROSOLAR-Parlamentariern und dem Finanzminister über die im Koalitionsvertrag als Ziel formulierte »Beimischungspflicht in fossile Kraftstoffe«, die anstelle der geltenden gesetzlichen Regelung der Steuerbefreiung von Biokraftstoffen treten soll.

Stadtwerke im Visier der Energiekonzerne

Ein begehrtes Objekt für die vier großen Energiekonzerne sind Anteile an oder die Übernahme von Stadtwerken. Sie verfolgen »eine ausgeklügelte Strategie zur Abrundung des Oligopols mit dem Ziel der absoluten Marktbeherrschung auf allen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfung – von der Erzeugung (…) und Übertragung (…) bis zur Verteilung des Stroms an die Endkunden« (Fabio Longo, Der lange Atem eines Staatsstreichs – Ostdeutsche Stadtwerke vor dem Ausverkauf?, »Solarzeitalter«, 3/2006, S. 17).

Wegen des Vergleichs vor dem Bundesverfassungsgericht von 1992 ist Vattenfall in Ostdeutschland nicht in der bevorzugten Lage wie RWE oder E.ON im Westen und versucht deshalb, »die Unsicherheit in Städten und Gemeinden hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft ihrer kommunalen Energieversorgung zu einer Kampagne zum Aufkauf von Stadtwerks-Anteilen (zu) nutzen« (Fabio Longo, ebd.).

Kommunen werden sich diesem »Werben« nur entziehen, wenn sie positive Entwicklungen im Energiesektor sehen. »Diese Perspektive leben immer mehr Stadtwerke vor – allen voran Aachen, Emden und Schwäbisch Hall. Sie stärken ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit durch den Ausbau eigener Kraftwerkskapazitäten, zum Teil in Kooperation mit anderen Stadtwerken (Vorbild Stadtwerke Aachen), sowie durch den weiter wachsenden Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung. Sie zeigen anderen Kommunen, dass die Vormachtstellung der großen Vier keinem Naturgesetz unterliegt und nicht von Dauer sein muss.« (Fabio Longo, S. 18)

Kommunalpolitik und Stadtwerke-Konferenzen

EUROSOLAR hat mit dem Programm für eine »Kommunale Solarenergie-Initiative (KSI)« – veröffentlicht im »Solarzeitalter« 3/1994 – die Positionierung in Fragen der Energiesicherung auf kommunaler Ebene eingeleitet.

Vom 27. bis 29. Juni 1996 organisiert EUROSOLAR in Ulm den ersten Europäische Kongress »Erneuerbare Energien für die Erneuerung von Regionen und Städten«.

Am 12./13.9.1997 folgt die Veranstaltung zum Thema »Netzrückkauf durch Gemeinden. Die kommunalwirtschaftlichen und ökologischen Chancen eines eigenen Stromnetzes« in Schwäbisch Hall.

In Saarbrücken findet am 3.2.2000 der EUROSOLAR-Fachkongress »Stadtwerke mit Zukunft« statt, diesem folgt am 8./9.4.2003 in Wuppertal die EUROSOLAR-Konferenz »Dezentrale Energiespeicherung – Schlüssel zur wirtschaftlichen Entfaltung Erneuerbarer Energien«.

In der Zwischenzeit erarbeitet und veröffentlicht EUROSOLAR als Unterstützung für Landespolitiker »Ein Landesprogramm für Erneuerbare Energien« (»Solarzeitalter«, 3/2001, S. 13 – 20).

Am 8./9.6.2006 startet EUROSOLAR in Schwäbisch Hall die Konferenzserie »Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien«.

Zum Auftakt dieser Serie erscheint der EUROSOLAR-Leitfaden »Erneuerung von Städten und Gemeinden durch Erneuerbare Energien«. Die weiteren Kongresse finden ab 2008 jährlich mit wechselnden regionalen Partnern oder regionalen Energieversorgern statt:

15./16.5.2008: 2. Stadtwerke-Konferenz in Braunschweig

25./26.5.2009: 3. Stadtwerke-Konferenz in Ludwigshafen

26./27.5.2010: 4. Stadtwerke-Konferenz in München

21./22.6.2011: 5. Stadtwerke-Konferenz in Darmstadt

21./22.6.2012: 6. Stadtwerke-Konferenz in Heidelberg

27./28.6.2013: 7. Stadtwerke-Konferenz in Ulm

EUROSOLAR führt am 8. und 9. Juni 2006 in Schwäbisch Hall die Konferenz »Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien« durch und hebt damit die Debatte um die Möglichkeiten von Kommunalisierung und Dezentralisierung der Erneuerbaren Energien auf eine neue Stufe: Diese von 2008 an jährlich stattfindenden Konferenzen werden zu einem festen Bestandteil der EUROSOLAR-Aktivitäten für die Demokratisierung der Energiepolitik durch Erneuerbare Energien.

Im April 2006 jährt sich die AKW-Katastrophe von Tschernobyl zum zwanzigsten Mal. EUROSOLAR schaltet eine Anzeige »Erneuerbare Energien statt Atomenergie«. Darin widerlegt EUROSOLAR die Argumente der Befürworter einer »Renaissance« der Atomenergie und bekräftigt die Forderungen nach Vorrang für die Erneuerbaren Energien.

In der Zeitschrift »Solarzeitalter« erscheinen die ersten Artikel der Serie »Wer blockiert die Erneuerbaren Energien?«. Zudem starten EUROSOLAR und der Weltrat für Erneuerbare Energien (WCRE) Ende Oktober mit der Internationalen Konferenz »Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien« in Gelsenkirchen eine weitere Kongress-Serie. Diese Konferenzen werden in den folgenden Jahren aktuelle Beiträge und kompetente Antworten auf eine der zentralen Fragen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie wesentliche Impulse zu einer verbesserten Nutzung der unterschiedlichen Erneuerbaren Energien liefern.

Internationale Speicherkonferenzen (IRES)

Am 30. und 31. Oktober 2006 veranstalten EUROSOLAR und der Weltrat für Erneuerbare Energien (WCRE) in Gelsenkirchen die 1. Internationale Konferenz »Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien« (IRES).

In der Einladung zu dieser ersten Konferenz schreibt Hermann Scheer: »Der zentrale Vorbehalt gegen Erneuerbare Energien ist, dass diese nicht kontinuierlich verfügbar seien und ihre Speicherung nicht möglich und zu kostspielig sei. Tatsächlich ist kein modernes Energiesystem ohne Speicherung denkbar: Diese ist immer nötig, sobald der Energieverbrauch nicht zur selben Zeit stattfindet wie die Energieförderung. Allerdings sind die Methoden und Technologien der Energiespeicherung zwangsläufig von Energiequelle zu Energiequelle unterschiedlich. In jedem Fall ist die Energiespeicherung das strategische Schlüsselelement zur Generalisierbarkeit eines Energieträgers – und damit auch der Schlüssel zum generellen Durchbruch Erneuerbarer Energien.« (»Solarzeitalter«, 3/2006, S. 68)

Und zu den Aufgaben der Konferenz führt er aus: Die IRES-Konferenz »thematisiert die verschiedenen Optionen für die Überwindung von technischen Hindernissen und Marktbarrieren der einzelnen Erneuerbaren-Energien-Technologien und zielt darauf ab, die Integration Erneuerbarer Energien voranzubringen.«

Im Jahr darauf findet die zweite IRES-Konferenz vom 19. – 21.11.2007 in Bonn statt.

Ab 2008 laden der WCRE und EUROSOLAR jährlich zur Teilnahme an der »Internationalen Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien (IRES)« im November in Berlin ein:

3. IRES-Konferenz, 24./25.11.2008

4. IRES-Konferenz, 24./25.11.2009

5. IRES-Konferenz, 22. – 24.11.2010

6. IRES-Konferenz, 28. – 30.11.2011

7. IRES-Konferenz, 12. – 14.11.2012

8. IRES-Konferenz, 18. – 20.11.2013

Ab 2011 werden die Konferenzen durch eine parallel verlaufende Ausstellung ergänzt.

2012: Pressekonferenz zur 7. Internationalen Speicherkonferenz (IRES) in Berlin mit Irm Scheer-Pontenagel und Prof. Peter Droege

Im Jahr 2007 stehen einerseits Fragen der Kommunalisierung und der Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, andererseits die Notwendigkeit der Abwehr der Angriffe der konventionellen Energiewirtschaft auf das EEG im Vordergrund. Schlagworte wie »Desertec« stiften auch bei Anhängern der Erneuerbaren Energien Verwirrung. Kontroverse Positionen um den Einsatz von Bioenergien entstehen nicht nur unter Mitgliedern und Mandatsträgern der Grünen.

Die großen Energieversorger sowie die Ölkonzerne versorgen über die Medien die Menschen verstärkt mit »grüner Imagepflege«. Zugleich bezwecken sie mit diesen Beiträgen, beim Kampf um die Köpfe der Menschen die Unterstützung und Zustimmung für die konventionellen Energien zurück zu gewinnen.

EUROSOLAR greift in die öffentlichen Debatten mit der Anzeigenaktion »Mehr Mut zu Erneuerbaren Energien! Keine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, keine neuen fossilen Großkraftwerke« ein. In diesem Aufruf wird die Sicherheit der Energieversorgung hervorgehoben:

»Wir haben die historische Chance zu einer Energieversorgung ohne weitere Klimaschäden. Ohne Atommüll und ohne die Gefahr atomarer Katastrophen. Ohne Gesundheitsschäden und ohne Zukunftsangst. Ohne Abhängigkeit von Energieimporten und ohne Erpressbarkeit durch Energieriesen. Ohne Verwicklungen in internationale Konflikte um Zugang zu den Restressourcen Öl, Erdgas, Kohle und Uran. Erneuerbare Energien sind als heimische Energie verfügbar.« (»Solarzeitalter«, 1/2007, S. 99)

Rolle der Bundesländer

Zu einem Kristallisationspunkt entwickelt sich der Landtagswahlkampf in Hessen. Die hessische SPD macht das unter Federführung von Hermann Scheer erarbeitete Programm »Neue Energie für ein atomfreies Hessen« zu einem Schwerpunkt. Hessens amtierender Ministerpräsident setzt dagegen auf die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, fordert sogar neue Atomkraftwerke und blockiert den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

In Nordrhein-Westfalen führt eine Landesregierung aus CDU und FDP mit einem neuen Windkraft-Erlass vor, wie der Ausbau Erneuerbare Energien behindert werden kann, »ohne dass über Energie geredet wird. Es reicht, anderen Belangen der Raumordnung und des Umweltschutzes Vorrang zu geben, so dass nur noch wenige Restflächen für Erneuerbare-Energien-Anlagen übrig bleiben« (Fabio Longo, Ein politischer Thriller am Energietatort Hessen, »Solarzeitalter«, 2/2007, S. 1).

Das Instrument dieser Art Behinderung sind die Raumordnungs- bzw. Landesplanungsgesetze der Bundesländer. Die Nichtbenennung der Erneuerbaren Energien als wesentlicher öffentlicher Belang in diesen Gesetzen kann zur Blockade der Erneuerbaren Energien genutzt werden. EUROSOLAR setzt sich deshalb für einen gesetzlich verankerten Vorrang für Erneuerbare Energien in den Landesplanungsgesetzen ein. In der Landespolitik rückt die Debatte um die Erneuerbaren Energien im politischen Alltag mehr nach vorne.

Auf Bundesebene zieht Hans-Josef Fell im »Solarzeitalter« 3/2007 (S. 46ff) eine »energiepolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition«.

Der damalige EUROSOLAR-Vizepräsident kritisiert den weitgehenden Stillstand in der Energiepolitik, die starken Worte ohne entsprechendes Handeln des Umweltministers und das Vernachlässigen der Erneuerbaren Energien durch die Bundeskanzlerin.

Das so genannte Klimapaket verdiene den Namen nicht: »Die Wachstumsgeschwindigkeit der Erneuerbaren Energien im Strombereich soll halbiert werden. Dagegen dominiert (...) die Unterstützung für den Neubau von fossilen Kraftwerken und so genannte CO_2-freie Kohlekraftwerke.« (S. 46) Anstatt die Dynamik der durch das EEG geschaffenen gesetzlichen Rahmenbedingungen »auch auf den Wärme- und Verkehrssektor zu übertragen und endlich breite Maßnahmen für eine Offensive in der Energieeinsparung auf den Weg zu bringen, gibt es nur kleinere Maßnahmen oder sogar neue kontraproduktive Handlungen« (ebd.). In Teilbereichen sei seit Anfang 2007 ein Rückgang der Investitionstätigkeiten oder Stagnation festzustellen (Biogasanlagen, Sonnenkollektoren, im Biomassebereich).

EEG Novelle 2008

Die für 2007 angesetzte Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes erfolgt im Vergleich zu 2004 und 2000 unter veränderten politischen Rahmenbedingungen: Der Entwurf entsteht nicht wie zuvor aus den Regierungsfraktionen, die damit entscheidenden Einfluss auf die Regierung genommen haben; die Rolle der EEG-Anhänger in den Regierungsfraktionen ist nicht mehr so groß und dadurch erlangt die Regierung ein stärkeres Gewicht im Gesetzgebungsprozess.

Am 7.11.2007 liegt der EEG-Erfahrungsbericht 2007 vor: Das für 2010 vorgegebene Ziel, einen Anteil von 12,5% Erneuerbarer Energien im Stromsektor zu erreichen, ist bereits 2007 Realität. Der Bundesumweltminister fordert für die EEG-Novelle neue Zielmarken, Änderungen der Förderstrukturen für die verschiedenen Energien sowie Anpassungen der Vergütungen. Am 5.12.2007 legt das Kabinett im Rahmen eines Gesamtpakets den Entwurf für die EEG-Novelle 2007 sowie für das Wärmegesetz für Erneuerbare Energien vor.

Bei den Kontroversen um die Weiterentwicklung des EEG rücken Themen aus dem Bereich der Bioenergie in den Mittelpunkt. Die Photovoltaik wird zum zentralen Angriffspunkt der EEG-Gegner. Unter dem Motto »Der Wechsel zu Erneuerbaren Energien kann und muss beschleunigt werden« greift EUROSOLAR in die Debatte um die EEG-Novelle mit dem Ziel ein, die verbreiteten Fehlinformationen über das EEG argumentativ aus dem Weg zu räumen. Am 6.6.2008 beschließt der Bundestag die EEG-Novelle und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz.

Hans-Josef Fell bewertet beide unter der Überschrift »Licht und Schatten bei EEG-Novelle und Erneuerbare-Wärme-Gesetz« im »Solarzeitalter« 2/2008. Das Erneuerbare-Wärmegesetz charakterisiert Fell als »ein Torso« (S. 28), weil es lediglich Neubauten betreffe und den Gebäudebestand außen vor lasse.

Differenziert charakterisiert Hans-Josef Fell das neue EEG: Es bietet »für Windkraft, Geothermie und Bioenergien deutlich verbesserte Investitionsbedingungen. Dagegen werden die Photovoltaik und die Wasserkraft schlechter gestellt, sowie für die Meeresenergien nicht der dringend notwendige Anreiz geschaffen. Auch bietet die EEG Novelle nicht ausreichend neue notwendige Regelungen von Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergien. Erfreulich ist, dass das Grundprinzip des EEG mit der EEG Novelle erhalten bleibt und nur noch die FDP grundsätzlich gegen das Gesetz ist« (S. 25).

Das EEG ist in der Zwischenzeit so umfangreich geworden, dass es sinnvoll wird, die erforderlichen und möglichen gesetzlichen Modifikationen »künftig von relevantem Einzelfall zu Einzelfall« (Hermann Scheer, Die künftige Fahrweise auf hoher See, »Solarzeitalter« 2/2008, S. 31) vorzunehmen. Die EEG-Novelle tritt in der Neufassung zum 1.1.2009 in Kraft.

Im Jahr 2008 fahren die EEG-Gegner fort, ihre Aktivitäten in den Mantel des »Green-Washing« zu kleiden. Häufig verwendete Begriffe sind dabei »Nachhaltigkeit« und neu: »Carbon-free economy«. Alle Energieträger müssten gleich behandelt werden, keiner dürfe verteufelt, keiner dürfe idolisiert werden.

In der Auseinandersetzung um das EEG lassen die Gegner nicht locker. Auch der BDI greift ein und fordert »fairen Wettbewerb«. Da das Abschaffen des EEG nicht mehr so leicht zu erreichen ist, müssen aus ihrer Sicht

in erster Linie die störendsten Teile aus dem Gesetz heraus »reformiert« oder »optimiert« werden.

7. Europäische Konferenz zur Solarenergie in Architektur und Stadtplanung »Sun and Sense«, 11. bis 14.3.2008 in Berlin

EUROSOLAR gibt 2008 auf einer weiteren Konferenz in Berlin Impulse für Städtebau und Architektur. Auf dieser Konferenz hebt Architekturprofessor Thomas Herzog die Charta für die Nutzung von solarer Energie in Architektur und Stadtplanung hervor: »Von der Kommission in Brüssel wurde das Vorhaben gefördert, der Wortlaut von 30 renommierteneuropäischen Architekten unterzeichnet und auf der einschlägigen Konferenz in Berlin offiziell verabschiedet.

Dass diese in der Fachwelt meinungsbildenden Architekten damit auch ein Bekenntnis in der Sache ablegten, war durchaus ein gewollter Effekt. Dass heute ein guter Teil weiterer Baumeister der nächsten Generation unterschreiben würden, kann als positive Wirkung bei der Verbreitung der Botschaft der Charta gesehen werden, die nun erneut als Reprint des Originaldokuments – erweitert auf insgesamt 10 Sprachfassungen – erschien.« (»Solarzeitalter«, 3/2008, S. 11)

Auf EU-Ebene wird 2008 ein neuer Richtlinien-Vorschlag, der die Verbreitung der Erneuerbaren Energien auf Basis von Zertifikaten vorsieht, in die politische Debatte eingebracht.

Die Aktivitäten zur Gründung der IRENA gehen 2008 in die entscheidende Phase und enden mit je einem Treffen in Berlin und in Madrid. Am 26. Januar 2009 wird nach langen und intensiven Vorbereitungen in Bonn die IRENA gegründet.

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 27.9.2009 fordern die großen Energiekonzerne längere Laufzeiten für die Atomkraftwerke und kritisieren die steigenden Strompreise durch den wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien.

Die Bundesregierung will noch vor der Wahl im September den Entwurf für ein »Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid« (»CCS-Gesetz«) vom Bundestag als Gesetz beschließen lassen.

Dieses Gesetz soll den Weg frei machen für die von den Kohlekraftwerksbetreibern angestrebte unterirdische Endlagerung des abgeschiedenen Kohlendioxids. Einwände aus Bundesländern, die Warnung des Sachverständigenrates der Bundesregierung in Umweltfragen »vor übereilten Weichenstellungen« sowie der Brief Hermann Scheers an die Mitglieder der Deutschen Bundestages, in dem er seine Ablehnung des »CCS-Gesetzes« begründet und dem Landkarten mit denkbaren Standorten von CO_2-Endlagern sowie dem denkbaren Verlauf einer CO_2-Pipeline beiliegen, tragen dazu bei, dass die Bundesregierung im Juni ihr Vorhaben aufgibt, den mehrfach überarbeiteten Gesetz-Entwurf noch vor der Wahl im Bundestag zur Abstimmung vorzulegen.

International Renewable Energy Agency (»IRENA«)

Dem eigenen Selbstverständnis folgend fordert EUROSOLAR eine internationale Institution für die Erneuerbaren Energien – in den 1990er Jahren unter dem Titel »International Solar Energy Agency (ISEA)«, die unter dem Dach der Vereinten Nationen tätig sein soll.

Das erste EUROSOLAR-Memorandum zur Einrichtung einer solchen weltweiten Organisation erscheint am 15.1.1990. Eine Resolution der 1990 tagenden UN-Generalversammlung fordert die Gründung einer internationalen Institution für Erneuerbare Energien.

Hermann Scheer regt die Gründung einer ISEA in den folgenden Jahren auf verschiedenen internationalen Kongressen und Veranstaltungen wiederholt an. 1998 wird dieser Vorschlag in das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufgenommen.

Im Januar 2001 veröffentlicht EUROSOLAR das »Memorandum for the Establishment of an International Renewable Energy Agency (IRENA)«. IRENA soll als internationale Regierungsorganisation zunächst außerhalb der UN-Organisation arbeiten und von einer Reihe von Ländern getragen werden.

EUROSOLAR organisiert im Juni 2001 eine »Internationale Impulskonferenz für die Einrichtung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)« in Berlin. Der Weltrat für Erneuerbare Energien (World Council for Renewable Energy, WCRE) wird gegründet und Hermann Scheer zum Vorsitzenden gewählt. Der WCRE setzt sich als wichtigstes nächstes Ziel die Gründung der IRENA.

Am 10. April 2003 beschließt der Bundestag die Initiative zur Gründung einer IRENA zur Förderung der Erneuerbaren Energien.

Parallel zur Konferenz »renewables 2004« in Bonn tagt auf Einladung des Deutschen Bundestages am 2. Juni 2004 das Internationale Parlamentarierforum für Erneuerbare Energien. In der Abschlusserklärung fordern die mehr als 300 Parlamentarier aus über 70 Ländern einstimmig die Einrichtung einer internationalen Agentur zur Förderung Erneuerbarer Energien.

Nach der Bundestagswahl 2005 wird die Forderung für die Gründung einer IRENA in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition aufgenommen.

Ab 2007 gehen die Vorbereitungen der Gründung in eine neue Phase: Unter Federführung des Auswärtigen Amtes, des Bundesumweltministeriums und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit startet die Regierung eine Serie bilateraler Gespräche mit Regierungen in deren Hauptstädten, um diese für die Mitwirkung bei der Gründung der IRENA zu gewinnen.

Bis zum Sommer 2008 werden Gespräche mit etwa sechzig Regierungen geführt. Im Sommer 2008 findet im Bundestag ein IRENA-Workshop mit Vertretern aus mehr als vierzig Ländern statt. Diskutiert werden das Arbeitsprogramm sowie Finanzierungs- und Statutenfragen. Letzte Vorbereitungen werden auf Einladung der spanischen Regierung im Oktober 2008 in Madrid mit Teilnehmenden aus mehr als fünfzig Ländern vorgenommen. Die Arbeit am IRENA-Statut wird abgeschlossen.

Am 26. Januar 2009 wird IRENA in Bonn gegründet: 75 Länder unterzeichnen das IRENA-Statut. Die IRENA-Vollversammlung am 29. und 30. Juni 2009 wählt Abu Dhabi zum Sitz der Organisation und Hélène Pelosse zur Generaldirektorin.

Im Juni 2013 sind 112 Länder IRENA-Mitglied; 48 weitere wollen beitreten. Seit dem 3.4.2011 fungiert Adnan Z. Amin als neuer Generaldirektor der IRENA in Abu Dhabi.

In Bonn ist seit September 2011 das IRENA Innovation and Technology Centre (IITC) angesiedelt und unter der Leitung von Dolf Gielen tätig.

6. EEG, CDU/CSU - FDP-Regierung, Fukushima und die Energiewende

In den Jahren seit 2009 stehen Schlagzeilen zu den Banken-, den Finanz- und Wirtschaftskrisen, der EU- und der Euro-Krise im Mittelpunkt des politischen Geschehens. Der »Ausstieg aus dem Atomausstieg« durch die neue Bundesregierung im Oktober 2010 erfolgt relativ zügig und für die beteiligten Energieversorgungsunternehmen zunächst Erfolg versprechend. Für den nicht erwarteten Umschwung sorgt die AKW-Katastrophe im japanischen Fukushima im März 2011.

Mit einem Schlag entbrennt erneut die Atomdebatte. Sie trägt mit dazu bei, dass nach der Landtagswahl am 27.3.2011 in Baden-Württemberg die bisherige Landesregierung durch die erste grün-rote Koalition auf Landesebene abgelöst wird.

Nach Fukushima dominiert die Energiefrage zumindest im Frühjahr 2011 die vielfältigen Krisenthemen. Erwartet werden verstärkt politische Entscheidungen, die die Menschen vor solchen Katastrophen bewahren und zugleich eine sichere Energieversorgung für die Zukunft realisieren sollen.

6.1. Erneuerbare Energien und das EEG unter CDU/CSU-FDP-Regierung

Als Ergebnis der Bundestagswahl im September 2009, die inmitten sich ergänzender und überlappender Krisenprozesse stattfindet, kommt es zu einer schwarz-gelben Koalition.

Im Koalitionsvertrag vom 26.10.2009 widmet dem Thema Energie viel Platz. Die Regierungspartner werden die Erneuerbaren Energien »entsprechend den bestehenden Zielvorgaben weiter fördern, das EEG sowie den unbegrenzten Einspeisevorrang erhalten sowie zugleich die Förderung wirtschaftlicher und Einspeisung effizienter gestalten«. Sie kündigen die nächste EEG-Novelle zum 1.1.2012 an. Sie wollen »weiterhin den Bau von hocheffizienten Kohlekraftwerken ermöglichen«; die Kernenergie wird als eine »Brückentechnologie« bezeichnet, »bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann«. Ohne die Atomenergie

seien »unsere Klimaziele, erträgliche Energiepreise und weniger Abhängigkeit vom Ausland nicht zu erreichen« und »dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern. Das Neubauverbot im Atomgesetz bleibt bestehen.« Der Emissionshandel sei »das vorrangige Klimaschutzinstrument«.

EUROSOLAR unter neuen politischen Rahmenbedingungen

Unmittelbar nach der Wahl im September beginnt die Offensive für die Laufzeitverlängerung der bundesdeutschen Atomkraftwerke. Parallel dazu werden Angriffe gegen das EEG geführt, die vorrangig auf Kürzungen bei der Förderung von Photovoltaik-Anlagen zielen. Darüber hinaus erzeugen eine Reihe von Medien einen Hype um Begriffe wie »Desertec« und »CCS«.

Mit Sonnenstrom aus der Sahara, der billiger sein soll als Strom aus den dezentralen Photovoltaikanlagen im eigenen Land, und mit in die Erde gepumpten CO_2-Gasen, womit Strom aus Kohle angeblich sauberer werde, soll die Meinungsführerschaft in Sachen Energie zurück erobert werden. Der weitere dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien soll gestoppt oder zumindest verlangsamt werden und so zur Aufrechterhaltung der Privilegen der großen Energieunternehmen sorgen.

EUROSOLAR setzt unter den neuen politischen Rahmenbedingungen auf Aufklärung und Information Zudem veranschaulicht EUROSOLAR, dass die Erneuerbaren Energien und die Faszination eines Großprojekts miteinander verbunden werden können.

Im »Solarzeitalter« 3/2009 wird das Projekt »Energieallee A7« präsentiert: Entlang der längsten deutschen Autobahn, die sich von Norden nach Süden durch das Land zieht, sollen an allen möglichen Standorten Windkraftanlagen errichtet werden. »Es wäre die weltweit bisher größte Windkraftinvestition, die der im Verhältnis zu Offshore-Anlagen kostengünstigeren Onshore-Technik neuen Auftrieb geben würde.« (S. 31)

Zugleich sei das Projekt ein Konjunkturprogramm ohne staatliche Förderung, da durch das EEG die Einspeisevergütungen für die Windkraftanlagen auf alle Stromkunden umgelegt werden.

Fachkonferenzen zur Raumordnung

Am 17.5.2010 veranstaltet EUROSOLAR in Kooperation mit der Zeitschrift für Neues Energierecht ZNER und dem Informationskreis für Raumplanung (IfR e.V.) in Kassel die Fachkonferenz »Neue Raumordnung für Erneuerbare Energien«. Hermann Scheer benennt als Ziel der Tagung, in einem nächsten Schritt den Vorrang in der Raumordnung zugunsten der Erneuerbaren Energien zu erreichen. »Nur auf diesem Wege sind die vielfältigen administrativen Hemmnisse gegenüber dem Ausbau der Erneuerbaren Energien überwindbar, mit denen einige Bundesländer eine gezielte Verhnderungspolitik betreiben. Da die Zuständigkeit für die Raumordnungspolitik überwiegend bei den Ländern liegt, sind vor allem diese politisch gefordert.« (»Solarzeitalter«, 2/2010, S. 14)

»Einigkeit herrschte darüber,« schreibt Valentin Hollain im Tagungsbericht, »dass die Menschen vor Ort die Möglichkeit haben müssen, über den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu entscheiden. (...) Eine restriktive Landespolitik über die Kopfe der Menschen hinweg führt jedoch oft genug zum Scheitern von Projekten, insbesondere auch bei der Umsetzung von 100%-Regionen, obwohl immer mehr Kommunen und Kreise genau dieses Ziel anpeilen.« (ebd., S. 15)

Die 2. Fachkonferenz zu Themen der Raumordnung für Erneuerbare Energien findet in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Klima schutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen am 20.9.2011 in Düsseldorf statt.

Die Erfolgskriterien für den Ausbau der Erneuerbaren Energien stehen im Zentrum der Tagungsbeiträge. »Denn nur wenn gleichzeitig die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien außerhalb der Vorranggebiete ausgebaut wird, die Windkraft integrierter und gezielt verfolgter Bestandteil des kommunlen Flächennutzungsplans und die Solarstromerzeugung umfassend berücksichtigter Bestandteil der Gebäude-Bauplanung wird, ist die Dezentralisierung der Energieversorgung strukturell unaufhaltsam.« (»Solarzeitalter«, 3/2011, S. 59)

Diese Fachkonferenzen werden in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Trotz der anhaltenden Erfolglosigkeit der weltweiten Klimakonferenzen bleiben dort die Erneuerbaren Energien nur ein Randthema. Im »Solarzeitalter« finden zunehmend Artikel und Beiträge ihren Platz, die sich mit technischen Fachfragen wie mit der Speicherung Erneuerbarer Energien befassen.

»Die Radikalität von EUROSOLAR zeigt sich noch in einem anderen Punkt: Mit der Orientierung auf den vollständigen Ersatz des heutigen Energiesystems durch erneuerbare Energien hat sie den zentralen Punkt einer notwendigen Wende aufgezeigt. Währenddessen haben sich viele Umweltbewegungen auf ihrem Weg verloren und reduzieren ihre Zielsetzung auf einen höchst zweifelhaften technokratischen Emissionshandel.
Die Initiativen von EUROSOLAR bedeuten, sich mit den einflussreichsten wirtschaftlichen Mächten dieser Welt anzulegen und auf einen grundlegenden Wechsel in den Kriterien abzuzielen, die die Wirtschaft prägen. Eine Herausforderung, die nur wenige wagen.« (S. 219)

Luciana Castellina, Zum Spannungsverhältnis zwischen Parteien und sozialen Bewegungen, in: Praktische Visionen, Bochum 2004, S. 218-220

Daneben verweisen zahlreiche Artikel auf erfolgreiche regionale Aktivitäten zur Nutzung Erneuerbarer Energien und liefern Beispiele für das Handeln von Stadtwerken, Kommunen und auch Bürgergemeinschaften als Schlüsselakteure einer umweltfreundlichen und verbrauchernahen Energieversorgung.

EUROSOLAR unterstützt bürgerschaftlich organisierte Energieerzeugung. Private Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien – mit Photovoltaikanlagen, Blockheizkraftwerken, Windrädern oder Kleinwasserkraftwerken – lässt sich gut verwirklichen, wenn sich Menschen zusammentun und gemeinschaftlich handeln.

Die EUROSOLAR-Webseite (»www.eurosolar.org«) enthält einen Link zum »Informationspool für Bürgerkraftwerke«. Dort werden Informationen und Hilfen für diejenigen angeboten, die gemeinsam mit anderen Erneuerbare-Energien-Anlagen realisieren und den Weg ins solare Zeitalter aktiv mitgestalten wollen.

10 Jahre EEG

2010 wird das EEG zehn Jahre alt. Irm Pontenagel zeichnet im Editorial zum »Solarzeitalter« 1/2010 unter der Überschrift »EEG: Die Konflikte um das Erfolgsmodell und seine Weiterführung« einige markante Aspekte dieses Jahrzehnts nach. Dabei benennt sie nicht nur die Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Vorbildfunktion des Gesetzes für viele andere Länder. Kritisch vermerkt sie die auffallend unterschiedlichen Entwicklungen in den Bundesländern, die auf die politisch motivierten Verweigerungen von Standortgenehmigungen vor allem für den Ausbau der Wind- und Kleinwasserkraft zurück zu führen sind.

In den von der Bundesregierung geplanten drastischen Vergütungskürzungen für die Photovoltaik, in den Verzögerungen und Verweigerungen von Netzanschlüssen oder in den Einspeiseverweigerungen aus vermeintlichen Netzüberlastungen sieht Irm Pontenagel aktuelle Angriffe auf das EEG. Und da auch zahlreiche Medien zugunsten der großen Energiekonzerne mit fragwürdigen Informationen die öffentliche Meinung beeinflussen, bleibt die Arbeit von EUROSOLAR zur Gewinnung von Mehrheiten in der Öffentlichkeit unabdingbar und erforderlich. »Mit der Kraft der Sonne. Deutschland muss seine weltweit führende Rolle in der Solartechnik erhalten« lautet der Titel der EUROSOLAR-Anzeigenkampagne im Frühjahr 2010, die die zentrale Bedeutung der Energiewende in Bürgerhand aufzeigt.

Im März 2010 läuft in circa 50 deutschen Kinos der Film »Die 4. Revolution – EnergyAutonomy« an. Dieser Dokumentarfilm (basierend auf Hermann Scheers Buch »Energieautonomie«) soll aufklären und motivieren; er zielt darauf, die Energiewende weltweit durch Energieautonomie in Gang zu setzen.

Hermann Scheer

Hermann Scheer stirbt unerwartet am 14. Oktober 2010. Ein Rückblick auf die ersten fünfundzwanzig Jahre EUROSOLAR ist ohne auf seinen Gründer, seinen unermüdlichen Impulsgeber, seinen weitblickenden Vordenker und seinen pragmatischen Visionär einzugehen, nicht denkbar. An dieser Stelle erfolgt mit Blick auf fünf seiner Bücher eine knappe Skizze der Entwicklung der programmatischen Grundlagen sowohl für EUROSOLAR als auch für viele Menschen weltweit, die sich beim Mitgestalten des Wechsels zu Erneuerbaren Energien engagieren.

»Das Solarzeitalter, Freiburg/Karlsruhe 1989«, Hermann Scheer (Hrsg.): Er beschreibt in seinem Beitrag (»Vom Atomzeitalter zum Solarzeitalter«) die Jahrhundertaufgabe der Ersetzung atomarer und fossiler Energiequellen durch solare Energien .

»Sonnen-Strategie. Politik ohne Alternative, München 1995«: In diesem Buch formuliert Hermann Scheer sein Plädoyer für die Sonnenenergie als ein politisches und nicht als ein technologisches; es orientiert auf einen strategischen Entwurf.

»Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München 1999«: Hermann Scheer begründet, weshalb der Wechsel zu Erneuerbaren Energien der Schlüssel zur Überwindung all der Gefahren ist, die in der »Agenda 21« (Rio-Konferenz 1992) beschrieben sind. Er entwirft die Umrisse einer solaren Weltgesellschaft.

»Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien, München 2005«: Nach der erfolgreichen Abwehr erster heftiger Angriffe auf das EEG entwickelt Hermann Scheer Antworten auf die Fragen nach dem Konzept für den Ausbau der Erneuerbare Energien und nach den Trägern des Energiewechsels. In der Auseinandersetzung mit Gegenmeinungen und Vorurteilen der Befürworter der konventionellen Energien entsteht die strategische Profilierung der Erneuerbaren Energien.

»Der energethische Imperativ. 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, München 2010«: Dieses Buch rundet die programmatischen Beiträge zur erforderlichen Energiewende ab. Fragen nach der gesellschaftlichen Verantwortung und nach der noch verfügbaren Zeit bilden Schwerpunkte in der Argumentation für die Wertentscheidung: Gesellschaftsethik statt Energieökonomismus.

Hermann Scheer bei der Verleihung der Deutschen Solarpreise am 9.10.2010 in Speyer

Im Oktober 2010 erscheint »Der energethische Imperativ. 100% jetzt«, dessen letzte Sätze lauten: »Auf der politischen Ebene entscheidet sich, ob der Energiewechsel, den die Gesllschaft vollzieht, beschleunigt wird. Der *energethische Imperativ* bedeutet: ultimative Beschleunigung.«

Abschied von Hermann Scheer

Mit einer öffentlichen Gedenkfeier in Berlin nehmen rund 500 Freunde, Weggefährten, Mitstreiter und Gäste am 1. November2010 im Lichthof des Museums für Kommunikation Abschied von Hermann Scheer. Rednerinnen und Redner würdigen seine große Lebensleistung. Allem voran steht sein unermüdliches Engagement für die Energiewende, die er früh als ökologisch und auch als friedenspolitisch zwingend erkannt hat.

Öffentliche Gedenkfeier zum Abschied von Hermann Scheer im Lichthof des Museums für Kommunikation in Berlin am 1. November 2010

Am 3.1.2011 wird in Berlin die Hermann-Scheer-Stiftung gegründet und als gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt.

Den ehrenamtlichen Vorstand der Stiftung übernimmt Dr. Nina Scheer. Die Stiftung will einen Beitrag dazu leisten, »den Systemwechsel in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien unbeirrt weiter voranzutreiben« (Präambel der Satzung der Hermann-Scheer-Stiftung).

Europäische Delegiertenkonferenz EUROSOLAR 2011

Die europäische Delegiertenversammlung wählt am 2.4.2011 Professor Peter Droege zum neuen Präsidenten von EUROSOLAR e.V. Prof, Droege arbeitet seit 2000 ehrenamtlich bei EUROSOLAR und dem Weltrat für Erneuerbare Energien (WRCE), dessen Gründungsmitglied er auf Einladung Hermann Scheers ist.

Dr. Hermann Scheer wird posthum zum EUROSOLAR-Ehrenpräsidenten ernannt.

Dem internationalen EUROSOLAR-Vorstand gehören als Vizepräsidenten an: Wolfgang Hein (Österreich), Preben Maegaard (Dänemark) und Milan Smrz (Tschechien). Diesem Vorstand steht ein international besetztes Kuratorium zur Seite: Dr. Josep Puig (Spanien) als Vorsitzender sowie Prof. Federico Butera (Italien), Dr. George Kekelidze (Russische Föderation), Prof. Stepan Kudria (Ukraine), Dr. Jeremy Leggett (UK), Dr. Harry Lehmann (Deutschland), Francesca Sartogo (Italien), Prof. Tanay Sidki Uyar (Türkei). Geschäftsführerin ist Irm Scheer-Pontenagel, Schatzmeister Karl Hecken.

Laufzeitverlängerung für bundesdeutsche AKWs

Die Bundesregierung treibt die Vorbereitungen für eine Laufzeitverlängerung der deutschen AKWs voran. Im August und September 2010 stimmt sie mit den großen Energiekonzernen die Grundlagen für längere Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke ab. Die vier AKW-betreibenden Energiekonzerne wollen keiner Regelung zustimmen, die eine nächste Bundesregierung wieder rückgängig machen kann. Sie drohen damit, sofort alle Reaktoren abzuschalten, sollte die Bundesregierung bei ihren Plänen für eine Brennelementesteuer bleiben. Zuvor hatten die Stromkonzerne Versorgungslücken prognostiziert, sollten ihre Kernkraftwerke wie im Atomkonsens geplant vom Netz gehen.

Opposition und Umweltverbände äußern sich scharf ablehnend. EUROSOLAR initiiert eine weitere Anzeigenkampagne. Unter dem Titel »Erneuerbare Energien brauchen keine Brücken« formulieren die Initiatoren: »Ein vollständiger Wechsel zu erneuerbaren Energien ist innerhalb von zwei Jahrzehnten realisierbar. Atomkraftwerke sind – ebenso wie neue Kohlekraftwerke – keine „Brücke" zu erneuerbaren Energien, sondern Barrieren gegen sie. Das natürliche Potenzial erneuerbarer Energien braucht nicht gefördert zu werden und die Energiequelle ist kostenfrei. Die Technik ist verfügbar und wird stetig produktiver und billiger. Die Mehrkosten von heute sichern für morgen eine sichere, emissionsfreie und kostengünstige Energieversorgung für alle. Sie ersparen uns unbezahlbar werdende Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschäden, Atommüll und weitere Gefahren durch fossile Energien und Atomenergien. Nicht technische und wirtschaftliche Gründe stehen dem schnellen Wechsel zu erneuerbaren Energien entgegen, sondern die Widerstände der etablierten Energiekonzerne und eine halbherzige Politik.

Hinter der Behauptung, erneuerbare Energien würden „noch Zeit" brauchen und zu viel kosten, weshalb an Atomkraftwerken als „Brücke" festgehalten werden müsse, steht allein die Absicht, Zeit für den weiteren Einsatz von Atomenergie und fossiler Energien zu gewinnen.«

Umfrageergebnissen vom Sommer 2010 zufolge sind 77 Prozent der Deutschen gegen eine Laufzeitverlängerung von 15 Jahren oder mehr, 48 Prozent sind gegen jegliche Laufzeitverlängerung. Am 18.9.2010 de-

monstrieren etwa 100.000 Menschen in Berlin gegen die Regierungsvorhaben.

Der Gesetzentwurf der Regierung wird am 28.9.2010 veröffentlicht. Am 28.10.2010 beschließt der Bundestag mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP die Novelle des Atomgesetzes und damit die Laufzeitverlängerung: Bei Kernkraftwerken mit Beginn des Leistungsbetriebs bis einschließlich 1980 wird die Laufzeit um acht Jahre verlängert, bei den jüngeren Kernkraftwerken um vierzehn Jahre.

> ***»Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz – mittlerweile weltweites Modell geworden – steht unter schwerem Beschuss. (…) Massive Fehlinvestitionen in nukleare Forschung sowie Kohlendioxidspeicherung – im Sinne der weiteren Kohleverbrennung – gehen unverblümt weiter.« (S. 3)***
>
> **Peter Droege, Brief an die Mitglieder, SZA 2/2011**

Am 26.11.2010 sieht der Bundesrat keine Zustimmungsbedürftigkeit für das Gesetz und verabschiedet die Laufzeitverlängerung ohne Anrufen des Vermittlungsausschusses. Die Gesetzesnovelle tritt am 14.12.2010 in Kraft. Die Bundesländer Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz erstatten am 28.2.2011 Verfassungsklage gegen die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke. Außerdem reichen Abgeordnete von SPD und Grünen am 4.3.2011 eine Normenkontrollklage ein.

6.2. Fukushima und die Folgen

Der 11. März 2011 verändert die Welt: Nach einem Erdbeben und nachfolgendem Tsunami bricht die Stromversorgung im Atomkraftwerk Fukushima zusammen. Es kommt zu Kernschmelzen und Explosionen, zum Austritt großer Mengen radioaktiver Strahlung. Alle Bestrebungen der Atomindustrie, sich als angebliche Retterin vor der Klimakatastrophe aufzuspielen, zerplatzen wie eine Seifenblase. Der Unfall in Fukushima schafft eine neue Situation, weil dieser sich in einem hoch entwickelten Industrieland ereignet, das bekannt ist für seine Hightech-Produkte.

Schnelles politisches Handeln ist angesagt. Die Bundeskanzlerin verkündet ein Moratorium zur Kernenergie für die Dauer von drei Monaten. In dieser Zeit soll die Sicherheit aller Atomkraftwerke überprüft werden. Am 22.3.2011 setzt sie die Ethikkommission »Sichere Energieversorgung« ein. Diese legt am 30.5.2011 ihren Abschlussbericht »Deutschlands Energiewende« vor. Am 30.6.2011 beschließt der Bundestag mit den Stimmen der vier Fraktionen CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen, gegen die Stimmen der Linken die nächste Novelle des Atomgesetzes und damit das Gesetzespaket zu Atomausstieg und Energiewende. Es tritt am 6.8.2011 in Kraft. Acht AKWs werden abgeschaltet, die übrigen neun werden in den Jahren 2015 bis 2022 jeweils zum 31.12. vom Netz gehen.

Die EEG Novelle 2012

Ebenfalls am 30.6.2011 beschließt der Deutsche Bundestag eine umfassende Novelle des EEG, darunter eine außerordentlich starke Kürzung für die Photovoltaik. Die Änderungen treten zum 1.1.2012 in Kraft. Des weiteren werden Anpassungen bei den Vergütungsregelungen durch unterschiedliche Vorgaben für die wesentlichen Energiequellen neu definiert. Dabei wird die Erzeugung von Windenergie an Land ab- und von Windenergie auf See aufgewertet.

EUROSOLAR fasst beide Beschlüsse kurz und bündig zusammen: »Der Atomausstieg ist noch lange keine Energiewende.« Die Veränderungen am EEG zeigen, »dass die Bundesregierung den Energiekonzernen, die bisher noch nicht einmal zu 5% zum Ausbau der Erneuerbaren Energien beigetragen haben und zu meist als Bremser auftreten, die Hoheit über die Erneuerbaren Energien überantworten möchte« (»Solarzeitalter«, 2/2011, S. 89). Und: »Gerade die Leidtragenden dieser EEG-Novelle, nämlich Onshore-Wind und Photovoltaik, sind die Garanten einer schnellen und kostengünstigen, dezentralen Energiewende.«

EUROSOLAR formuliert in einem »10-Punkte-Sofortprogramm für die Energiewende« (»Solarzeitalter«, 2/2011, S. 7ff), was jetzt zu tun ist, um die Ablösung des zentralen durch ein dezentrales Energiesystem zu verwirklichen.

Die EUROSOLAR-Mitgliederversammlung am 12. November 2011 verabschiedet mit der »Resolution 2011. Leuchttürme für eine konsequente Energiewende« zwei nationale Projekte, die den Umstieg auf Erneuerbare Energien dezentral, kosteneffizient und mit hoher regionaler Wertschöpfung beschleunigen:

1. Die Energieallee A7: Erneuerbares Nord-Süd-Kraftwerk statt gigantischem Trassenbau, das als innovatives nationales Großprojekt den Umbau zur dezentralen Stromversorgung stärkt.

2. Eine Million dezentrale Strom-Wärme-Kraftwerke bis zum Jahr 2020, die neben den Speichertechnologien die ideale Ergänzung für die schwankende Erzeugung von Strom aus Wind und Sonne sind.

> ***»Bei all dem geht es im Kern um die Kontrolle über das Energiesystem der Zukunft. Kosten und Netzausbau sind in dieser Debatte nur vorgeschobene Argumente, um den Umbau des europäischen Energiesystems, der längst im Gang ist, doch noch zu stoppen. Einspeisegesetze wie das deutsche EEG dagegen sind ausgesprochen emanzipatorische Regelungen: Man will weg von einer zentralisierten Energieerzeugung in den Händen weniger Großkonzerne und hin zu einer Vielzahl von Produzenten, die alle EE-Strom bereitstellen.« (S. 8)***
>
> **Axel Berg, SZA 4/2011**

EUROSOLAR-Parlamentariergruppe

Im November 2011 übernimmt Marco Bülow die Aufgabe des Sprechers der EUROSOLAR-Parlamentariergruppe (EPG) von Edelgard Bulmahn. Die Parlamentariergruppe ist ein überfraktioneller Zusammenschluss von 24 Abgeordneten aus vier Fraktionen (SPD, Grüne, Linke, CSU). Sie werde sich nach Marco Bülow im Bundestag dafür engagieren, dass das Thema Erneuerbare Energien im politischen Berlin nicht unter die Räder komme. »Die Energiewende darf nicht auf den Atomausstieg und den Aufbau einer Offshore-Industrie reduziert werden.« (»Solarzeitalter«, 4/2011, S. 14)

Die EUROSOLAR-Parlamentariergruppe führt am 29.3.2012 in Berlin einen »Parlamentarischen Abend« zur Energiewende durch; am 15.1.2013 folgt ebenfalls in Berlin der »Parlamentarischer Abend 2013« zum Thema »Speichertechniken als Baustein für die Energiewende«.

Weltrat für Erneuerbare Energien wird 10 Jahre

2011 wird der Weltrat für Erneuerbare Energien zehn Jahre. Der Weltrat setzt sich vom Beginn seiner Tätigkeiten dafür ein, »zu einer nützlichen und globalen Stimme für den schnellen atomaren Ausstieg zu werden, für die Ächtung der Kohlekraft und andere fossilen Energien und die Verfolgung einer Energie- und Handelspolitik, die den energetischen Umbau zur Erneuerbaren Moderne als Imperativ auch für den globalen Süden fest im Auge behielt« (EUROSOLAR-Präsident Peter Droege, 10 Jahre Weltrat für Erneuerbare Energien – 10 Jahre Arbeit für eine erneuerbare Welt, »Solarzeitalter«, 1/2011, S. 59/60).

Nach der Atomkatastrophe in Fukushima dringt der Weltrat auf die weltweite Ächtung des Neubaus von Kernkraftwerken, auf den aktiven Ausstieg aus dem bestehenden Kraftwerkspark und den entscheidenden und unmittelbaren Schritt zu einer Welt mit 100% Erneuerbaren Energien: »Es ist allerhöchste Zeit, vollständig auf Erneuerbare Energien umzusteigen, jetzt und unwiderruflich: Es gibt kein Land auf der Welt, das nicht mit Erneuerbaren Energien allein versorgt werden kann.« (»Solarzeitalter«, 1/2011, S. 4)

Der Weltrat veranstaltet weiterhin gemeinsam mit EUROSOLAR die Internationalen Konferenzen zur Speicherung Erneuerbarer Energien (IRES). Neben einem Mix sich wechselseitig ergänzender regenerativer Energiequellen ist auch die Neuausrichtung der Versorgungsnetze und deren Management notwendig, um die Energiewende zu einem auf Erneuerbaren Energien basierenden Versorgungssystem zu erreichen. Von weitreichender Bedeutung sind hierbei Lösungen für die Speicherung von Strom und Wärme für verschiedene Anwendungen, Leistungsbereiche und Zeiträume. Diese Konferenz etabliert sich zu einem zentralen Ort des Wissens- und Meinungsaustausches über eine der Schlüsselfragen der künftigen Energieversorgung. Vom 18. bis 20. November 2013 wird die 8. IRES in Berlin stattfinden.

World Council for Renewable Energy (»WCRE«)

Nach der Gründung des World Council for Renewable Energy, WCRE am 10. Juni 2001 besteht eine seiner Hauptaufgaben in der Unterstützung der Bemühungen zur Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA). Im Gründungsdokument heißt es:

»Der Weltrat für Erneuerbare Energien wird regelmäßig ein Weltjahrbuch für Erneuerbare Energien herausgeben und alle zwei Jahre eine Weltkonferenz über Erneuerbare Energien veranstalten.« (»Solarzeitalter«, 2/2001, S. 7)

Der Weltrat veröffentlicht ein Memorandum unter dem Titel: »Über das Kyoto-Protokoll hinaus: Erneuert die Klimaschutzstrategie mit Erneuerbarer Energie! Die globale Einführung von Technologien zur Nutzung Erneuerbarer Energien bietet eine umfassende und unkomplizierte Lösung«.

Am 13. Juni 2002 veranstalten der Weltrat für Erneuerbare Energien (WCRE) und EUROSOLAR in Berlin das erste »Weltforum für Erneuerbare Energien«, bei dem ein »Aktionsplan für die globale Verbreitung Erneuerbarer Energien« vorgelegt wird. Darin heißt es: »Im Spektrum der internationalen Organisationen fehlt eine, die sich mit voller Kraft auf die Förderung Erneuerbarer Energien konzentriert und dafür der internationale Referenzpunkt wird: die International Renewable Energy Agency (IRENA). Der Widerspruch muss überwunden werden, dass die IAEA die internationale Verbreitung der Atomtechnik vorantreibt, während es für Erneuerbare Energien keine vergleichbare Institution gibt«. (»Solarzeitalter« 2/2002, S. 17)

Für den 29. – 31. Mai 2004 bereiten der Weltrat (WCRE) und EUROSOLAR das zweite »Weltforum für Erneuerbare Energien« in Bonn vor. Es wird unmittelbar vor der Internationalen Konferenz »renewables2004« stattfinden. Das Weltforum wird dieser Internationalen Konferenz die Vorschläge der Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Erneuerbaren Energien präsentieren. Als Diskussionsgrundlage erstellt der Weltrat eine »Weltcharta für Erneuerbare Energien«.

Vom 26. – 30. November 2005 findet in Bonn die »World Renewable Energy Assembly (WREA)« statt inklusive des 2. Internationalen Parlamentarier-Forums für Erneuerbare Energien sowie des 3. Weltforums für Erneuerbare Energien, die vom Weltrat für Erneuerbare Energien (WCRE) und von EUROSOLAR organisiert werden und sich als treibende Kräfte für das Umsetzen offensiver Konzepte zu Erneuerbaren Energien etablieren. Die Abschlusserklärung des Forums erklärt das Menschenrecht auf Erneuerbare Energien.

Vom 19. – 21. November 2007 findet in Bonn die »2. Weltversammlung für Erneuerbare Energien (WREA) mit dem 4. Weltforum für Erneuerbare Energien und dem 3. Internationalen Parlamentarierforum Erneuerbare Energien« statt.

Der EU-Energiekommissar veröffentlicht im Dezember 2011 den »Energiefahrplan 2050« der Europäischen Kommission, in dem als »gleichberechtigte Szenarien« nebeneinander genannt werden: Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Kernenergie und CCS (CO_2-Abtrennung und -Speicherung), mit denen die EU die Emissionen bis 2050 um mehr als 80 Prozent senken will. Dieser Mix soll den großen Energiekonzernen nach Fukushima Zeit und Möglichkeiten gegen den wachsenden Anteil der Erneuerbaren Energien verschaffen.

Im Juni 2012 veröffentlicht die EU-Kommission die EU-Strategie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien nach 2020. Darin verpflichtet sich die Europäische Union, den Anteil der Erneuerbaren Energie bis 2020 auf 20% zu steigern. Dabei bevorzuge die Kommission »harmonisierte Förderregelungen«. Diese neutral klingende Formulierung zielt einmal mehr auf das Ausbooten des EEG als vorrangiges Gesetz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Bundesregierung: Welches Konzept für die Energiewende?

In der Bundesregierung ist die Energiepolitik immer wieder Gegenstand unterschiedlichen Herangehens durch die beiden beteiligten Ministerien. Die personellen Wechsel tragen nicht zur Kontinuität bei. Das macht sich vor allem nach Fukushima bemerkbar. Der Rückgang an politischer Berechenbarkeit wirkt negativ auf alle, die rechtlich abgesichert mehr tun wollen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Am 28.3.2012 beschließt die Bundesregierung das »10-Punkte-Sofortprogramm« zum Energiekonzept. Der Bundestag verabschiedet am 29.3.2012 die so genannte Photovoltaik-Novelle der EEG-Novelle 2012, die weitere Kürzungen der Vergütung vorsieht. Der Bundesrat lehnt diese Gesetzesänderung am 11.5.2012 ab. Der Vermittlungsausschuss nimmt am 27.6.2012 nur wenige Änderungen am abgelehnten Gesetz vor, das darauf von Bundestag und Bundesrat beschlossen wird und rückwirkend zum 1.4.2012 in Kraft tritt. Der Bundesumweltminister stellt am 16.8.2012 sein Arbeitsprogramm bis zur Bundestagswahl 2013 vor, das den Stellenwert der Onshore-Windkraft relativiert.

In den Auseinandersetzungen um die Solarstromvergütung taucht häufig das Stichwort »EEG-Umlage« auf. Diese soll verantwortlich sein

für den Anstieg der Strompreise. Ein neuer Haken scheint gefunden. Die Mehrzahl der Medien beteiligt sich an dieser weiteren Kampagne gegen das EEG.

EUROSOLAR geht auf diese Angriffe ein und stellt in dem am 25.9.2012 veröffentlichten Aufruf »Eckpunkte für die Fortentwicklung des EEG« die fossil-atomaren Energien als Kostentreiber und die Windkraft an Land sowie die Photovoltaik als Kostendrücker heraus. Auf dieser Basis benennt EUROSOLAR in den »Eckpunkten« zahlreiche wichtige Maßnahmen zur Änderung des EEG, die zu einem zügigen und kostengünstigen Ausbau der Erneuerbaren Energien führen werden. Die »Eckpunkte« werden 2013 weiter entwickelt zum Aufruf »Eine kostengünstige Energiewende geht nur mit dem EEG«.

Energiewende von unten

EUROSOLAR veröffentlicht im »Solarzeitalter« ab Ausgabe 2/2012 informative Übersichten über die Erneuerbare-Energien-Politik in den einzelnen Bundesländern. Zusammenfassend betrachtet ergibt sich ein differenziertes Bild: »Gegenwärtig kann man mehrere Länder als Vorreiter im Ausbau mit Erneuerbaren Energien bezeichnen, die Vorbildcharakter für die anderen Länder haben, und somit ist ein gewisser Wettbewerb entstanden.« (»Solarzeitalter«, 2/2012, S. 38)

Des weiteren wird dort hervor gehoben: »Im Vergleich zu den nationalen Ausbauzielen für Erneuerbare Energien haben die Bundesländer sich teilweise noch ambitioniertere Ziele gesetzt und beeinflussen zu einem hohen Grad die Entwicklung hin zu einer Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien vor Ort. Die Länder können durch konkrete Weichenstellungen in der Landesraumordnung und durch politische Zielsetzung den Weg des Ausbaus der Erneuerbaren auf lokaler Ebene festlegen.«

Vertieft und verstärkt werden diese Prozesse der Dezentralisierung durch die Tätigkeit der Stadtwerke auf lokaler Ebene. Auf der 6. EUROSOLAR Konferenz »Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien« am 21. und 22. Juni 2012 in Heidelberg wird diese Entwicklung wie folgt eingeschätzt: »Stadtwerke, mittelständische Unternehmen, Kommunen und Bürgergemein-

schaften sind die zentralen Akteure beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Regionen. Eine solche dezentrale und zukunftsträchtige Energieversorgung erhöht die kommunale Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze und trägt zu einer nachhaltigen Energieversorgung bei. Immer mehr Stadtwerke haben diese Chance erkannt und entwickeln sich mit innovativen und marktfähigen Geschäftsmodellen vom klassischen Energieversorger zum modernen Energiedienstleister.« (»Solarzeitalter«, 3/2012, S. 13)

Zu diesem Themenbereich der »Energiewende von unten« zählen auch die in den letzten Jahren zunehmenden Gründungen von Energiegenossenschaften, die in der Zwischenzeit die Zahl 600 überschritten haben. Vernetzung und Gedankenaustausch solch motivierter Frauen und Männer schafft ein neues gesellschaftliches Energiebewusstsein, das nicht so leicht umkehrbar zu machen sein wird.

Was tun?

Nach der Abkehr von der Atomenergie im Jahr 2011 stellen sich Fragen wie: Wird es nun mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zügig vorangehen? Steht das EEG auf gesichertem Fundament oder eher noch auf wackeligen Füßen? Was bleibt zu tun?

Es wird keinen Selbstlauf zu 100% Erneuerbarer Energien geben. Das vielfältige Handeln für dieses Ziel wird weiter gehen müssen, überall, auf allen Ebenen, in allen Strukturen. Es gilt, das schon erreichte Niveau zu sichern sowie nachhaltig und unverzüglich auszubauen.

EUROSOLAR, die europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, wird in diesem Prozess wie in den vergangenen 25 Jahren als Initiator, als Motivator, als Organisator, als Vermittler gebraucht. EUROSOLAR wird noch viele Ideen für die Praxis entwerfen und umsetzen helfen, damit das Ziel 100% Erneuerbare Energien Wirklichkeit wird.

Wie stets seit 1994 greift EUROSOLAR mit einem Aufruf in den Bundestagswahlkampf 2013 ein, dieses Mal unter der Überschrift »Eine kostengünstige Energiewende geht nur mit einem EEG«. Der letzte Satz dieses Aufrufs lautet:

»Die dezentrale Energiewende entspricht dem Wunsch der Mehrheit unserer Gesellschaft, sichert die Zukunft unserer innovativen Wirtschaft, führt weg vom überkommenen und teuren Oligopol der großen Stromkonzerne zu einer marktwirtschaftlich organisierten Energiewirtschaft und schafft hunderttausende neue Arbeitsplätze sowie eine bezahlbare, sichere und moderne Energieversorgung.«

Auf der Internationalen Konferenz „The Architecture of Well Tempered Environment – An Harmony of Integrated Instruments“ am 19. und 20. Mai 2011 in Rom wurde Hermann Scheer postum der Special Solar Prize verliehen. Links: Prof. Peter Droege

Ausblick

Die kommenden 25 Jahre werden für EUROSOLARS Agenda und Handeln entscheidend sein. Der Kampf gegen fossil-atomare Interessen wird sich zuspitzen. Europa wird Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie wegweisende Impulse mehr nötig haben denn je zuvor.

Die künftige Tagesordnung in Sachen Erneuerbarer Energien umfasst: Fossiler und atomarer Ausstieg, der Ausbau des Marktes Erneuerbarer Energien in dezentralen Systemen: Speicher, Abbau fossiler Subventionen, Distribution der Gewinne und Vorteile an der gesellschaftlichen Basis, Integration der ökologisch-energetischen Zwecke und Bewegungen, Erziehungs- und Bildungskampagnen, die das Spektrum der engagierten Bevölkerungsgruppen verjüngen und deren Tragfläche in der Demographie verbreitern.

Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, das erfolgreiche Modell Deutschland mit anderen guten Ansätzen in Europe zu vereinen und zu einem erfolgreichen Modell Europa verwirklichen. Dafür brauchen wir

Sponsoren-Kampagnen und energische Vorstöße in die Medien: in die konventionellen Massenmedien und auch in die so genannten sozialen Medien.

Am wichtigsten jedoch wird EUROSOLARS weltweite politische Relevanz bleiben. Das verbindet uns mit der Zukunft des Weltrats für Erneuerbare Energien WCRE: Hier sehen wir die Ausstrahlung der Erfolge weltweit und deren Verbindung mit vielversprechenden Impulsen aus Entwicklungsländern in Afrika und Asien, und zudem unsere Partnerschaft mit Ländern auf dem nord- und südamerikanischen Kontinent.

Welche nächsten Schritte stellen wir uns vor?

- Ein Weltkongress der erneuerbaren Stadt ist bereits in Vorbereitung.
- Hermann Scheers Parlamentarier-Netzwerk wird neu eingerichtet und zu einem erneuerten erneuerbaren Parlamentarier-Netzwerk ausgebaut werden.
- Eine IRENA-Watch wird ausgestaltet werden, um diesem Kind Hermann Scheers durch Ideen, Energie und Einsatz weiter zu helfen, auf einem produktiv erfolgreichen Pfad zu bleiben.
- Eine Netzwerkplattform der 'Erneuerbaren' Interessen mit allen Umweltgruppen wird unterstützt.

Der Weltrat sieht gerade hier seine Aufgabe für die nächsten fünf Jahre: Die Aufgabe wird weiterhin die erneuerbare Welt bleiben – und RED: die Renewable Energy (bzw. Earth) Decade.

Kurz gesagt: EUROSOLAR und der WCRE haben erst begonnen, ihr Versprechen einzulösen. Die starke, einflussreiche Basis der ersten 25 Jahre ist vorzüglich geeignet, den nächsten 25 Jahren gerecht zu werden.

Prof. Peter Droege, EUROSOLAR-Präsident

Dokumentation

Übersicht über Zusammensetzung der EUROSOLAR-Vorstände

22.8.1988: Gründung EUROSOLAR, Bonn

Vorsitzender:	Dr. Hermann Scheer
Stv. Vorsitzender:	Dr. Werner Freiesleben
Schatzmeister:	Karl Peter Hasenkamp

14./15.10.1989: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Bonn

Vorsitzender:	Dr. Hermann Scheer
Stv. Vorsitzender:	Dr. Werner Freiesleben
Schatzmeister:	Karl Peter Hasenkamp

18./19.1.1992:

EUROSOLAR Mitgliederversammlung in Bonn beschließt
Satzungsänderungen: Einführung der Europäischen Delegiertenkonferenz und Konstituierung der Deutschen Sektion

Wahlen zum 1. Europäischen Vorstand

Präsident:	Dr. Hermann Scheer
Vizepräsident:	Preben Maegaard (Dänemark)
Vizepräsident:	Wolfgang Hein (Österreich)
Vizepräsident:	Gallus Cadonau (Schweiz)
Vizepräsident:	Alain Liébard (Frankreich)
Vizepräsident:	Dr. Enrico Turrini (Italien)
Geschäftsführerin:	Irm Pontenagel

Wahlen zum Vorstand der Sektion Deutschland

Vorsitzender:	Dr. Werner Freiesleben
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Wolfgang Daniels
Stellv. Vorsitzender:	Harry Lehmann

26.3.1994: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Deutsche Sektion, Bonn

Vorsitzender:	Harry Lehmann
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Wolfgang Daniels
Stellv. Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzender:	Jo Leinen

Ende 1994 umfasst EUROSOLAR Sektionen in:
Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, Großbritannien, Dänemark, Bulgarien und Griechenland

25.2.1995: Europäische Delegiertenkonferenz EUROSOLAR, Bonn

Präsident:	Dr. Hermann Scheer
Vizepräsident:	Preben Maegaard (Dänemark)
Vizepräsident:	Wolfgang Hein (Österreich)
Vizepräsident:	Prof. Antinio Luque (Spanien)
Vizepräsident:	Dimitros E. Rapakoulias (Griechenland)
Vizepräsident:	Prof. Wenelin Pavlow (Bulgarien)
Vizepräsident:	Harry Lehmann (Deutschland)
Vizepräsident:	Alain Liébard (Frankreich)
Vizepräsident:	Dr. Enrico Turrini (Italien)
Geschäftsführerin:	Irm Pontenagel

11.5.1997: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Sektion Deutschland, Bonn

Vorsitzender:	Harry Lehmann
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Wolfgang Daniels
Stellv. Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzender:	Jo Leinen
Stellv. Vorsitzende:	Dr. Edda Müller

18.9.1999: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Sektion Deutschland, Bonn

Vorsitzender:	Prof. Willy Leonhardt
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Paul-Georg Gutermuth
Stellv. Vorsitzender:	Wolf-Dieter Hasenclever
Stellv. Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzender:	Jo Leinen

6.5.2000: Europäische Delegiertenkonferenz EUROSOLAR, Bonn

Präsident:	Dr. Hermann Scheer
Vizepräsident:	Preben Maegaard (Dänemark)
Vizepräsident:	Wolfgang Hein (Österreich)
Vizepräsident:	Prof. Federico Butera (Italien)
Vizepräsident:	Hans Kronberger (Österreich)
Vizepräsident:	Harry Lehmann (Deutschland)
Vizepräsidentin:	Mechtild Rothe (Deutschland)
Geschäftsführerin:	Irm Pontenagel

23.3.2002: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Sektion Deutschland, Bonn

Vorsitzender:	Hans-Josef Fell
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Paul-Georg Gutermuth
Stellv. Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzender:	Prof. Willy Leonhardt
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Brigitte Schmidt

7.5.2003: Europäische Delegiertenkonferenz EUROSOLAR, Bonn

Präsident:	Dr. Hermann Scheer
Vizepräsident:	Wolfgang Hein (Österreich)
Vizepräsident:	Hans Kronberger (Österreich)
Vizepräsident:	Harry Lehmann (Deutschland)
Vizepräsident:	Preben Maegaard (Dänemark)
Vizepräsident:	Dr. Josep Puig (Spanien)
Vizepräsidentin:	Mechtild Rothe (Deutschland)
Vizepräsident:	Gianni Silvestri (Italien)
Vizepräsident:	Milan Smrz (Tschechien)
Geschäftsführerin:	Irm Pontenagel

18.2.2005: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Sektion Deutschland, Bonn

Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzende:	Dr. Brigitte Schmidt
Stellv. Vorsitzender:	Hermann Fellner

8.12.2006: Europäische Delegiertenkonferenz EUROSOLAR, Berlin

Präsident:	Dr. Hermann Scheer
Vizepräsident:	Hans-Josef Fell (Deutschland)
Vizepräsident:	Milan Smrz (Tschechien)
Vizepräsident:	Preben Maegaard (Dänemark)
Vizepräsidentin:	Mechtild Rothe (Deutschland)
Vizepräsident:	Prof. Dr. Tanya Sidki Uyar (Türkei)
Vizepräsident:	Dr. Josep Puig (Spanien)
Vizepräsidentin:	Dr. Luciana Castellina Rothe (Italien)
Geschäftsführerin:	Irm Pontenagel

16.6.2007: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Sektion Deutschland, Bonn

Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzende:	Dr. Brigitte Schmidt
Stellv. Vorsitzender:	Hermann Fellner

7.11.2009: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Sektion Deutschland, Bonn

Vorsitzender:	Dr. Axel Berg
Stellv. Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzender:	Hermann Fellner

2.4.2011: Europäische Delegiertenkonferenz EUROSOLAR, Berlin

Präsident:	Prof. Peter Droege
Vizepräsident:	Wolfgang Hein (Österreich)
Vizepräsident:	Preben Maegaard (Dänemark)
Vizepräsident:	Milan Smrz (Tschechien)
Kuratorium:	Dr. Josep Puig (Spanien), Vorsitzender
	Prof. Federico Butera (Italien)
	Dr. George Kekelidze (Russische Föderation)
	Prof. Stepan Kudria (Ukraine)
	Dr. Jeremy Leggett (UK)
	Dr. Harry Lehmann (Deutschland)
	Francesca Sartogo (Italien)
	Prof. Tanay Sidki Uyar (Türkei)
Geschäftsführerin:	Irm Pontenagel
Schatzmeister	Karl Hecken

12.11.2011: EUROSOLAR Mitgliederversammlung, Sektion Deutschland, Bonn

Vorsitzender:	Dr. Axel Berg
Stellv. Vorsitzende:	Rosa Hemmers
Stellv. Vorsitzender:	Hermann Fellner

EUROSOLAR-Studien und -Memoranden*

EUROSOLAR-Memorandum
für eine Internationale Konvention zum Schutz der Erdatmosphäre, Oktober 1988

EUROSOLAR-Memorandum
zur Errichtung einer International Solar Energy Agency (ISEA) im Rahmen der Vereinten Nationen, 1990

EUROSOLAR-Memorandum
Für die Zukunft rüsten. Rüstungskonversion und wirtschaftlicher Strukturwandel durch Solarenergie, 1992

EUROSOLAR-Memorandum
Memorandum zur Einbeziehung der Solarenergie in die Grundlagenforschung, 1992

EUROSOLAR-Memorandum
Internationales Großprogramm zur Aufforstung großflächiger Länder als Beitrag zur Abwendung einer Klimakatastrophe, 19992

EUROSOLAR-Memorandum
Markteinführung von Biogasanlagen in der Europäischen Union.
Eine Konzeptstudie im Auftrag der Europäischen Kommission, 1993

EUROSOLAR-Studie
50%-Anteil Erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union, 1994

EUROSOLAR-Studie
European-Israeli Cooperation in Solar Technology, 1994

EUROSOLAR-Studie
Das Potenzial Erneuerbarer Energien in der Europäischen Union, 1994

EUROSOLAR-Memorandum
Strom aus Windenergie, 1995

EUROSOLAR-Studie
Solar Powered Boats for Venice, im Auftrag der Europäischen Kommission, 1995

EUROSOLAR-Studie
Technologie der Photovoltaik USA-Japan-Europa. Eine EUROSOLAR-Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, 1996

EUROSOLAR-Studie
EURENET European Regions Network for Renewable Energies, im Auftrag der Europäischen Kommission, 1996

EUROSOLAR-Memorandum
Power for the World – Sonnenenergie für die Welt, im Auftrag der Europäischen Kommission, 1996

EUROSOLAR-Memorandum
Zukunftsmarkt Solartechnologie: Die Herausforderung Europas durch Japan und die USA, 1996

EUROSOLAR-Studie
EURERULE – Rechtliche Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien in der EU, 1996

EUROSOLAR-Memorandum zum Greenpaper der EU-Kommission »Energy for the Future: Renewable Sources of Energy«, 1997

EUROSOLAR-Memorandum
Power for the World – Sonnenenergie für die Welt, 1997

EUROSOLAR-Memorandum
Der wirtschaftliche Stand der Erneuerbaren Energien in der Europäischen Union und ihr Arbeitsplatzpotential, 1997

EUROSOLAR-Memorandum
Der Öko-Strommarkt als neue Offensivstrategie zur Entfaltung Erneuerbarer Energien. Memorandum zu exklusiven Strombezugsverträgen zwischen unabhängigen Anbietern und Kunden «Grünen Stroms«,1998

EUROSOLAR-Memorandum
Vorrang für Ökostrom: Memorandum zur Entwicklung der Stromangebote aus Erneuerbare Energien, 1999

EUROSOLAR-Memorandum
Memorandum zum Stellenwert und den Aufgaben einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien IRENA, 2001

EUROSOLAR-Studie
Entwicklung von Märkten für Erneuerbare Energien in der Volksrepublik China, 2001

EUROSOLAR-Memorandum
Memorandum zur Energieforschung, 2003

EUROSOLAR-Studie
Kleinwasserkraftanlagen als Beitrag zum Naturschutz, 2004

EUROSOLAR-Studie
Studie über die Möglichkeiten eines Verzichts auf neue konventionelle Großkraftwerke: »Das deutsche Ausbaupotenzial E.E. im Stromsektor«, 2005

EUROSOLAR-Memorandum
Memorandum zur Transformation der deutschen Energieversorgung, Teil I u. Teil II, 2006

EUROSOLAR-Studie
Analyse des Bedrohungspotenzials »gezielter Flugzeugabsturz« am Beispiel der Anlage Biblis-A, im Auftrag von EUROSOLAR, 2007

EUROSOLAR-Studie
Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung für den Ersatz überalterter Kraftwerke in Deutschland, 2007

EUROSOLAR-Studie
Der Weg zum Energieland Hessen – Das Ziel: 100% Erneuerbare Energien in Hessen bis 2025, 2008

EUROSOLAR-Studie
Sicherung von Kernkraftwerken vor Terrorangriffen, Kurzgutachten im Auftrag von EUROSOLAR, 2008

EUROSOLAR-Studie
Sicherheitsgewinn durch Stärkung der Atomaufsicht eine Umkehr der Beweislast ist überfällig. Kurzgutachten im Auftrag von EUROSOLAR, 2009

EUROSOLAR-Studie
Erneuerbare Energien in großen Maßstäben nutzen – Die Energieallee A7, Konzept von Hermann Scheer, 2009

EUROSOLAR-Memorandum
Mehr Tempo für Elektromobilität – Memorandum zur schnellen und umfassend angelegten Öffnung in die Massenproduktion, Konzept von Hermann Scheer, 2010

EUROSOLAR-Konzept
Die Photovoltaik innovativ fortentwickeln, 2010

* Die EUROSOLAR-Studien im Auftrag der EU-Kommission erfolgten teilweise in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen.

Ich danke Frau Sigrid Henke für das Erstellen dieser Übersicht über EUROSOLAR-Studien und -Memoranden, Gert Samuel.

Zeitleiste (1988 – 2013)

1988

22.8.1988:	Gründung der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. in Bonn

1989

14./15.10.1989:	EUROSOLAR Mitgliederversammlung in Bonn
9.11.1989:	Öffnung der Grenzen der DDR

1990

15.1.1990:	Memorandum zur Einrichtung einer International Solar Energy Agency (ISEA) im Rahmen der Vereinten Nationen
2./3.2.1990:	Gründung der Sektion EUROSOLAR-DDR in Höfgen bei Leipzig
13.2.1990:	Workshop »Solares Bauen – wichtigster Baustein für eine ökologische Zukunft«, Bonn
27./28.5.1990:	EUROSOLAR und »Solar Energy Society of India« (SESI) veranstalten Konferenz über Erneuerbare Energien in Neu Delhi
20.6.1990:	Bundestag verabschiedet das »Forschungs- und Entwicklungsprogramm Solarenergie und Wasserstoff«
2.8.1990:	2. Golfkrieg (bis 5.3.1991)
3.10.1990:	Neuer »Tag der deutschen Einheit«
5.10.1990:	Bundestag verabschiedet das Stromeinspeisungsgesetz (es tritt am 1.1.1991 in Kraft)
2.12.1990:	Bundestagswahl

1991

20.–22.3.1991:	Die in Rom tagende Konferenz »United Nations Solar Energy Group on Environment and Development« (UNSEGED) schlägt die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien vor
17.6.1991:	Start des Forschungsverbunds »European Renewable Energy Centers« (EUREC) mit Sitz in Leuven-Heverlee, Belgien
14.–17.11.1991:	Konferenz über politische und wirtschaftliche Initiativen zur Einführung von Solarenergie in der Dritten Welt in Harare/Simbabwe
17.12.1991:	Europäische Energiecharta in Den Haag unterzeichnet

1992

18./19.1.1992:	EUROSOLAR Mitgliederversammlung in Bonn beschließt Satzungsänderungen: Einführung der Europäischen Delegiertenkonferenz und Konstituierung der Deutschen Sektion
23./24.1.1992:	Kongress »Energie- und umweltbewusstes Bauen: Gestaltung der künftigen Lebenswelt« in Essen
3.–14.6.1992:	Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (»Umweltgipfel«) in Rio de Janeiro beschließt die »Agenda 21«
12.–16.10.1992:	11. Europäische Sonnenenergie-Photovoltaik-Konferenz in Montreux beschließt die »Charta von Montreux« für die Förderung der Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaik
22.12.1992:	»Historischer Kompromiss« des Bundesverfassungsgerichts im so genannten Stromstreit zwischen den ostdeutschen Kommunen und den großen Stromkonzernen

1993

24.3.1993:	Parlamentarischer Abend über die tatsächlichen Energiekosten in Bonn
5.6.1993:	EUROSOLAR-Entwurf für einen »Solaren Verbreitungsvertrag«
7.–9.7.1993:	World Solar Summit der Unesco in Paris
14.10.1993:	European Solar Council verabschiedet einen »Europäischen Sektionsplan für Solarenergie«
29.10.1993:	»Energie-Konsens-Debatte« im Bundestag

1994

1994:	EUROSOLAR-Programm für eine Kommunale Solarenergie-Initiative (KSI)
24.9.1994:	Preisverleihung »Deutscher Solarpreis« in Saarbrücken – danach jährlich in wechselnden Städten
3.10.1994:	Preisverleihung »Europäischer Solarpreis« in Wien – danach jährlich, ab 2000 zusammen mit der KfW Bankengruppe in Berlin
16.10.1994:	Bundestagswahl
15.11.1994:	Der Umweltschutz wird als Staatsziel in Artikel 20a Grundgesetz verankert
17.12.1994:	Der Vertrag über die Europäische Energie-Charta wird in Lissabon unterzeichnet
Ende 1994:	EUROSOLAR-Plan zur Umsetzung des 100.000-Dächer- und Fassaden-Photovoltaik-Programms

1995

10.–13.1.1995:	1. Weltkonferenz »Biomasse für Energie, Entwicklung und Umwelt«, Havanna
28.3.–7.4.1995:	1. Klimakonferenz, Berlin
2.4.1995:	EUROSOLAR veranstaltet ein »Internationales Tribunal gegen die Verantwortlichen der globalen Energie- und Umweltkrise« in Berlin
19.5.1995:	Bundestagsdebatte und -beschluss zum Stromeinspeisungsgesetz

1996

26.–29.3.1996:	4. Europäische Konferenz »Solar Energy in Architecture and Urban Planning« in Berlin verabschiedet die »Europäische Charta für Solarenergie in Architektur und Stadtplanung«
März 1996:	»Solarzeitalter« (1/1996) dokumentiert den »Stand der Umsetzung der kostengerechten Vergütung in Städten und Gemeinden«
26.4.1996:	10. Jahrestag von Tschernobyl
13.6.1996:	1. Lesung des Gesetzentwurfes »Das 100.000-Dächer-Programm« im Bundestag
20.6.1996:	Novelle des BauGB: Windenergieanlagen werden zu den sog. privilegierten Vorhaben, Änderung des §35 des BauGB öffnet die Außenbereiche aller ca. 17.000 Gemeinden für die Windkraftanlagen, tritt zum 1.1.1997 in Kraft
27.–29.6.1996:	Erster Europäischer Kongress Erneuerbare Energien für Regionen und Städte in Ulm
4.7.1996:	Europa-Parlament verabschiedet einen Aktionsplan der EU für Erneuerbare Energien
8.–19.7.1996:	2. Klimakonferenz, Genf
22.10.1996:	Urteil des Bundesgerichtshofs: Stromeinspeisungsgesetz ist verfassungskonform
November 1996:	EUROSOLAR-Entwurf für eine EU-Richtlinie über gemeinsame Regelungen für Einspeisevergütungen von Strom aus Erneuerbaren Energien
19.12.1996:	Erste EU-Binnenmarktrichtlinie (96/92/EG) zur Elektrizitätsmarktliberalisierung

1997

10.5.1997:	Aktionskonferenz des EUROSOLAR-Netzwerkes »Erneuerung von Kommunen durch Erneuerbare Energien«, Bonn
23.–27.6.1997:	UN-Sondergeneralversammlung »5 Jahre nach Rio« in New York
August 1997:	EUROSOLAR-Studie »Entwicklung und Arbeitsplatzpotential Erneuerbarer Energien in der Europäischen Union«

1.–3.9.1997:	»Finance for Renewable Energies« Window of New Opportunities: The Economic Benefits of Renewable Energies in Bonn
12./13.9.1997:	»Netzrückkauf durch Gemeinden. Die kommunalwirtschaftlichen und ökologischen Chancen eines eigenen Stromnetzes«, Schwäbisch Hall
Oktober 1997:	»Zeitschrift für Neues Energierecht« (ZNER) startet mit Ausgabe 1
November 1997:	Weißbuch der EU-Kommission für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan »Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger«
11.12.1997:	3. Klimakonferenz in Kyoto beschließt das »Kyoto-Protokoll«

1998

25.4.1998:	EUROSOLAR-Impuls-Konferenz »Der Öko-Strommarkt. Vom unechten zum echten Grünen Tarif« in Stuttgart
29.4.1998:	Artikelgesetz zur Liberalisierung des Strommarktes tritt in Kraft – es enthält gleichzeitig eine Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes
27.–30.5.1998:	»Ein neues Jahrhundert bauen« 5. Europäische Konferenz »Solarenergie in Architektur und Städteplanung« in Bonn
10.7.1998:	Hermann Scheer mit Welt-Solar-Preis in Wien ausgezeichnet
27.9.1998:	Bundestagswahl
2.–13.11.1998:	4. Klimakonferenz, Buenos Aires
29.11.1998:	EUROSOLAR feiert zehnjähriges Jubiläum in Bonn
8.12.1998:	Gründung des Vereins »Grüner Strom-Label e.V.«

1999

1.1.1999:	Start des deutschen »100.000-Dächer-Photovoltaik-Programms«
23.1.1999:	Erste EUROSOLAR-Konferenz »Der Landwirt als Energiewirt«, Berlin – danach jährlich bis 2008
6.3.1999:	»Der Grüne Strom Markt. Konferenz über rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeiten eines unabhängigen Marktes für Grünen Strom in Bonn
24.3.1999:	Krieg im Kosovo
26.4.1999:	»Solares Deutschland«. Potential-Konferenz über Erneuerbare Energien, Bonn
25.10–5.11.1999:	5. Klimakonferenz, Bonn
9.12.1999:	Verleihung des Alternativen Nobelpreises an Hermann Scheer in Stockholm
16.12.1999:	Erste Lesung der Novelle zum neuen Stromeinspeisungsgesetz für Erneuerbare Energien im Bundestag

2000

3.2.2000:	EUROSOLAR-Kongress »Stadtwerke mit Zukunft«, Saarbrücken
25.2.2000:	Bundestag verabschiedet das »Erneuerbare-Energien-Gesetz« (EEG), es tritt am 1.4.2000 in Kraft
12.5.2000:	Bundestag beschließt das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz
19./20.5.2000:	»Neue Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien«, EUROSOLAR-Kongress über die wirtschaftlichen Chancen der ökologischen Energiewende in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg
14.6.2000:	Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000 • Verbot des Neubaus von AKWs • Befristung der Regellaufzeiten der AKWs auf 32 Jahre seit Inbetriebnahme
16./17.6.2000:	Energie und Gesundheit. Kongress zum Anteil der fossilen und atomaren Energien an Krankheiten, Bonn
1.7.2000:	EUROSOLAR-Netzwerk-Konferenz Deutschland der Solarvereine, Bonn: Trennung in West- und Ost-Netzwerk ist passé
12.–15.9.2000:	»Die Stadt als Sonnenkraftwerk« 6. Europäische Konferenz Solarenergie in Architektur und Städteplanung in Bonn
29.9.2000:	Gründung der Deutschen Energie Agentur in Berlin
20./21.10.2000:	EUROSOLAR-Tagung »Energiegenossenschaften – Gemeinschaftliche Selbsthilfe zur Erzeugung und Versorgung mit Ökostrom?« in Bonn
2.11.2000:	»Zukunft mit Erneuerbaren Energien: Solare Weltwirtschaft«, EUROSOLAR-Kongress in Dortmund
13.–24.11.2000:	6. Klimakonferenz, Den Haag

2001

13.3.2001:	EuGH-Entscheidung zum Stromeinspeisungsgesetz gibt grünes Licht für den Vorrang Erneuerbarer Energien
8.–10.6.2001:	Internationale Impulskonferenz für die Einrichtung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) in Berlin
10.6.2001:	Gründung des World Council for Renewable Energy (WCRE), Memorandum des Weltrats für Erneuerbare Energien: »Über das Kyoto-Protokoll hinaus: Erneuert die Klimaschutzstrategie mit Erneuerbarer Energie! Die globale Einführung von Technologien zur Nutzung Erneuerbarer Energien bietet eine umfassende und unkomplizierte Lösung«
16.–27.7.2001:	6. UN-Klimagipfel (Fortsetzung) in Bonn, Folgekonferenz zum Kyoto-Protokoll
11.9.2001:	Anschläge auf die Türme des World Trade Centers in New York

27.9.2001:	EU-Richtlinie zur Förderung der Erneuerbaren Energien verabschiedet, in Kraft getreten am 27.10.2001
29.10–9.11.2001:	7. Klimakonferenz, Marrakesh
7./8.12.2001:	EUROSOLAR-Konferenz »Die Kosten des solaren Bauens«, Bonn

2002

25.1.2002:	Bundestag beschließt das KWK-Gesetz (Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung), in Kraft getreten: 1.4.2002
1.2.2002:	Energieeinsparungsverordnung (EnEV) tritt in Kraft
26.4.2002:	Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Strom tritt in Kraft – es sichert die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14.6.2000
22.5.2002:	EU-Kommission beschließt, die noch offenen Beihilfeverfahren wegen des EEG und des KWKG endgültig einzustellen. Damit sind gegenüber dem EEG alle energie- und europarechtlichen Einwände gegenstandslos geworden
7.6.2002:	Bundestag beschließt die Befreiung sämtlicher Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer, befristet bis 31.12.2008
13.–15.6.2002:	WCRE: Weltforum Erneuerbare Energien: Politik und Strategien, »Erneuerbar Energien – Agenda 1 der Agenda 21«, Berlin
2.7.2002:	Endbericht der Energie-Enquête-Kommission: Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien ist bis 2050 möglich
26.–28.7.2002:	»Das solare Regierungsviertel Berlin – eine Brücke ins Solarzeitalter«, Reichstag Berlin
26.8.–4.9.2002:	»Nachhaltige Entwicklung« Weltgipfel »Rio plus 10«, Johannesburg
22.9.2002:	Bundestagswahl
23.10.–1.11.2002:	8. Klimakonferenz, Neu Delhi
8./9.11.2002:	Klimakongress Hamburg, »Klimaschutz braucht Bewegung«
14.11.2002:	Bundestag verabschiedet neues Ökosteuergesetz, in Kraft ab 1.1.2003

2003

15.2.2003:	Weltweit demonstrieren etwa 9 Millionen Menschen gegen den drohenden Krieg gegen den Irak
6.3.2003:	EUROSOLAR-Kampagne »Frieden durch Sonnenenergie statt Krieg ums Öl«
8./9.4.2003:	EUROSOLAR-Konferenz »Dezentrale Energiespeicherung – Schlüssel zur wirtschaftlichen Entfaltung Erneuerbarer Energien«, Wuppertal

10.4.2003:	Bundestagsbeschluss zur Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)
8./9.5.2003:	EUROSOLAR-Konferenz »Von EURATOM zu EURENEW«, Impulskonferenz für eine institutionelle Reform der EU-Energiepolitik, Berlin
11.6.2003:	Drei Urteile des Bundesgerichtshofs bestätigen: EEG ist verfassungskonform
22.8.2003:	Jubiläumsveranstaltung 15 Jahre EUROSOLAR
4.–6.9.2003:	Konferenz »Solarenergie für Afrika« in Düsseldorf
5.9.2003:	Aktionstag Erneuerbare Energien, Berlin
Oktober 2003:	»Energy Rich Japan« ein Szenario für eine solare Vollversorgung Japans; es entstand unter der Leitung von Harry Lehmann und Beteiligung des Institute for Sustainable Solutions and Innovations (ISUSI), des Wuppertal-Institutes sowie des japanischen Institute for Sustainable Energy Policies (ISEP)
28./29.11.2003:	»Die EEG-Novelle: Bewertung und Verbesserungsvorschläge«, Energierechtliche Fachtagung der Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER) und EUROSOLAR, Bonn
1.–12.12.2003:	9. Klimakonferenz, Mailand
22.12.2003:	Photovoltaik-Vorschaltgesetz, tritt zum 1.1.2004 in Kraft

2004

2.4.2004:	Bundestag verabschiedet die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes
29.–31.5.2004:	»Second World Renewable Energy Forum: Global Benefits and Policies« des Weltrates für Erneuerbare Energien (WCRE), Bonn
1.–4.6.2004:	»Renewables 2004« Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien, Bonn
17.6.2004:	Vermittlungsausschuss stimmt der Novellierung des EEG zu – die EEG-Novelle tritt am 1.8.2004 in Kraft
9.11.2004:	EUROSOLAR Architektur-Symposium. »Führt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zur Solaren Architektur?«, Düsseldorf
6.–17.12.2004:	10. Klimakonferenz, Buenos Aires

2005

16.2.2005:	»Kyoto-Protokoll« tritt in Kraft, nachdem mit dem Beitritt Russlands das erforderliche Länder-Quorum erreicht ist
1.6.2005:	Bundestag verabschiedet Energieforschungsprogramm
1.7.2005:	Novelliertes Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) tritt in Kraft
18.9.2005:	Bundestagswahl, Ergebnis: Große Koalition
5.11.2005:	Bundesweite Demonstration »Atomkraft Nein Danke – Erneuerbare Energien jetzt«, Lüneburg

26.–30.11.2005:	Weltversammlung für Erneuerbare Energien (World Renewable Energy Assembly, WREA), Bonn mit dem 2. Internationale Parlamentarier-Forum Erneuerbare Energien und dem 3. Weltforum für Erneuerbare Energien
28.11.–9.12.2005:	UN-Klimakonferenz, Montreal (COP 11)
15.12.2005:	Deklarationspflicht für Stromversorger tritt in Kraft

2006

10.5.2006:	Biokraftstoff-Großdemonstration, Berlin
8./9.6.2006:	Erste EUROSOLAR Konferenz »Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien«, Schwäbisch Hall – danach jährlich an wechselnden Orten
26.6.2006:	2. EU-Binnenmarktrichtlinie (2003/54/EG) zur Liberalisierung der Energiemärkte
1.8.2006:	Das neue Energiesteuergesetz tritt in Kraft, ersetzt das Mineralölsteuergesetz
26.10.2006:	Bundestag verabschiedet das Biokraftstoffquotengesetz sowie die 1. Änderung zum Energiesteuergesetz
30./31.10.2006:	Erste Internationale Konferenz »Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien« (IRES), Gelsenkirchen – danach jährlich, ab 2008 in Berlin
28.11.–9.12.2006:	UN-Klimakonferenz, Nairobi (COP 12)
8.12.2006:	Europäische Delegiertenkonferenz EUROSOLAR, Berlin

2007

9.3.2007:	EU-Staats- und Regierungschefs beschließen: Anteil der Erneuerbaren Energien im Primärenergieverbrauch von 6,5% auf 20% in 2020 zu erhöhen
27.4.2007:	»Rechtsentwicklung und Rechtskonflikte Erneuerbarer Energien«, Energierechtlicher Workshop von EUROSOLAR und Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER), Bonn
19.–21.11.2007:	2. Weltversammlung für Erneuerbare Energien (WREA)
5.12.2007:	Regierungsentwurf für EEG-Novelle Bundesregierung beschließt Integriertes Energie- und Klimaprogramm (IEKP) mit dem Wärmegesetz; es tritt am 1.1.2009 in Kraft (Klimapaket mit 14 Gesetzen)

2008

23.1.2008:	EU-Kommission veröffentlicht Entwurf für eine »Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen«
10./11.4.2008:	Vorbereitende Konferenz zur Gründung der IRENA, Berlin
6.6.2008:	Bundestag beschließt drei wichtige Gesetze: • EEG-Novelle, tritt in Kraft am 1.1.2009 • Erneuerbares Wärmegesetz • Gesetz zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
29.6.2008:	Bundestagsbeschluss zur Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)
18.8.2008:	»Die Bedeutung von Konzessionsverträgen beim Einsatz Erneuerbarer Energie«. Energierechtliches Seminar von EUROSOLAR und Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER), Bonn
23.8.2008:	Jubiläumsveranstaltung »20 Jahre EUROSOLAR«, Bonn
25.10.2008:	Bundestag verabschiedet eine Neufassung des EEG, es tritt am 1.1.2009 in Kraft
1.–12.2008:	UN-Klimakonferenz, Posen (COP 14)
12.12.2008:	EU verabschiedet Klimapaket

2009

26.1.2009:	Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)
23.2.2009:	Gesetzentwurf (BMWi und BMU): Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid« (CCS-Gesetzentwurf)
28.4.2009:	EUROSOLAR-Fachseminar für Energieversorger und Kommunalvertreter: »Ökostrom mit Umweltnutzen«, Bonn
29./30.6.2009:	IRENA-Vollversammlung wählt Abu Dhabi als Sitz der Organisation und Hélène Pelosse zur Generaldirektorin
13.7.2009:	EU-Binnenmarktrichtlinie (2009/72/EG) schreibt eine noch vollständigere Öffnung der Elektrizitätsmärkte bis 3.3.2011 vor, sie ersetzt (2003/54/EG)
19.8.2009:	Bundesregierung verabschiedet den »Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität (NEE)«
05.09.2009:	Demonstration und Kundgebung der Anti-Atom-Bewegung »Einfach mal abschalten«, Berlin, 50.000 Teilnehmende
27.09.2009:	Bundestagswahl – Ergebnis führt zu einer schwarz-gelben Koalition
7.–18.12.2009:	UN-Klimakonferenz, Kopenhagen (COP 15)

2010

17.5.2010:	EUROSOLAR-Fachkonferenz »Neue Raumordnung für Erneuerbare Energien«, Kassel
4.8.2010:	Bundesregierung veröffentlicht einen »Natioanlen Aktionsplan für Erneuerbare Energien« gemäß der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
18.9.2010:	100.000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen eine AKW-Laufzeitverlängerung und umzingeln das Regierungsviertel
14.10.2010:	Hermann Scheer gestorben
28.10.2010:	Bundestag beschließt die Novelle des Atomgesetzes: Die Bundesregierung will die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre verlängern
1.11.2010:	Abschied von Hermann Scheer. Öffentliche Gedenkfeier in Berlin
10.11.2010:	„Energie 2020 – Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie“ [KOM(2010) 63]
29.11.–10.12.2010:	UN-Klimakonferenz, Cancún (COP 16)
14.12.2010:	Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes tritt in Kraft

2011

3.1.2011:	Gründung der Hermann-Scheer-Stiftung, Berlin
26.1.2011:	Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) übergibt dem Bundesumweltminister das Sondergutachten »Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung«. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine vollständig auf Erneuerbare Energien beruhende Stromversorgung in Deutschland bis 2050 möglich ist.
11.3.2011:	Reaktorkatastrophe in Fukushima in vielen Städten demonstrieren über 250.000 Menschen gegen die Atompolitik
22.3.2011:	Die Bundeskanzlerin setzt Ethikkommission »Sichere Energieversorgung« ein
13.4.2011:	Bundeskabinett verabschiedet neuen Entwurf für ein CCS-Gesetz
16.5.2011:	EUROSOLAR: »10-Punkte-Sofortprogramm für die Energiewende. Was jetzt zu tun ist!«
30.5.2011:	Ethik-Kommission »Sichere Energieversorgung« legt Abschlussbericht vor (»Deutschlands Energiewende«)
24./25.6.2011:	Symposium zu Ehren von Hermann Scheer. ZNER in Kooperation mit EUROSOLAR e.V., Berlin
30.6.2011:	Bundestag beschließt mit den Stimmen der vier Fraktionen CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen, gegen die Stimmen der Linken die Novelle des Atomgesetzes und damit das Gesetzespaket zu Atomausstieg und Energiewende, es tritt am 6.8.2011 in Kraft
5.7.2011:	»Zeichen setzen: Meilensteine für die Energiewende. Die Informationsplattform Energieallee A7«

3.8.2011:	Bundeskabinett verabschiedet das 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung mit dem Titel »Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung«
20.9.2011:	2. EUROSOLAR Raumordnungs-Fachkonferenz »Neue Konzepte für Erneuerbare Energien«, Düsseldorf
23.9.2011:	Bundesrat blockiert das CCS-Gesetz
14.10.2011:	Symposium im Gedenken an Hermann Scheer, Berlin
12.11.2011:	EUROSOLAR Resolution 2011. Leuchttürme für eine konsequente Energiewende: 1 Energieallee A7, 2 Eine Mio. dezentrale Strom- und Wärme-Kraftwerke
28.11.–11.12.2011:	UN-Klimakonferenz, Durban (COP 17)
15.12.2011:	EU-Kommission stellt einen Energiefahrplan vor: »Energy Roadmap 2050«

2012

23.2.2012:	Der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesumweltminister legen eine gemeinsame Position der Bundesregierung zur Photovoltaikvergütung und zur EU-Energieeffizienzrichtlinie vor
29.3.2012:	Parlamentarischer Abend zur Energiewende, Berlin
29.3.2012:	Bundestag beschließt sog. PV-Novelle des EEG-Novelle 2012 mit gravierenden Einschnitten für Photovoltaik
27.4.2012:	EUROSOLAR-Symposium »Rechtsrahmen für Stromspeicher«
3.5.2012:	EUROSOLAR-Anzeigenaktion »Ohne Erneuerbare Energien keine Energiewende«
29.5.2012:	Bundesregierung und Bundesnetzagentur stellen den Netzausbaufahrplan vor
6.6.2012:	EU-Kommission veröffentlicht EU-Strategie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien nach 2020
20.–22,6.2012:	UN Konferenz zur »Nachhaltigen Entwicklung« – »Rio+20«, Rio de Janeiro
27.6.2012:	Vermittlungsausschuss einigt sich auf Novellierung der Solarförderung (sog. PV-Novelle des EEG-Novelle 2012) sowie auf ein CCS-Gesetz, das am 24.8.2012 in Kraft tritt
29.8.2012:	Das Bundeskabinett beschließt die Managementprämienverordnung. Mit dieser Verordnung wird die so genannte Managementprämie für direkt vermarkteten Strom aus Windenergie- und Photovoltaikanlagen ab dem kommenden Jahr abgesenkt
25.9.2012:	EUROSOLAR: »Eckpunkte für die Fortentwicklung des EEG«
3.11.2012:	Symposium im Gedenken an Hermann Scheer, Hermann-Scheer-Stiftung in Kiel
26.11.–7.12.2012:	UN-Klimakonferenz, Doha (COP 18)

2013

15.1.2013:	Parlamentarischer Abend 2013: »Speichertechniken als Baustein für die Energiewende«, Berlin
18.4.2013:	EUROSOLAR-Konferenz »Wasserkraftnutzung – ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Energiewende«, Bonn
1.5.2013:	Start des KfW-Förderprogramms Solarstromspeicher
1.6.2013:	10 Staaten gründen in Berlin den »Club der Energiewende-Staaten« als Ergänzung und Unterstützung der IRENA
27./28.6.2013:	7. Stadtwerke-Konferenz in Ulm
24.8.2013:	»Jubiläumsfeier 25 Jahre EUROSOLAR e.V.«, Bonn

Gert Samuel, Düsseldorf, geb. 1953.
Nach Abschluss des Referendariats als Lehrer am Gymnasium (Geschichte und Sozialwissenschaften) in den 1980er Jahren Mitarbeit in einer Organisation der bundesdeutschen Friedensbewegung; in den 1990er und 2000er Jahre Tätigkeiten in der IT- und Verlagsbranche. Seit 2012 EUROSOLAR-Mitglied.

EUROSOLAR e.V.
Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien
Kaiser-Friedrich-Straße 11
53113 Bonn
Tel. 0228 / 362373 und 362375
Fax 0228 / 361279 und 361213
info@eurosolar.org
www.eurosolar.org

EUROSOLAR
Europäische Vereinigung für
Erneuerbare Energien e.V.